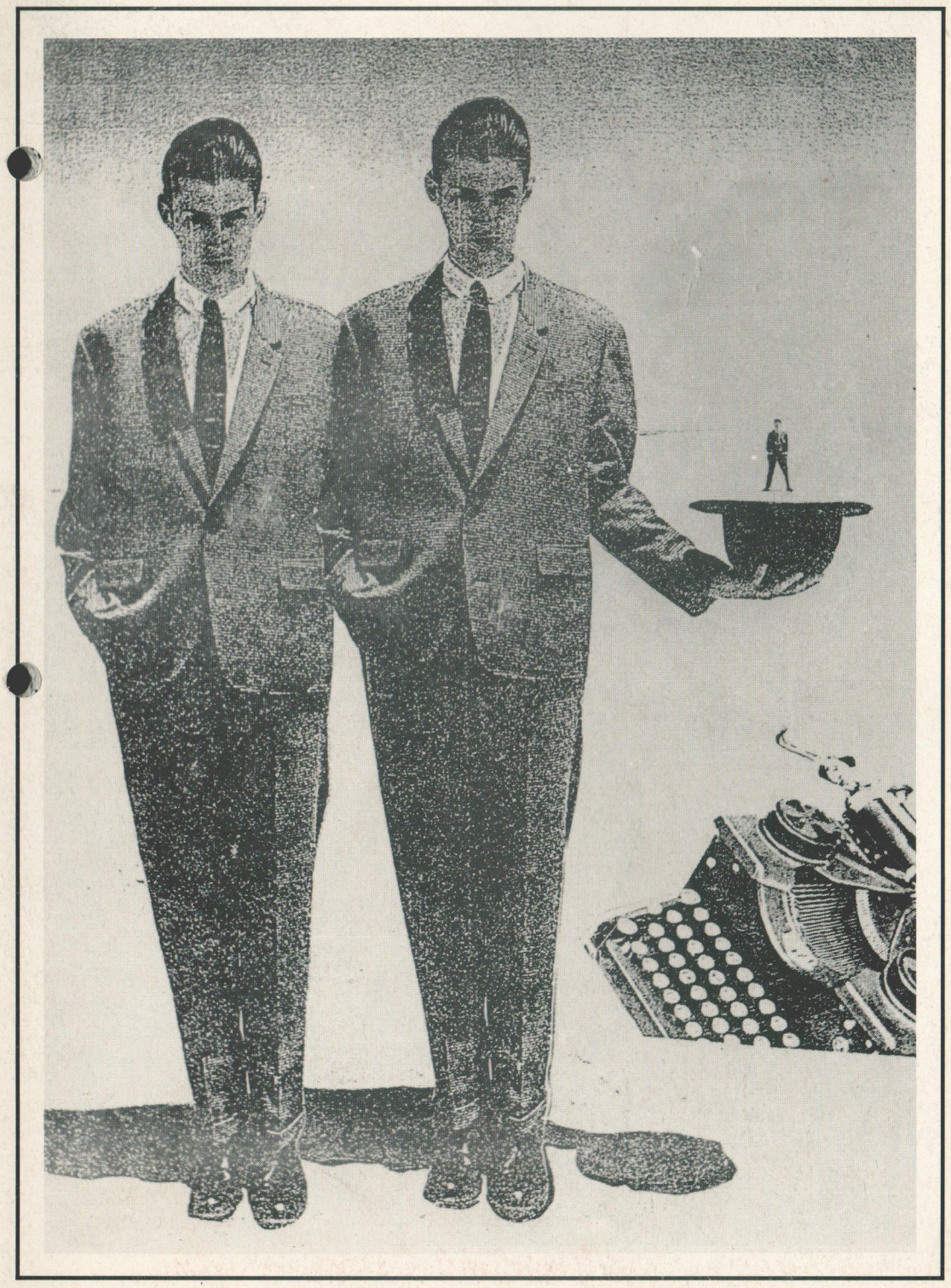
D 1600 E

links

Sozialistische Zeitung

Offenbach/Main
Nr. 210, September 1987
DM 4,50, 19. Jahrgang



links-Thema „Kultur“

Paul Ciupke: Kultivieren, Kompensieren, Konkurrieren ● Eckart Britsch: Mythos Berlin ● Peter Grohmann: Ca ira, Großvater! ● Carl-Wilhelm Macke: Akustischer Kolonialismus ● Norbert Reiber: Money-Kultur ● Peter Kern: Der Einzelne und sein Hauseigentum ● Horst-Dieter Zahn: Kultur als bunter Flickenteppich

links-Theorie

Zum Sartre-Kongreß:
Fritz Reusswig/Joachim Stahl: Geschichte wird gemacht — Geschichtslosigkeit auch ● Micha Brumlik: Zur Akklamation resignativer Erfahrung

Editorial

Liebe Leserin, lieber Leser

mit der September-Ausgabe hat die ,,links'' ein ungewohntes, ein neues Gesicht erhalten: Das Format ist kleiner geworden, der Umfang jedoch größer. Dazu Glanzpapier und ein Themenschwerpunkt ,,Kultur'' — die ,,links'' als Trittbrettfahrer des ,,Zeitgeistes''? Keine Angst! Wir haben keine Volte geschlagen, die ,,links'' bleibt rot!

Aber sie soll interessanter werden. Ein übersichtlicherer Aufbau und eine verbesserte Gestaltung sollen den anspruchsvoller gewordenen Lesegewohnheiten gerecht werden, feste ,,Sparten'' die Orientierung erleichtern und den ,,Gebrauchswert'' erhöhen. Damit haben wir die kritischen Anregungen vieler Leserinnen und Leser aufzugreifen und die professionellen Hinweise befreundeter Graphiker zu beherzigen versucht.

Auch im technischen Bereich sind Veränderungen zu vermelden: Da der Verlag 2000 seit kurzem über ein eigenes Fotosatzgerät verfügt, werden die drei Zeitschriften des SB, ,,links'', ,,express'' und ,,Widersprüche'' von nun an ,,hausgesetzt''. Dadurch konnte das Schriftbild der ,,links'' verbessert und die Produktionsphase etwas verkürzt werden, so daß aktuellere Beiträge möglich sind. Und wenn die ,,links'' jetzt in neuem Glanz(papier, das eine bessere Druckqualität bietet) erscheint, so verdanken wir das der gleichfalls neuen, engagierten Druckerei (die übrigens ehedem dem Protest gegen die Startbahn West den Druck verliehen hat).

Bei der ,,links'' ist also weder der Reichtum ausgebrochen noch hat irgendein ,,Genosse Trend'' uns agitiert. Der guten publizistischen Tradition der ,,links'', gesellschaftliche Entwicklungen und politische Auseinandersetzungen theoretisch zu analysieren und kritisch zu reflektieren, bleiben Redaktion und Zeitschrift verpflichtet. Daß die Auflagenentwicklung erstmals seit langem wieder eine ansteigende Tendenz aufweist, bestärkt uns darin ebenso wie die Gründung von Leserkreisen in verschiedenen Städten. Mit der Umstellung hoffen wir, diesen Aufwärtstrend fortsetzen und weitere Interessenten für die ,,links''-Lektüre hinzugewinnen zu können. Unsere Leserinnen und Leser bitten wir dabei um Unterstützung: durch Diskussionsbeiträge und Kritik, durch Werbung und Verbreitung der ,,links''!

links
Sozialistische Zeitung

Herausgeber- und Redaktionsadresse:
Sozialistisches Büro,
Postfach 102 062,
6050 Offenbach 1
Telefon 069/88 50 06

Redaktion: Natascha Apostolidou, Helmut Burgwinkel, Micha Brumlik, Diethard Behrens, Dan Diner, Robert Detobel, Allegra de Laurentiis, Detlev Claussen, Josef Esser, Heinrich Grün, Joachim Hirsch, Jens Huhn, Peter Kern, Eva-Maria Krampe, Petra Lindloff, Ludi Lodovico, Dieter Maier, Rüdiger Pusch, Felix Schneider, Rainer Spiss, Rainer Staudhammer, Horst-Dieter Zahn.

Redaktionssekretär: G. Krum (V.i.S.d.P.)

Verleger und Vertrieb: Verlag 2000 GmbH

Satz: Verlag 2000 GmbH

Druck: Scholl & Klug GmbH, Mörfelden-Walldorf

ISSN: 0024-404-X

Erscheinungsweise: monatlich

Bezugsbedingungen:
Einzelexemplar DM 4,50
Jahresabonnement DM 49,— incl.
Abbestellungen müssen spätestens bis 31.10. vor Ende des Kalenderjahres schriftlich erfolgen.
Alle Rechte vorbehalten. Nachdruck, auch auszugsweise, ebenso Übersetzungen und fotomechanische Vervielfältigung von Beiträgen, bedürfen der vorherigen schriftlichen Genehmigung des Verlages. Mit Namen gezeichnete Artikel geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder. Für Überschriften und Zwischentitel ist die Redaktion verantwortlich. Für Beiträge in *links* wird kein Honorar bezahlt.

Eigentumsvorbehalt: Nach diesem Eigentumsvorbehalt ist die Zeitung solange Eigentum des Absenders, bis sie dem Gefangenen persönlich ausgehändigt ist. ,,Zur Habe-Nahme'' ist keine persönliche Aushändigung im Sinne des Vorbehaltes. Wird die Zeitschrift dem Gefangenen nicht persönlich ausgehändigt, ist sie dem Absender mit dem Grund der Nichtaushändigung zurückzusenden.

Inhaltsverzeichnis

links-Kommentar

Micha Brumlik: Eine eilfertige Wiederentdeckung: Die Menschenrechte 5

links-aktuell

Komitee gegen den iranisch-irakischen Krieg: Den Golfkrieg beenden! 4

Wilfried Mahnke: Kommunales Wahlrecht für Ausländer 6

Benno Hafeneger/ Walter Lochmann: Aids und Volksgesundheit 8

Lutz Rathenow: Die Zukunft der Mauer 10

links-Thema „Kultur"

Paul Ciupke: Kultivieren, Kompensieren, Konkurrieren 13

Eckart Britsch: Mythos Berlin 16

Peter Grohmann: Ca ira, Großvater! 18

Carl-Wilhelm Macke: Akustischer Kolonialismus 19

Norbert Reiber: Money-Kultur 22

Peter Kern: Der Einzelne und sein Hauseigentum 26

Horst-Dieter Zahn: Kultur als bunter Flickenteppich 28

links-international

Christian Schnitzler: Großbritannien vor Thatchers dritter Amtszeit 32

Klaus Segbers: Sowjetische Wirtschaftsreform zwischen Programm und Praxis 34

Rolf Stender: Wende in Portugal 30

links-Theorie

Zum Sartre-Kongreß:

Fritz Reusswig/ Joachim Stahl: Geschichte wird gemacht — Geschichtslosigkeit auch 40

Micha Brumlik: Zur Akklamation resignativer Erfahrung 43

Aufruf:
Den Golfkrieg beenden

Der irakisch-iranische, der „Golf"-Krieg verwüstet nun schon sieben Jahre ganze Landstriche, vernichtet ganze Volksgruppen. Niemand kann mehr die Toten auf beiden Seiten zählen; Schätzungen reichen bis zu anderthalb Millionen. Armeen von Kindern, Frauen, Greisen werden für den Krieg mobilisiert. Hunderttausende Menschen zwischen den Fronten sind auf der Flucht, weitere Hunderttausende werden systematisch vertrieben. Besonders die Angehörigen nationaler und religiöser Minderheiten sind hiervon betroffen.

Die Fronten des Krieges sind seit Jahren nahezu statisch. Ganze Divisionen werden wie vor Verdun in den Grabenkriegen des Ersten Weltkrieges um weniger Quadratkilometer Geländegewinns willen in den Tod getrieben.

Waffenlieferungen nahezu aller Industriestaaten bestimmen die Länge und die Intensität dieses Krieges.

Die Bundesrepublik ist der viertgrößte Waffen- und Ausrüstungslieferant für den Iran und den Irak. Darüber hinaus werden an bayrischen zivilen und Bundeswehrhochschulen irakische Militärangehörige ausgebildet. Deutsche Waffenhändler verdienen mit oder ohne Staatsauftrag an der Fortsetzung des Krieges. — Die bundeseigene Firma Fritz Werner gehört zu den wichtigsten Lieferanten von Geschützen und Geschossen in diesem Krieg; die Firma Kolb liefert die Ausrüstung, die die Senfgas- und Tabunproduktion für Iraks Giftkrieg ermöglichte, Heckler und Koch die Anlagen der Produktion für die iranischen G3-Sturmgewehre; Daimler-Benz liefert nun direkt oder über seine Töchter MTU, AEG und Dornier die gesamte Palette der im Krieg benötigten Güter: Militärfahrzeuge, Turbinen, Flugzeuge, Amphibienfahrzeuge, Triebwerke, Torpedos, Minen, Nachtsichtgeräte, Feuerleitsysteme, Spitzenelektronik, Raketenteile ins Kriegsgebiet.

Weitgehend unbeachtet neben dem spektakulären erklärten Krieg finden eine Reihe unerklärter und verschwiegener Kriege und völkermordartiger Verbrechen der drei Staten Irak, Iran und Türkei statt: gegen die Kurden (Opfer und Instrumente dieses Krieges zugleich), gegen eigenständige Volksgruppen und religiöse Minderheiten — Assyrer, Armenier, Yezidi, Turkmenen, gegen die Baha'i, gegen die Mandäer, die in diesem Krieg vollends unterzugehen drohen, gegen sunnitische Volksgruppen im Iran und gegen Schiiten im Irak.

Zusammen mit Vertretern der betroffenen Volksgruppen und ihren Selbsthilfeorganisationen fordern wir deshalb:

- **Das Geschäft mit dem Tod, Vertreibung und völkermordartigen Verbrechen muß bedingungslos und ohne Verzug beendet werden;**
- **den Helfershelfern und Nutznießern dieses Mordens, Waffenhändlern und -produzenten, den Hochschulen, die Soldaten für diesen Krieg ausbilden, muß entgegengetreten werden;**
- **die vermeintliche Sicherung von Arbeitsplätzen darf nicht als Argument für die Teilhabe an Kriegsverbrechen herhalten.**

Dieser Krieg geht uns alle an. Jeder Arbeitsplatz in der Rüstungsindustrie der Bundesrepublik kostet unzähligen Kindern, Frauen, Soldaten das Leben; jede Rüstungsfirma, jeder Waffenhändler bedroht die Existenz von Volksgruppen und Völkern, jede Hochschule, die Militärs der kriegsführenden Parteien ausbildet, macht sich mitschuldig; jeder Politiker, der Rüstungsexporte duldet oder fördert, ist Nutznießer des Krieges; jedes Gericht, das Kriegsflucht oder Vertreibung als „nicht asylrelevant" verwirft, billigt die tödliche Logik, die den Irak und Iran in immer neue Schlachten treibt.

Wir wollen dies nicht mehr hinnehmen, sondern zur Beendigung des Krieges und zur Linderung seiner Folgen beitragen,

- **indem wir Flüchtlinge und Vertriebene aufnehmen;**
- **indem wir uns für die Pflege und Rehabilitation der Kriegsopfer einsetzen;**
- **indem wir über das Schicksal der Völker zwischen den Fronten aufklären;**
- **indem wir die bundesdeutsche Mitverantwortung beim Namen nennen.**

Komitee gegen den iranisch-irakischen Krieg

Sie fragten mich:
Deine Augen oder
Deine Heimat,
Was von beiden liebst du mehr?

Ich sagte: Meine Augen, meine Heimat—
Ich liebe das eine wie das andere.
Aber nimm sie, meine Augen.
Und laß mein Kind
Frei
In meiner Heimat sein.

Faryad Fazil Omar (Kurde aus dem Irak)
aus: Das Leuchten aus der Stimme
(Rosnayi la dangawa), Berlin 1986, Express Ed.

Foto: Anne Lax

Sieben Jahre Golfkrieg:
Bis zu anderthalb Millionen Kriegstote, hundertausende Vertriebene und Flüchtlinge, Iraner wie Iraker, Schiiten, Sunniten und Christen, kurdische Yezidi, Baha'i und Mandäer, Juden und Armenier, Kurden, Assyrer und Turkmenen ...
Giftgas gegen unschuldige Männer, Frauen und Kinder,
mörderische Repressionen, abertausende Hinrichtungen.
Wir sind mitverantwortlich:
Beenden wir die deutsche Unterstützung des Golfkrieges!
Auch durch bundesdeutsche Waffenlieferungen und durch Ausbildungshilfe wird der schon sieben Jahre dauernde iranisch—irakische Krieg verlängert.

Unterstützen Sie unseren Aufruf gegen den Golfkrieg!
Fordern Sie unser Kampagnenblatt an:

Gesellschaft für bedrohte Völker
Postfach2024
3400 Göttingen
☎ 0551/55822

Micha Brumlik

Eine eilfertige Wiederentdeckung: Die Menschenrechte

War früher die Spielzeugindustrie daran interessiert, die lange Zeit bis Weihnachten mit allerlei Kinkerlitzchen — Jojos, Hula Hoop Reifen und zuletzt aufsetzbaren Plastikstielaugen à la Marsmensch — zu überbrücken, so grämen sich seit einigen Jahren bundesrepublikanische Parteizentralen über das parlamentarische Sommerloch. Die Entdeckung politischer Sommerhits scheint hier die rechte Abhilfe.
Der Sommerhit des Jahres '87, der Streit um die Menschenrechte anläßlich vierzehn vom Tode bedrohter chilenischer Widerstandskämpfer, brachte Heiner Geissler nach vorne, blamierte den beflissenen Genscher mit seinem Schweigen zu den Greueln der islamischen Revolution, entlarvte einmal mehr Folterfreund Strauss und bereitet Bruder Johannes in NRW schlaflose Nächte. Bei all dem steht fest, daß an der moralischen Integrität Norbert Blüms, der schon 1975 Hans Matthöfer bei seiner Beschreibung von Pinochet & Co als ,,Mörderbande'' verteidigt hatte, ein Zweifel nicht erlaubt ist.
Freilich: in dem Augenblick, in dem selbst IG Druck Hardliner Ferlemann den erneuten Kontakt zu dem oft genug als ,,Arbeiterverräter'' beschimpften Blüm sucht, verbietet ihm sein Herr und Kanzler, wie angekündigt vor Ort in Südafrika gegen die dortigen Rassisten zu protestieren. Mannhaftigkeit vor — kleinen — Tyrannenthronen ist eines, Kabinettsdisziplin ein anderes. Soviel bis jetzt zum Verhältnis von lauterer Absicht, persönlicher Integrität und Politik! Wird Norbert Blüm fahren?
Daß die Menschenrechtskampagne der CDU 1. gut geführt, 2. für die Eroberung der politischen Mitte in der BRD notwendig, 3. für die Unterstützung der nach rechts gerutschten chilenischen Christdemokraten wertvoll war und endlich der SPD in diesem Sommer die Aufmerksamkeit stahl, ist bekannt.
Für die Linke ist nun aufschlußreich zu beobachten, daß Geissler mit seiner Strategie auch die Extraprämie eines Einbruchs in das grün-alternative Lager zugefallen ist. Und hier kann man dem Mann, der vor noch nicht allzu langer Zeit den Pazifisten Auschwitz in die Schuhe zu schieben versuchte, nur gratulieren. Mindestens Teile des realpolitischen und linksliberalen Spektrums der Grünen haben voll angebissen und den bis jetzt ebenso erfolglosen wie überflüssigen Versuch unternommen, die CDU links oder sonstwo (vielleicht ,,vorne'') zu überholen.
So hält Dany Cohn-Bendit ,,den Grünen und den Linken'' im ,,Pflasterstrand'' vor, ihre unentschlossene Haltung in der Menschenrechtsfrage korrigieren zu sollen und fordert, geradeso als sei er ein pensionierter Kultusminister, der schon dem Parlamentarischen Rat angehört hat, den ,,Schulterschluß der Demokraten'' von ,,Geissler bis Ebermann''.
Zudem versäumt er nicht, Heiner Geissler ausdrücklich recht zu geben: ,,Es ist ein grundlegender Unterschied, ob und wie man in Chile und in der BRD Widerstand leistet''.

Als ob ausgerechnet die Partei der gewaltfreien Basisdemokraten in diesem Sommer dabei wäre, bewaffnete Verbände wie den MIR aufzustellen.
Der Fraktionsführer der Grünen im hessischen Landtag, Fischer, garniert im gleichen Heft seinen durch und durch vernünftigen Vorschlag, die abstrakte und überfällige ,,Raus aus der Nato!''-Forderung zu revidieren und dabei die Westbindung der BRD anzuerkennen, mit der Aussage: ,,Die Menschenrechte sind sozusagen ein Grundtatbestand, auf dem wir ethisch und politisch aufbauen müssen.''

Sollte der Exminister dies nicht nur auf die selbstverständliche Intervention gegen Menschenrechtsverstöße in der Außenpolitik, sondern auch auf die Innenpolitik anwenden wollen, so wäre ihm entgegenzuhalten, hier lediglich die eigene Realpolitik mit einem moralisierenden Mäntelchen behängen zu wollen. Denn wie auch immer: Wenn trotz Russelltribunal und Kontaktsperregesetzt etwas in der BRD institutionalisiert ist, so sind es die klassischen Menschenrechte. Und gerade weil die Institutionalisierung dieser Rechte beinahe trivial geworden ist, reagieren wir auf ihre immer wieder vorkommende Verletzung durch Übergriffe der Exekutive mit Recht besonders gereizt. ,,Habeas corpus'', das Recht auf die Unverletztlichkeit der Wohnung, darauf, einem gesetzlichen Richter vorgeführt zu werden, die Freiheit des religiösen Bekenntnisses etc. sind bereits verwirklicht und gegen Rückfälle zu schützen, während das, worum es linker und grüner Politik zu gehen hätte, nämlich eine egalitäre Demokratie, die gerechte Verteilung des gesellschaftlichen Reichtums, nicht entfremdete Sozialbeziehungen und eine gesunde Umwelt sinnvollerweise in keinem Menschenrechtskatalog auftauchen können. Karl Marx' Schrift ,,Zur Judenfrage'' ist in mehreren Hinsichten — nicht nur ihrer antisemitischen Passagen wegen — ein problematischer, ein zu Mißdeutungen verleitender Text. Und dennoch: Eine Menschenrechtspolitik, sei sie nun auf die Außen- oder Innenpolitik bezogen, die ihren Gegenstand ernst nimmt und bürgerlichem Denken den Rang zuerkennt, der ihm historisch zukommt und dessen beste Intentionen und Institutionen bewahren und nicht nur als Sommerhit bzw. wohlfeiles Vehikel für eine noch so verständige Realpolitik verwenden möchte, wird nicht umhin können, sich an folgender Behauptung abzuarbeiten:

,,Keines der sogenannten Menschenrechte geht also über den egoistischen Menschen hinaus, über den Menschen, wie er Mitglied der bürgerlichen Gesellschaft, nämlich auf sich, auf sein Privatinteresse und seine Privatwillkür zurückgezogenes und vom Gemeinwesen abgesondertes Individuum ist. Weit entfernt, daß der Mensch in ihnen als Gattungswesen aufgefaßt wurde, erscheint vielmehr das Gattungsleben selbst, die Gesellschaft, als ein den Individuen äußerlicher Rahmen, als Beschränkung ihrer ursprünglichen Selbständigkeit. Das einzige Band, das sie zusammenhält, ist die Natur-Notwendigkeit, das Bedürfnis und das Privatinteresse, die Konservation ihres Eigentums und ihrer egoistischen Person.''

Aufruf:

Den Golfkrieg beenden

Der irakisch-iranische, der „Golf"-Krieg verwüstet nun schon sieben Jahre ganze Landstriche, vernichtet ganze Volksgruppen. Niemand kann mehr die Toten auf beiden Seiten zählen; Schätzungen reichen bis zu anderthalb Millionen. Armeen von Kindern, Frauen, Greisen werden für den Krieg mobilisiert. Hunderttausende Menschen zwischen den Fronten sind auf der Flucht, weitere Hunderttausende werden systematisch vertrieben. Besonders die Angehörigen nationaler und religiöser Minderheiten sind hiervon betroffen.

Die Fronten des Krieges sind seit Jahren nahezu statisch. Ganze Divisionen werden wie vor Verdun in den Grabenkriegen des Ersten Weltkrieges um weniger Quadratkilometer Geländegewinns willen in den Tod getrieben.

Waffenlieferungen nahezu aller Industriestaaten bestimmen die Länge und die Intensität dieses Krieges.

Die Bundesrepublik ist der viertgrößte Waffen- und Ausrüstungslieferant für den Iran und den Irak. Darüber hinaus werden an bayrischen zivilen und Bundeswehrhochschulen irakische Militärangehörige ausgebildet. Deutsche Waffenhändler verdienen mit oder ohne Staatsauftrag an der Fortsetzung des Krieges. — Die bundeseigene Firma Fritz Werner gehört zu den wichtigsten Lieferanten von Geschützen und Geschossen in diesem Krieg; die Firma Kolb liefert die Ausrüstung, die die Senfgas- und Tabunproduktion für Iraks Giftkrieg ermöglichte, Heckler und Koch die Anlagen der Produktion für die iranischen G3-Sturmgewehre; Daimler-Benz liefert nun direkt oder über seine Töchter MTU, AEG und Dornier die gesamte Palette der im Krieg benötigten Güter: Militärfahrzeuge, Turbinen, Flugzeuge, Amphibienfahrzeuge, Triebwerke, Torpedos, Minen, Nachtsichtgeräte, Feuerleitsysteme, Spitzenelektronik, Raketenteile ins Kriegsgebiet.

Weitgehend unbeachtet neben dem spektakulären erklärten Krieg finden eine Reihe unerklärter und verschwiegener Kriege und völkermordartiger Verbrechen der drei Staten Irak, Iran und Türkei statt: gegen die Kurden (Opfer und Instrumente dieses Krieges zugleich), gegen eigenständige Volksgruppen und religiöse Minderheiten — Assyrer, Armenier, Yezidi, Turkmenen, gegen die Baha'i, gegen die Mandäer, die in diesem Krieg vollends unterzugehen drohen, gegen sunnitische Volksgruppen im Iran und gegen Schiiten im Irak.

Zusammen mit Vertretern der betroffenen Volksgruppen und ihren Selbsthilfeorganisationen fordern wir deshalb:

- **Das Geschäft mit dem Tod, Vertreibung und völkermordartigen Verbrechen muß bedingungslos und ohne Verzug beendet werden;**
- **den Helfershelfern und Nutznießern dieses Mordens, Waffenhändlern und -produzenten, den Hochschulen, die Soldaten für diesen Krieg ausbilden, muß entgegengetreten werden;**
- **die vermeintliche Sicherung von Arbeitsplätzen darf nicht als Argument für die Teilhabe an Kriegsverbrechen herhalten.**

Dieser Krieg geht uns alle an. Jeder Arbeitsplatz in der Rüstungsindustrie der Bundesrepublik kostet unzähligen Kindern, Frauen, Soldaten das Leben; jede Rüstungsfirma, jeder Waffenhändler bedroht die Existenz von Volksgruppen und Völkern, jede Hochschule, die Militärs der kriegsführenden Parteien ausbildet, macht sich mitschuldig; jeder Politiker, der Rüstungsexporte duldet oder fördert, ist Nutznießer des Krieges; jedes Gericht, das Kriegsflucht oder Vertreibung als „nicht asylrelevant" verwirft, billigt die tödliche Logik, die den Irak und Iran in immer neue Schlachten treibt.

Wir wollen dies nicht mehr hinnehmen, sondern zur Beendigung des Krieges und zur Linderung seiner Folgen beitragen,

- **indem wir Flüchtlinge und Vertriebene aufnehmen;**
- **indem wir uns für die Pflege und Rehabilitation der Kriegsopfer einsetzen;**
- **indem wir über das Schicksal der Völker zwischen den Fronten aufklären;**
- **indem wir die bundesdeutsche Mitverantwortung beim Namen nennen.**

Komitee gegen den iranisch-irakischen Krieg

Sie fragten mich:
Deine Augen oder
Deine Heimat,
Was von beiden liebst du mehr?

Ich sagte: Meine Augen, meine Heimat—
Ich liebe das eine wie das andere.
Aber nimm sie, meine Augen.
Und laß mein Kind
Frei
In meiner Heimat sein.

Faryad Fazil Omar (Kurde aus dem Irak)
aus: Das Leuchten aus der Stimme
(Rosnayi la dangawa), Berlin 1986, Express Ed.

Foto: Anne Lax

Sieben Jahre Golfkrieg:

Bis zu anderthalb Millionen Kriegstote, hundertausende Vertriebene und Flüchtlinge, Iraner wie Iraker, Schiiten, Sunniten und Christen, kurdische Yezidi, Baha'i und Mandäer, Juden und Armenier, Kurden, Assyrer und Turkmenen ...
Giftgas gegen unschuldige Männer, Frauen und Kinder,
mörderische Repressionen, abertausende Hinrichtungen.

Wir sind mitverantwortlich:
Beenden wir die deutsche Unterstützung des Golfkrieges!
Auch durch bundesdeutsche Waffenlieferungen und durch Ausbildungshilfe wird der schon sieben Jahre dauernde iranisch—irakische Krieg verlängert.

Unterstützen Sie unseren Aufruf gegen den Golfkrieg!
Fordern Sie unser Kampagnenblatt an:

Gesellschaft für bedrohte Völker
Postfach2024
3400 Göttingen
☎ 0551/55822

Micha Brumlik

Eine eilfertige Wiederentdeckung: Die Menschenrechte

War früher die Spielzeugindustrie daran interessiert, die lange Zeit bis Weihnachten mit allerlei Kinkerlitzchen — Jojos, Hula Hoop Reifen und zuletzt aufsetzbaren Plastikstielaugen à la Marsmensch — zu überbrücken, so grämen sich seit einigen Jahren bundesrepublikanische Parteizentralen über das parlamentarische Sommerloch. Die Entdeckung politischer Sommerhits scheint hier die rechte Abhilfe.
Der Sommerhit des Jahres '87, der Streit um die Menschenrechte anläßlich vierzehn vom Tode bedrohter chilenischer Widerstandskämpfer, brachte Heiner Geissler nach vorne, blamierte den beflissenen Genscher mit seinem Schweigen zu den Greueln der islamischen Revolution, entlarvte einmal mehr Folterfreund Strauss und bereitet Bruder Johannes in NRW schlaflose Nächte. Bei all dem steht fest, daß an der moralischen Integrität Norbert Blüms, der schon 1975 Hans Matthöfer bei seiner Beschreibung von Pinochet & Co als ,,Mörderbande'' verteidigt hatte, ein Zweifel nicht erlaubt ist.
Freilich: in dem Augenblick, in dem selbst IG Druck Hardliner Ferlemann den erneuten Kontakt zu dem oft genug als ,,Arbeiterverräter'' beschimpften Blüm sucht, verbietet ihm sein Herr und Kanzler, wie angekündigt vor Ort in Südafrika gegen die dortigen Rassisten zu protestieren. Mannhaftigkeit vor — kleinen — Tyrannenthronen ist eines, Kabinettsdisziplin ein anderes. Soviel bis jetzt zum Verhältnis von lauterer Absicht, persönlicher Integrität und Politik! Wird Norbert Blüm fahren?
Daß die Menschenrechtskampagne der CDU 1. gut geführt, 2. für die Eroberung der politischen Mitte in der BRD notwendig, 3. für die Unterstützung der nach rechts gerutschten chilenischen Christdemokraten wertvoll war und endlich der SPD in diesem Sommer die Aufmerksamkeit stahl, ist bekannt.
Für die Linke ist nun aufschlußreich zu beobachten, daß Geissler mit seiner Strategie auch die Extraprämie eines Einbruchs in das grün-alternative Lager zugefallen ist. Und hier kann man dem Mann, der vor noch nicht allzu langer Zeit den Pazifisten Auschwitz in die Schuhe zu schieben versuchte, nur gratulieren. Mindestens Teile des realpolitischen und linksliberalen Spektrums der Grünen haben voll angebissen und den bis jetzt ebenso erfolglosen wie überflüssigen Versuch unternommen, die CDU links oder sonstwo (vielleicht ,,vorne'') zu überholen.
So hält Dany Cohn-Bendit ,,den Grünen und den Linken'' im ,,Pflasterstrand'' vor, ihre unentschlossene Haltung in der Menschenrechtsfrage korrigieren zu sollen und fordert, geradeso als sei er ein pensionierter Kultusminister, der schon dem Parlamentarischen Rat angehört hat, den ,,Schulterschluß der Demokraten'' von ,,Geissler bis Ebermann''.
Zudem versäumt er nicht, Heiner Geissler ausdrücklich recht zu geben: ,,Es ist ein grundlegender Unterschied, ob und wie man in Chile und in der BRD Widerstand leistet''.

Als ob ausgerechnet die Partei der gewaltfreien Basisdemokraten in diesem Sommer dabei wäre, bewaffnete Verbände wie den MIR aufzustellen.
Der Fraktionsführer der Grünen im hessischen Landtag, Fischer, garniert im gleichen Heft seinen durch und durch vernünftigen Vorschlag, die abstrakte und überfällige ,,Raus aus der Nato!''-Forderung zu revidieren und dabei die Westbindung der BRD anzuerkennen, mit der Aussage: ,,Die Menschenrechte sind sozusagen ein Grundtatbestand, auf dem wir ethisch und politisch aufbauen müssen.''

Sollte der Exminister dies nicht nur auf die selbstverständliche Intervention gegen Menschenrechtsverstöße in der Außenpolitik, sondern auch auf die Innenpolitik anwenden wollen, so wäre ihm entgegenzuhalten, hier lediglich die eigene Realpolitik mit einem moralisierenden Mäntelchen behängen zu wollen. Denn wie auch immer: Wenn trotz Russelltribunal und Kontaktsperregesetzt etwas in der BRD institutionalisiert ist, so sind es die klassischen Menschenrechte. Und gerade weil die Institutionalisierung dieser Rechte beinahe trivial geworden ist, reagieren wir auf ihre immer wieder vorkommende Verletzung durch Übergriffe der Exekutive mit Recht besonders gereizt. ,,Habeas corpus'', das Recht auf die Unverletztlichkeit der Wohnung, darauf, einem gesetzlichen Richter vorgeführt zu werden, die Freiheit des religiösen Bekenntnisses etc. sind bereits verwirklicht und gegen Rückfälle zu schützen, während das, worum es linker und grüner Politik zu gehen hätte, nämlich eine egalitäre Demokratie, die gerechte Verteilung des gesellschaftlichen Reichtums, nicht entfremdete Sozialbeziehungen und eine gesunde Umwelt sinnvollerweise in keinem Menschenrechtskatalog auftauchen können. Karl Marx' Schrift ,,Zur Judenfrage'' ist in mehreren Hinsichten — nicht nur ihrer antisemitischen Passagen wegen — ein problematischer, ein zu Mißdeutungen verleitender Text. Und dennoch: Eine Menschenrechtspolitik, sei sie nun auf die Außen- oder Innenpolitik bezogen, die ihren Gegenstand ernst nimmt und bürgerlichem Denken den Rang zuerkennt, der ihm historisch zukommt und dessen beste Intentionen und Institutionen bewahren und nicht nur als Sommerhit bzw. wohlfeiles Vehikel für eine noch so verständige Realpolitik verwenden möchte, wird nicht umhin können, sich an folgender Behauptung abzuarbeiten:

,,Keines der sogenannten Menschenrechte geht also über den egoistischen Menschen hinaus, über den Menschen, wie er Mitglied der bürgerlichen Gesellschaft, nämlich auf sich, auf sein Privatinteresse und seine Privatwillkür zurückgezogenes und vom Gemeinwesen abgesondertes Individuum ist. Weit entfernt, daß der Mensch in ihnen als Gattungswesen aufgefaßt wurde, erscheint vielmehr das Gattungsleben selbst, die Gesellschaft, als ein den Individuen äußerlicher Rahmen, als Beschränkung ihrer ursprünglichen Selbständigkeit. Das einzige Band, das sie zusammenhält, ist die Natur-Notwendigkeit, das Bedürfnis und das Privatinteresse, die Konservation ihres Eigentums und ihrer egoistischen Person.''

Wilfried Manke

Kommunales Wahlrecht für „Ausländer“: Noch kein Grund zur Feier

Kein Zweifel: Die Hamburger Ausländerpolitik ist in Bewegung geraten. Sie gewährt als erstes Bundesland Einwanderern das kommunale Wahlrecht. Ab 1991 dürfen alle „ausländischen Mitbürger“, die mindestens fünf bis zehn Jahre (hier hat man sich noch nicht festlegen wollen) in der Freien und Hansestadt gelebt haben, über die Zusammensetzung der Bezirksparlamente mitentscheiden. Ein Fortschritt? Grund zum Feiern?

Der Reihe nach: Die Vorreiter einer Neuauflage sozialliberaler Regierungspolitik wurden sehr schnell handelseinig, wohl wissend, daß die machtlosen Bezirksversammlungen, in denen weiterhin durch Verweigerung des passiven Wahlrechts keine Immigranten vertreten sein werden, auf die „große“ Politik kaum Einfluß nehmen werden. Was die GAL trotz Kritik im Detail immerhin als einen „ersten Schritt in die richtige Richtung“ begrüßte, wird von der CDU schlau als „Etikettenschwindel“ qualifiziert. Nicht ungeschickt nutzt sie die Kompetenzlosigkeit der Bezirke für ihr eigenes reaktionäres Süppchen: Da „Ausländer“ selbstverständlich nicht in Belange „deutscher“ Politik eingreifen dürfen, werden die Bezirksparlamente weiterhin ohne politischen Einfluß bleiben müssen, was der basisbewußte stellvertretende CDU-Fraktionschef Willich natürlich verhindern will. Das kommunale Ausländerwahlrecht kann daher nur als „Deckmantel für den Einstieg in die totale Entmachtung der Bezirke“ verstanden werden. Hinter dieser exotischen Argumentation stehen die alten Vorurteile der politischen Rechten: Ihre Furcht vor einer Politisierung und Radikalisierung, vor der Möglichkeit des Einzugs von Ausländerparteien, deren interne Streitigkeiten dann „in unsere Rathäuser hineingetragen werden“ (Staatssekretär Waffenschmidt). Vorerst bleibt daher auch für sozialliberale Überlegungen das „passive“ Wahlrecht ausgeklammert. FDP-Verhandlungsführer Rahlfs: „Bezirksabgeordnete sind ja Teil der Verwaltung und damit Hoheitsträger. Hoheitsträger könnten aber eigentlich nur Deutsche sein.“ (zit. lt. taz v. 5.8.87)

Derartige Halbherzigkeiten und Unsicherheiten sind der CDU fremd. Sie wollen Nägel mit Köpfen: Sollen Ausländer doch Deutsche werden. Die CDU findet hier die verfassungsrechtliche Unterstützung vieler Juristen, welche die deutsche Staatsbürgerschaft als Voraussetzung jeder politischen Mitbestimmung durch Wahlrechtsakte — auch auf kommunaler Ebene — ansehen.

Sich in diese Diskussion einmischen, halte ich für politisch falsch, denn es geht ja eben nicht um „Eindeutschung“, um die Akzeptanz verfassungsrechtlich „sauberer“ und politisch erwünschter Vorleistungen — was im übrigen angesichts der faktischen Hürden äußerst zynisch klingt — sondern um die Frage, inwieweit die Bundesrepublik Deutschland bereit ist, a[illegible] Nichtdeutschen, eben Einwanderern, politisches Mitspracherecht (und ich meine nicht nur auf kommunaler Ebene) zu garantieren. Davor steht allerdings weiterhin die offizielle und inoffizielle Mehrheitsmeinung, daß die BRD kein „Einwanderungsland“ sein darf, ein nach wie vor repressives, immer wieder Ethnozentrismus und Rassismus belebendes Ausländergesetz, mit dem Politiker den Sonderstatus von „Ausländern“ beliebig ausweiten können. Weil dies so ist, ist der Verzicht auf den Begriff „Ausländer“ nicht nur ein symbolischer Akt, sondern auch einer, der alle Immigranten in der Wahrnehmung ihrer selbstverständlichen Rechte unterstützen könnte. So weist der Politologe und Sprecher des „Hamburger Bündnisses türkischer Einwanderer“, Hakki Keskin, darauf hin, „daß diejenigen Menschen, die hier geboren, aufgewachsen oder seit 10[illegible] und mehr Jahren leben, keine Ausländer mehr sind und als solche genannt werden sollten — sie sind Einwanderer. Ein Ausländer hat kein Recht auf politische Beteiligung, keinen Anspruch auf Dauerrechte, er ist eben Ausländer, der nicht dauerhaft zu dieser Gesellschaft gehört, er ist ein Provisorium.“ (lt. Frankfurter Rundschau v. 22.7.87)

Kurzum: Einwanderer sind Inländer, die nicht notwendigerweise Deutsche sein müssen. Nur vor diesem Hintergrund macht es Sinn, dem Anliegen einer multikulturellen Gesellschaft politisch (und auch verfassungsrechtlich) gerecht zu werden. ■

Infodienst Sozialarbeit zu verkaufen

Wer Interesse hat, den Infodienst Sozialarbeit (Reprint 1969 - 1973; Nr. 2,5,7 - 13, 15 - 29) oderr die Widersprüche (1 - 17) zu kaufen, wende sich an:
Gunhild Rauch, Gabelsberger Str. 22, 7800 Freiburg

Uli Post

Unser Mann bei der Stasi

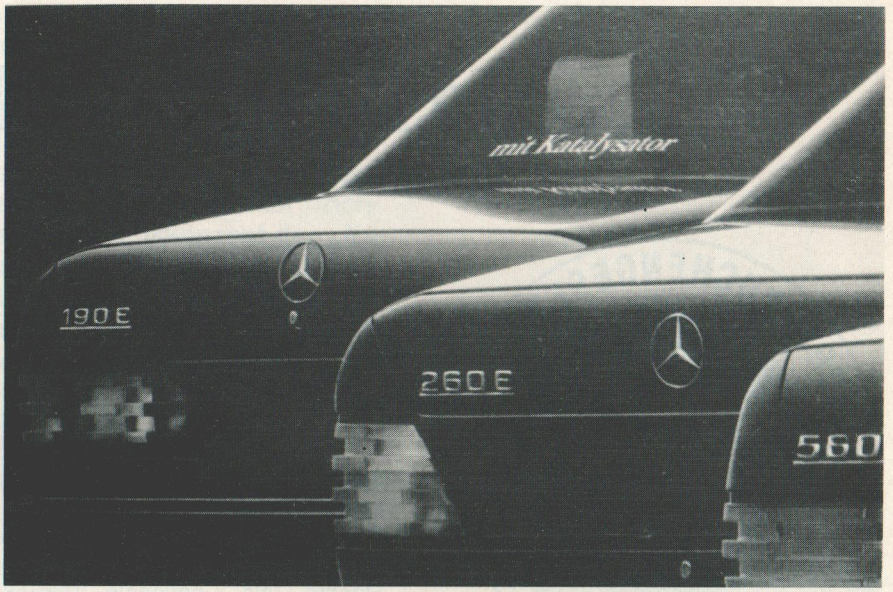
Wie alles anfing, ist heute nicht mehr zweifelsfrei nachzuvollziehen. Willis Version von seiner Liebe zum SB jedenfalls begann in Münster. Dort habe er, man schrieb das Jahr 1976, per Zufall „nette SB-Genossen" in der Kneipe getroffen, auf Anhieb festgestellt, daß ihre politischen Vorstellungen auch die seinen waren, und sich nach mehreren Treffen von ihnen schließlich ans Hamburger SB empfehlen lassen. Denn schließlich lebte Willi in Wedel bei Hamburg und führte dort neben einem Tabakladen ein ruhiges, unauffälliges Leben mit seiner Lebensgefährtin. Nur einmal pro Woche ließ er den Laden Laden sein und fuhr über Köln nach Stollberg zu seiner Frau, die — versteht sich — nichts von der anderen Frau an seiner Seite wissen durfte. Hin und wieder kam einer von uns — das war die Internationalismus-Gruppe im Hamburger SB — mit ihm gen Süden und freute sich mit ihm darüber, daß sein Wagen einen stärkeren Motor hatte, als äußerlich zu vermuten war. Alle paar Wochen flog Willi nach Berlin, aber warum sollte er nicht? Daß Willi über 50 Jahre alt war, einem außerordentlich bürgerlichen Beruf nachging und bei politischen Diskussionen wenig zu sagen hatte, machte uns zwar stutzig, aber Willi war doch viel zu spießig, um . . ., nein wirklich nicht. Und überhaupt: Warum sollte ein Tabakswarenhändler nicht den gleichen internationalistischen Geist in sich spüren, der auch junge Politikstudenten unruhig schlafen läßt?

Ja, wir waren auf unseren so ganz und gar anderen Willi fast ein bißchen stolz, als sich — 1981 — der internationalistische Geist hatte sich nach den Examina verflüchtigt — die Gruppe auflöst. Auch Willi hörte auf, und zwar — eine ordentlich geführte Kartei macht schon das halbe politische Geschäft — am 9. September 1981.

Knapp zwei Jahre später, am 20. Juli 1983, wurde unser Willi in der Hauptstadt eines real existierenden Nachbarstaates als Agent „der BRD" festgenommen und kurze Zeit später zu lebenslanger Haft verurteilt. Seine seltenen Briefe in der in das goldene Wedel nannten als Absender: nur Willi Wilms, 1040 Berlin, Postfach 84c. . .

Ach Willi, das hätten wir dir nicht zugetraut. Du als Spion des Bundesamtes für Verfassungsschutz? Und du, der 1981 — zum Schein, du Schelm — auch als Mitarbeiter der Stasi? Nur gut, daß Honecker bald kommt. Mitte August wurdest du gegen einen echten Stasi-Mann ausgetauscht.

Keine Frage: Eine ordentliche Agentenlaufbahn hat schon ihre Reize, aber, Willi, was um Gottes willen wolltest du im SB? Und warum hat der Verfassungsschutz vier Jahre lang über deine erhöhten Beitragszahlungen das SB subventioniert?



Vernunft in Serie.

Am 25. Juni veröffentlichte die Badische Zeitung in Freiburg eine ganzseitige Anzeige der Daimler-Benz AG. Unter dem Foto dreier Mercedes-Hinterteile prangte da in mächtigen Lettern: Vernunft in Serie.

Nimmt man die Anzeige so ernst, wie sie aufgemacht war, so bedeutet das: Erstens, Vernunft ist nicht die Negation des Bestehenden durch die Anstrengung des Begriffs, sondern eine industriell gefertigte Luxuskarosse. Zweitens, Vernunft kostet zwischen 40.000 und 120.000 DM, ist also nicht für jeden erschwinglich. Drittens, wer Mercedes fährt, den umgibt die Aura der Vernunft. (Das macht die besondere Eignung dieser Automarke zur Politikerbeförderung aus.) Viertens, die Zerstörung der Vernunft ist ein Blechschaden, die Kosten trägt die Vollkaskoversicherung. Fünftens, Vernunft nutzt sich ab. Liebhaber verkaufen daher ihr Exemplar nach einigen Jahren auf dem Gebrauchtvernunftmarkt und legen sich ein Modell der neuesten Serie zu. Sechstens, Vernunft ist neuerdings umweltfreundlich, da mit Katalysator ausgestattet. Siebtens, als Pfingsten in Freiburg ein Mercedes umgestürzt wurde, war das keine Randale, sondern praktische Philosophie, genauer: die Rückwendung von Marx zu Hegel. Die Vernunft, die zwar nicht auf Füßen, aber immerhin auf Rädern stand, war wieder auf den Kopf gestellt.

Ulrich Bröckling

Benno Hafeneger/Walter Lochmann

,,Aids und Volksgesundheit"

Die extreme Rechte ,,besetzt" zur Zeit das Thema Aids; das zeigen u.a. solche Aufkleber an. Aids wird zur schleichenden Katastrophe in unserer Gesellschaft und rückt damit ins Zentrum rechter Gewerkschaftskritik.

Zu der ‚traditionellen' politisch-rassistischen Argumentationskette kommt seit einigen Monaten als weiteres Element die ,,Jahrhundertseuche Aids". Die extreme Rechte (als ,,nationale Demokraten", ,,freiheitliche" oder ,,nationale Rechte", nationale Sozialisten", ,,Nationalsozialisten", ,,Nationalisten" oder ,,Neue Rechte") sieht — in Radikalisierung rechtskonservativer Argumentationsfiguren — einer ,,Durchseuchung unseres Volkes Tür und Tor geöffnet". So heißt es z.B. in ,,Nation Europa", einer wesentlichen Publikation mit einer Auflage von 10.000 Exemplaren: ,,Zu den vielfältigen Gefahren, die die Zuwanderung Farbiger in biologischer und kultureller Hinsicht mit sich bringt, kommt nun noch die Verbreitung der Seuche Aids hinzu. So ist bekannt, daß die Angehörigen bestimmter afrikanischer, aber auch asiatischer Völker von dieser Krankheit bedeutend mehr betroffen sind als jetzt noch die Europäer. Der Kampf muß an verschiedenen Fronten geführt werden, und die Bekämpfung der Seuche ist ebenso wichtig wie das direkte Vorgehen gegen die Einfuhr der Farbigen und die Befürworter dieser Maßnahmen." (Heft 5/6, 1987)
Die Streuung des Virus in die ,,normale Bevölkerung" bedeutet für die extreme Rechte mit ihrem nationalistischen und eurozentristischen Kulturkonzept eine ,,katastrophale Bedrohung" der Substanz der europäischen Völker und deren Volksgesundheit. Rassenhygiene, Volksgesundheit und autoritäre staatliche Handlungskonzepte werden als Strategie der ,,schleichenden Durchseuchung und Zersetzung der völkischen Substanz" entgegengesetzt.
Die auf Freiwilligkeit und Aufklärung setzende Strategie wird im national-konservativen Lager (rechts von der CDU, aber dicht an der ,,Gauweiler Linie") als gescheitert angesehen. Gefordert werden konsequente Seuchenbekämpfung, Reihenuntersuchungen und namentliche Meldepflicht. Dabei wird ein panikmachendes Schreckensbild gemalt: ,,Beispielloses Massensterben, wenn die ideologischen Vorurteile einer Minderheit mehr gelten als das Schutzbedürfnis der Mehrheit. Ohne einen baldigen wissenschaftlichen Durchbruch könnte das Problem die Dimension eines globalen Atomkriegs erreichen." (Der Republikaner, Nr. 5/1987).
Die Argumentation richtet sich vor allem gegen Minderheiten und die Betroffenen. Das autoritäre, nationalistische Staatsverständnis zielt auf die Verantwortung gegenüber der ,,gesunden Mehrheit" und einen Maßnahmenkatalog, der auf Kontrolle, Überwachung und Zwang setzt. ,,Das verfassungsmäßig garantierte Recht auf körperliche Unversehrtheit und Leben von derzeit noch über 99 Prozent der Bevölkerung muß über einigen, vergleichsweise unbedeutenden Persönlichkeitsrechten der kleinen Minderheit der Infizierten stehen. Leider kreist die Diskussion derzeit vor allem um den Schutz der Infizierten vor einer Diskriminierung (was auch wichtig ist) und nicht um den Schutz des Lebens der Nichtinfizierten". (Der Republikaner, Nr. 5/1987). Das ,,Menschheitsproblem" bekommt die Gesellschaft nach Auffassung der extremen Rechten nicht in Griff, ,,weil der Einzelne seine Gelüste und Perversionen als Rechtsgüter höher stellt als das gesunde Überleben seines Volkes" (Nation Europa, Heft 7/87). Damit wird eine Politik der Angst, Panik und Paranoia inszeniert, die Jagd macht auf die Risikogruppen, Minderheiten, Kranke, und rassistische Hysterie stimuliert.
Ein zweiter Aspekt des national-konservativen Lagers zielt auf die ,,moralische Wiederaufrüstung" (Die Zeit, 26.6.87), auf die Wiederherstellung traditioneller Moral: Familie, eheliche Treue und Enthaltsamkeit als Grundlage sittlichen Verhaltens. Es soll ein öffentlicher Druck vor allem auf Jugendliche erzeugt werden — die Rücknahme und Verhinderung von Emanzipations- und Selbstbestimmungsprozessen ist beabsichtigt. Von der extremen Rechten werden ,,konservative Sekundärtugenden und Werte, wie Familie, Pflicht, Ordnung, Sauberkeit radikalisiert" (Jaschke) und in obrigkeitsstaatliche, vordemokratische, autoritäre Ordnungskonzepte eingebunden.
Aids wird im Kontext von Wirtschaftskrise, Kränkungs- und Verarmungserfahrungen,

lier im Innern es Landes. . .

ier in der bayerischen Pronz hat man viel weniger reck am Stecken, als manche roßstadtkreise als Panikauser sehen. Man erinnert sich och an die Syphilis seinerzeit, s die Opfer der ,,Lustseuhe" auch über den Übertraungsweg informiert und aufeklärt waren. Der Jurist Peter auweiler scheint die Hausufgabe im Fach Geschichte er Medizin besser gemacht u haben als manche Heilbefler.
ier auf dem Lande hält sich as Mitgefühl für Analakrobaen und dem Strich samt Kuen in Grenzen, durch die Näe der Landwirtschaft kennt an nur noch das Gesetz der uslese. Aber die Eltern der ugendlichen befürchten, daß re Kinder auf dem Altar der talen persönlichen Freiheit eopfert werden könnten.

eserbrief in: Die Apothekeritung Nr. 12, '87

Zentrale Agitationsthemen und fester Bestandteil des rechtsextremen ideologisch-politischen Diskurses und von (gewaltförmig) praktischen Auseinandersetzungen sind aktuell die vermeintlich ,,überschwappende Asylantenflut'' und ,,drohende Überfremdung''. Mit einer ethnozentristischen, völkisch-rassistischen Argumentationsstruktur und rassistischen Propagandaformeln, die sich gegen ,,Ausländer, Flüchtlinge, Scheinasylanten, Fremdarbeiter/eingewanderte Arbeitskräfte, Vielvölkerstaat'' richten, wird an ein nationales und europäisches Überlebenskonzept der ,,Erhaltung der europäischen Völker und Kultur'' appelliert. Dieses Konzept hat Schnittmengen mit dem rechtskonservativen Lager in der CDU/CSU, in dem vor allem bevölkerungsstatistisch argumentiert wird und fremdenfeindliche Stimmungen toleriert, verstärkt und produziert werden;

gesellschaftlich produzierten und undurchschauten Unsicherheiten und (Sexual)ängsten zu einer Projektionsfläche für Phantasien einer im epochalen Strukturwandel befindlichen Gesellschaft. Die Gefährdung konventioneller Normalitätskonzepte (in denen u.a. Familie, Treue und Sexualität zusammengehören) kommt angstverstärkend hinzu. Die extreme Rechte verknüpft ihr Aufgreifen und Thematisieren von Krisenerfahrungen und Unsicherheiten mit einem propagierten staatlichen Handlungskonzept, das vor allem individuelle Freiheiten einschränken soll. Ihr Problemlösungskonzept ist mit unterschiedlichen Akzenten eine Radikalisierung der rechtskonservativen ,,Gauweiler-Linie'': gefordert werden Meldepflicht, umfassende Kontrollen, Reihenuntersuchungen, Impfzwang (wenn ein Gegenmittel gefunden ist). Aufklärung, Datenschutz, bürgerliche Freiheitsrechte werden als liberalistische Ideologie (,,leben und leben lassen'') eines schwachen Staates und als materielle Interessen von ,,Medizinern und Sozialhelfern, die bei einer steigenden Zahl Erkrankter ihren Broterwerb gesichert sehen'' (Nation Europa, 12/86) denunziert. Ihnen wird ein ,,verbrecherischer Umgang mit der Volksgesundheit'' vorgeworfen.

Die extreme Rechte versucht — im Unterschied zum rechtskonservativen Lager — Aids nationalistisch-rassistisch, volkspolitisch aufzuladen; Vorurteilsstrukturen, Ängste und Unsicherheiten, fremdenfeindliche Mentalitäten in der Bevölkerung zu radikalisieren. Für die vermeintlich volksgesundheitlichen Notwendigkeiten (Lebensschutz/Umweltschutz/Lebensraum) wird selektiv mit biologisch-medizinischen Belegen und ,,harten Daten'' argumentiert; als vermeintlich unangreifbare objektive Fakten und Prognosen werden sie ideologisch eingebunden.

In der Bewertung der beiden Risikogruppen homosexuelle Männer und Drogenabhängige wird in Teilen der extremen Rechten die menschenverachtend-zynische, rassistische und offene, an Vernichtung anknüpfende Strategie deutlich: ,,. . .bei denen man allerdings der Auffassung sein kann, daß ihre Dezimierung nicht unbedingt negativ zu bewerten ist'' (Nation Europa 2/87). Die extreme Rechte sieht in Aids sowohl eine Bedrohung der Volks-(völkischen)substanz als auch eine Neuauflage ihrer dämonischen Geschichtsphilosophie, ,,das Böse zu nutzen, weil aus ihm das Gute erwächst''. Im Volks-Mythos — als lebendiger Organismus, Schicksalsgemeinschaft mit genetischer Determination — der extremen Rechten ist ,,Volksgesundheit'' und Ent-Mischung der Völker (Eugenik und Biopolitik) eine leitende Idee.

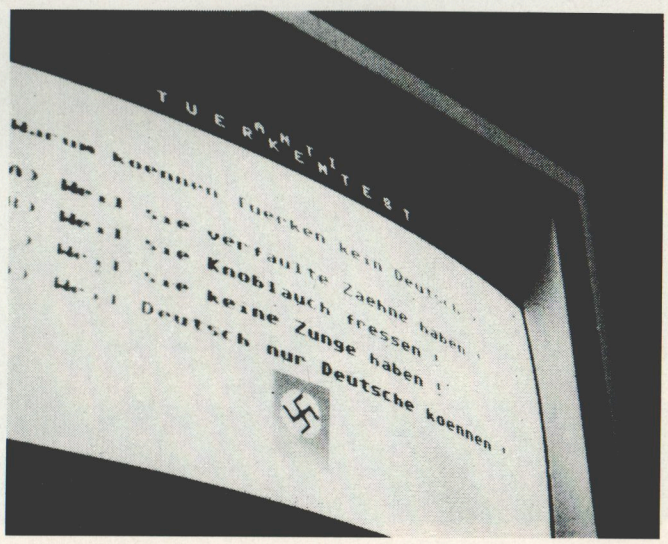
In der offiziell-politischen Auseinandersetzung dominieren derzeit die beiden Konzeptvarianten *,,Aufklärung''* (Süßmuth) und *,,Ausgrenzung''* (Gauweiler) die Diskussion und Handlungsstrategien. Der extremen Rechten kommt (arbeitsteilig) die Funktion zu, den konservativen Traditionalismus zu radikalisieren und Ausgrenzungsstrategien in den öffentlichen Diskurs einzubringen.

,,Naziware''

Mailboxen sind stinknormale Computer, die an die Telefonleitung der Post angeschlossen sind und von anderen Computerbenutzern mittels eines ,,Akustikkopplers'' angerufen werden könne. Das Problem ist, daß ein Benutzer mit fremdem Kundennamen ins Programm kommen und dort Daten ablegen kann, ohne erkannt zu werden.

Auf diese Weise schmuggeln seit einiger Zeit Neonazis rechtsradikale Computerspiele auf die Monitore der ,,mailbox''-Benutzer. In ,,Hitler Diktator'' oder ,,Anti-Türkentest'' wird z.B. mit ,,Heizjuden'' gespielt. Bei ,,Castle Wolfenstein'' handelt es sich um ein abgewandeltes Kriegsspiel. Der Spieler ist KZ-Wächter und hat den Ausbruch von Volksfeinden zu verhindern.

Die Programme können zwar gelöscht werden, tauchen aber oft an anderer Stelle in der Mailbox wieder auf.



Lutz Rathenow

Die Zukunft der Mauer

Irgendwann notierte ich den Satz: Das einzige, was mich an Berlin interessiert, sind seine Grenzen. Erschrocken strich ich ihn durch, da er keiner vernünftigen Prüfung standhält. Und doch wächst er sich zum Thema aus, das mich nicht losläßt, die reale Absurdität des Ost-West-Austauschs von Dingen, Ideen, Menschen.

TV, ein Fernrohr mit verzerrender Optik. Die Mauer als Prisma, durch das sich Probleme vielfältig spiegeln. Die Ostler im Westen, der Westen im Osten — die Muster gegenseitiger Wahrnehmung sind nur behutsam zu entschlüsseln. Allein die verschiedenen Motive von Leuten, in die Bundesrepublik überzusiedeln.

Zum Beispiel A. lernt besessen polnisch, liebt jene Kultur. Nach dem Aufblühen der Gewerkschaft ,,Solidarnosc'' darf er nicht mehr hinfahren. Wie fast jeder Bürger der DDR. Er bemüht sich lange um eine Erlaubnis. Auch nach Aufhebung des Kriegsrechts wird ihm diese verwehrt. A. beantragt die Ausreise. Man genehmigt sie rasch. Als Westberliner setzt er seine Studien in Polen fort.

Oder: Eine Frau aus Leipzig will rüber, weil sie ein Westler umzubringen droht. Aus Eifersucht. Zwar dürfe er nicht mehr einreisen, drohe aber mit Identitätswechsel und stünde eines Tages garantiert vor ihrer Tür. Sie meint, in der BRD könne sie besser untertauchen. Er suche sie dort nicht. Riefe er ihre Eltern an, tun die so, als ob sie noch in der DDR lebe.

Die geschlossene Grenze produziert Lebensgeschichten am laufenden Band, gigantische und banale.

Georg, der Abend für Abend durch die Straßen zieht. Er sucht defekte, kostenlos funktionierende Telefonzellen. Sonst werden die Gespräche mit seinem westberliner Freund zu teuer. Einreisen darf er nicht mehr. Und einen eigenen Telefonanschluß bekommt Georg erst nach Vorlage eines Dringlichkeitsbescheids seiner Arbeitsstelle und mehrjähriger Wartezeit.

,,Wir lassen uns eben die Butter nicht vom Brot nehmen!'' verteidigt ein Mauerbauer der ersten Stunde das Ding vor seinem rebellischen Sohn. Der hat einen Antrag und kontert beim abendlichen Streit: ,,Achtet lieber darauf, ob das Brot schon schimmlig ist!''

Als ich mit dem Fotografen Harald Hauswald seine Bilder aus Berlin sichtete, fielen mir oft alte Leute, Uniformierte und Kinder auf. Beim Durchblättern eigener Notizen stieß ich immer wieder auf Uniformierte, Kinder und — die Mauer. Jene Sperranlagen sieht man auf seinen Aufnahmen kaum. Liegt das nur am Verbot, sie zu fotografieren? Ich denke, nein. Die Grenze existiert da, wo sie nicht zu sehen ist.

Ein stets vorhandener Partner in allen Dialogen, dessen Reaktionen einzukalkulieren sind.

Die Mauer für den, der aus dem Land geht, ist eine andere als für jenen, der bleibt. Oder für den, der durchgehen kann in beide Richtungen. Und für den fremden Beobachter gerät sie zum anstaunenswerten Exotikum.

Das verriegelte Tor zur Welt bleibt ein Tor. Ein Ort der Widersprüche. Die Zahl der Besuchsreisen von Ost nach West stieg 1986. Die Zahl riskanter Fluchtversuche ebenso. Westpolitiker fordern lauthals den Fall des Monstrums — um dann seine Nutzung als Bollwerk gegen einsickernde Asylbewerber zu verlangen. Und in der DDR erzeugt die ,,Reise-Apartheid'' (Jürgen Fuchs) neue Spannungen. Die einen dürfen kurz in den Westen, die anderen nicht in die mit der DDR befreundeten östlichen Staaten reisen.

Die Mauer wird immer normaler.

Und immer anmaßender, unerträglicher.

Eine Diskussion über sie findet kaum

Der Autor, Schriftsteller aus Berlin (Ost), hat im Piper-Verlag zusammen mit dem Fotografen Harald Hauswald sein neues Buch veröffentlicht: Ostberlin — Die andere Seite einer Stadt in Texten und Bildern. 168 Seiten mit 177 Fotos. Geb. DM 39,80

mehr statt. Wer heute aufwächst, akzeptiert sie widerstandslos oder lehnt sie rigoros ab. Letzterer zeigt sich nicht bereit, über einige handfeste Gründe ihrer Entstehung nachzudenken.

„Erstarrt sein in einem Kampf, der im Augenblick allgemeiner Reglosigkeit am heftigsten tobt." (Franz Kafka)

Seit dem 18. Jahrhundert soll die Architektur Bauten entwerfen, „um Machtkonzentrationen zu fördern und nicht, um gesammelte Macht zu präsentieren." Alexander Tzonis erklärt dies und hat nicht die Mauer im Sinn. Dabei muß sich die Bevölkerung durch sie intensiv auf die eigene Macht konzentrieren, da sie ihrer Regierung nicht ohne weiteres entweichen kann. Die vermag sich ungestörter der Arbeit an ihrem Volk zu widmen. Repräsentation unseres Staates durch diesen „antifaschistischen Schutzwall" sollte nicht seine Aufgabe sein.

Das wird sich ändern. Die Zeichen der Zeit stehen auf Verschönerung mindestens der Statistik. Bald rasen gut verriegelte DDR-Busse zu Vier-Stunden-Fahrten durch Berlin/West. Vielleicht gibt es bei einem Freundschaftstreff mit einer SEW-Ortsgruppe sogar eine Verschnaufpause. Organisierter Massentourismus bleibt sowieso die beste Methode, an einen Ort zu fahren, ohne von ihm viel mitzubekommen.

Die Reisezahlen erhöhen sich beträchtlich, wenn manche die Touren dreimal pro Woche absolvieren. Die DDR hält so künftige Versprechen, eine bestimmte Anzahl von Besuchern alljährlich durch Westberlin zu kutschen.

Für jene, die absolut nicht dürfen, baut man ein „Naherholungszentrum Berlin/West" in die Hauptstadt. Für horrende Eintrittspreise geht es da auf Abenteuertrip. Die Sehenswürdigkeiten des Westteils in verkleinerter Ausführung gestaltet, garniert mit Peep-Shows, für DDR-Auftritte gemieteten Arbeitslosen und Drogensüchtigen. Fliegende Händler, die mit Westniveau arbeiten.

Gegen die Amerikaner demonstrierende Menschen imitieren allerdings Schauspieler. Man weiß nicht, wie unsere Verhältnisse auf Originalradikale wirken.

Bewährt sich dieses Disneyland, kann die gesamte westliche Welt in unser Land integriert werden. Nach und nach en miniature als Vergnügungspark. Wer hat dann die Stirn, weiter über das Ausgesperrtsein von der Welt zu klagen?

Und die Mauer selbst kühn mit Säulen, Türmen, Schmuckelementen verzieren. Eine Art spätantikes Bauwerk im postmodernen Gewand. Der deutliche Unterschied zur chinesischen Mauer ist zu berücksichtigen, um hastigen Weltreisenden Verwechslungen zu ersparen.

Oder die Grenzsicherungsanlagen mit Pflanzen und Blumen begrünen. Seltene Käfer und Kleintiere ansiedeln, das Ganze als ökologische Nische deklarieren. Die von Kletterpflanzen umrankten Postentürme geraten zu Naturschutzwachstationen. Ein Betreten jener Reservate wird im Interesse der Pflanzen und Tierwelt konsequent verhindert.

Die Grenze als grüne Lunge durch Berlin, da müßte es gelingen, im Westen Sympathisanten zu gewinnen. . .

Winterschule des SB
Angst und Politik

Mit Angst wird jede/r in unterschiedlicher Intensität und Qualität konfrontiert. Angesichts aktueller und zukünftiger, die Existenzgrundlage gefährdender, gesellschaftlicher und ökologischer Probleme (Tschernobyl, Atomkrieg, Waldsterben, Massenarbeitslosigkeit usw.) sowie der zunehmend repressiv eingeschränkten politischen Handlungsmöglichkeiten kann diese Angst lähmend wirken — aber auch aggressiv oder kopflos machen.

Welche angstverarbeitenden Muster dominieren mit welcher Wirkung in konservativen Kreisen; welche im alternativ-grünen, undogmatisch-linken Spektrum? Welche politische Reichweite hat Angstabwehr und Beschwichtigung? Kann und soll mit Angsterzeugung als Erlebnismuster der Information Widerstand mobilisiert werden?

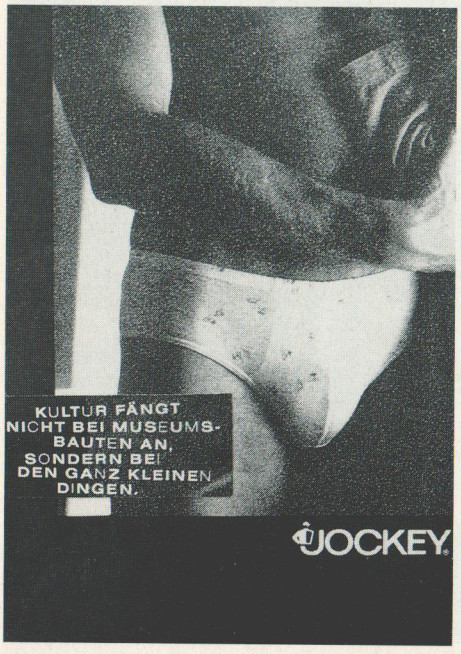
Dies sind Fragen, die wir auf der Winterschule besprechen möchten.

Termin: 24.12.87 bis 3.1.88
Ort: Tagungshaus im Solling (Südniedersachsen)
Kosten: ca. 200,— DM
Anmeldung:: Sommerschule des SB, c/o Sonja Tesch, Heilholtkamp 54, 2000 Hamburg 60, Tel.: 040/ 51 58 69

„Alles Kultur“

Die Linke, so heißt es, hat ihren hegemonialen Einfluß verloren. Löst man „die Linke“ in die sie bildenden Einzelpersonen auf, so stimmt dieses Urteil sicherlich nicht. Deren Einfluß ist vielleicht größer denn je. Nur, sie haben das Thema gewechselt. Eingewandert in die Rundfunkanstalten und Zeitungsredaktionen propagieren sie heute nicht mehr die Politik auf der Straße, sondern machen, seriös geworden, in Kultur.

Kultur, das ist der neue Geist der Zeit und die einmal so kulturlosen Linken sind seine feinsinnigen Propheten geworden. Ein Paradox nur auf den ersten Blick. Denn der Sachverhalt erklärt sich aus der Zerfallsgeschichte der Neuen Linken. Anfang der siebziger Jahre waren Agitprop und Lehrlingstheater das Höchste der kulturellen Gefühle gewesen. Literatur galt als u[illegible] politisch, die Germanistik als tot, klassische Musik als bourgeoise und Avantgarde als Eigenschaft einer ML-Partei, nicht als Kennzeichen moderner Kunst. Noch die Django-Filme im Kino wurden durch die revolutionäre Brille gesehen. Alles war politisch, Kunst und Kultur waren nichts. Doch die kulturelle Unterernährung zeitigte bald Mangelerscheinungen. Eine solche waren das Ich-Gedicht und die Betroffenheitslyrik, die erste Breschen in Richtung Kultur schlugen. Als der Autorenfilm, auf der Suche nach den verlorenen Zuschauern, Proust neu entdeckte und aus dem Rotbuch-Verlag (Programmschwerpunkt Anfang der Siebziger: Neuer Faschismus, Stadtguerilla) ein literarisches Unternehmen geworden war, waren die Politdämme längst gebrochen. Auf die Ebbe folgte eine kulturelle Flut.
Aus Frühpolitisierten waren Spätbekehrte in Sachen Kultur geworden. Spätbekehrte gelten als Eiferer, besonders was den alten Irrglauben angeht. Das gilt auch für die neuen Kunstsinnigen im Umgang mit ihrer politischen Vergangenheit. Sie schreien ihren Ekel vor dem linken Zeug förmlich raus. Hatten sie früher ein inflationäres Verständnis von Politik und keines von Kultur, so verhalten sie sich als Konvertiten nun wiederum maßlos — nur umgekehrt: Alles ist Kultur. Der Kulturtrip hat den Polittrip einfach abgelöst.



Aber den Linken geht es mit der Kultur wie weiland mit der Gewalt. Sie haben die neue Kulturbeflissenheit nicht erfunden, sondern vorgefunden. Trendsetter waren die Konservativen, die auf dem kulturellen Gebiet neue Aufgaben des ideellen Gesamtkapitalisten entdeckten. Die Kommunal- und Landespolitiker ziehen moderne Industrieunternehmen heute nur noch dort an Land, wo — von der Oper über die Sprechbühne, bis zu Kabarett und Travestieshow — auch die kulturelle Infrastruktur stimmt. Denn ins Mekka der Mega-Chips locken die Firmen wiederum qualifiziertes Personal vor allem mit dem Versprechen, daß vor Ort auch kulturell etwas geboten wird. Ein kulturelles Ambiente, sagt Lothar Späth, sei heute schon wichtiger als ein Gleisanschluß. Vom laufenden Kulturprogramm werden feierabends Beiträge zur Erhöhung der Zufriedenheit mit Wohnsitz und Arbeitsplatz erwartet.

Kulturdezernenten sprechen von „Umwegrentabilität“ und meinen die Haushaltsmittel für den Museumsneubau. Firmen leisten sich künstlerische Berater für die Gestaltung der Konzernzentrale. Ein neuer Berufszweig, der des Kulturökonomen, ist schon entstanden. Schöpferische Freizeitgestaltung heißt der neuste Schrei auf dem Unterhaltungsmarkt. Nicht mehr blöd in die Glotze gucken, sondern selbst sein Home-Video drehen. Wo alle jetzt schöpferisch und musisch geworden sind, wollen auch wir mit diesem Heft nicht zurückstehen. Auch wir sind, um's mit dem Dichter zu sagen, schöpferisch: Wir schöpfen Verdacht.

Paul Ciupke

Kultivieren, kompensieren, konkurrieren

Die drei Botschaften der kulturellen Welle

Eine sorgfältige empirische Analyse steht zwar noch aus, aber es ist nicht zu übersehen, daß es überall ein verstärktes Interesse an Kultur, einen kulturellen Blick und kulinarischen Griff auf die Dinge gibt. Die verschiedenen Varianten des neuen Geschmacks können hier gar nicht alle aufgezählt werden, eines aber ist auffällig: Es ist viel für's Auge dabei.

Konzentrieren wir uns also zuerst auf die bildenden Künste, auf Ausstellungen und Museen. Im Herbst des letzten Jahres machte eine Austellung in Münster Schlagzeilen: Die Bilder von August Macke wurden von 400.000 Kunstinteressierten aufgesucht. Das sind immerhin mehr Besucher als eine „documenta“ anziehen kann, ist aber nur ein zahlenmäßiger Höhepunkt. Die grellen Farben und schrägen Striche einer ehedem „entarteten Kunst“ finden immer Eingang ins Alltagsdesign und den ungeteilten Zuspruch eines breiten Publikums. Man könnte meinen, daß sich wenigstens auf dem Gebiet der Kunst die Geschichte unproblematisch normalisiert. Oder haben wir es doch nur mit dem modischen „Als-ob“, einem „postmodernen Zitatenschatz“ zur Aufmotzung der Warenästhetik der 80er Jahre zu tun?

Wie dem auch sei, daß die Kunst der Moderne vom Expressionismus bis zu den Abstrakten klassisch geworden ist, ist nicht zu leugnen. Ihr ästhetischer Rang und historischer Wert ist unbestreitbar. Das Besucherinteresse konzentriert sich denn auch auf Ausstellungen von Picasso, Matisse, Miro, Macke, aber auch auf themenbezogene und einen historischen Überblick vermittelnde Ausstellungen wie z.B.: „Eva und die Zukunft“, „Der Hang zum Gesamtkunstwerk“, „Deutsche Kunst im 20. Jahrhundert“. Neben dem alten Bildungsbürgertum und dem sowieso kunstinteressierten Publikum sind es vor allem zwei Gruppen, die die Besucherzahlen anschwellen lassen: die sogenannten neuen Mittelschichten und die alternative Szene der 70er und 80er Jahre.

Der Zulauf hat seinen „Preis“. Schlangestehen in der Eintrittshalle, Menschentrauben vor den Bildern, Ausverkauf der Kataloge. Nichts mehr von der Aura des Einzigartigen, des versunkenen Blicks in das überwältigende Werk, keine Begegnung und Erweckung. Kunst als Massenereignis? In Hamburg geschieht es: André Heller hat mit dem von einer erlesenen Künstlerschar der Gegenwart geschaffenen Rummelplatz, dem „Luna Luna“-Projekt wohl das ideelle Gesamtkunstwerk der Zeit geschaffen: Die Kreuzung aus verloren geglaubter Lebenswelt und dem Zeitgeist entsprechenden grellen Grafitti: New Yorker U-Bahn auf Kettenkarussell.

„Noch vor zwanzig Jahren hätte man nicht geahnt, daß sich die gute alte Kunstgeschichte im Verein mit dem totgesagten Museum in der Fernseh- und Multimedia-Welt so glänzend, ja mit überwältigendem Publikumszuspruch behaupten würde. Der Erfolg hatte seinen Preis. Der Tempel öffnete sich zur Szene, die Museumspraxis zum Schaugeschäft“, äußerte sich denn auch freudig und bedauernd zugleich der Kritiker der FAZ angesichts der Lage.

Und schon liegt einem fast das Stichwort Vermassung im Munde. Vorsicht! Aber ist nicht doch dort der kritischen Kunst der ersten Hälfte des Jahrhunderts ihre politische Sperrigkeit und Widerspenstigkeit genommen, wo sie in den Weihetempeln der postmodernen Architektur von den ewig gültigen Werten des Wahren und Schönen künden soll? Diese Fragen gelten natürlich nicht nur für die Kunst allein. Aber die Kunst scheint einigermaßen repräsentativ dafür zu sein, daß Kultur (wieder) zu einem bevorzugten Kampfplatz und Verarbeitunsmedium gesellschaftlicher Konfliktlagen geworden ist.

Stilkritik statt Ideologiekritik

Eins der besten Barometer der politischen Kultur und der Stimmung der Linken ist Hans Magnus Enzensberger. Vom Kursbuch über Transatlantik und der ‚Anderen

Koalitionskrach im Sommerloch

CDU und CSU verfolgen in Chile eine gegensätzliche Politik, seit Mitte der siebziger Jahre Pinochet seine Macht zu institutionalisieren begann und eine differenzierte Beurteilung nötig wurde. Die CSU-nahe Hanns-Seidel-Stiftung (HSS) und enge Vertraute von Strauß wie die Professoren Bossle und Blumenwitz (beide Würzburg) berieten Pinochet und halfen bei der Formulierung der auf ihn als Staatschef zugeschnittenen Verfassung von 1980. Strauß verschaffte Pinochet während seiner Chilereisen Rückendeckung; heute setzt er auf eine Fortsetzung des Militärstats mit oder ohne Pinochet.

Die CDU hingegen setzt heute auf die Stärkung der chilenischen Christdemokratie und die kontrollierte Redemokratisierung des Landes. Die Konrad-Adenauer-Stiftung grenzt sich deshalb deutlich von der Außenpolitik des Freistaats Bayern und der HSS ab. Blüm ist als Minister nicht zuständig, kennt sich aber in Sachen Lateinamerika besser aus als die CSU-Minister Zimmermann und Klein zusammen. Als er sich noch in der Jungen Union profilierte, gehörte er zu einer bundesdeutschen Unterstützungsgruppe der lateinamerikanischen Gewerkschaftsvereinigung CLAT (christdemokratisch). Als die Gruppe nach links driftete, wurde sie vom damaligen CLAT-chef Masperó gefeuert. Blüm schlug sich damals auf die Seite Masperós, eine Position zwischen der verfolgten Linken und den Diktatoren wählend.

Dieter Maier

Ohne Kampf kein Kaviar

Arbeitskonferenz zu den Handlungsperspektiven unabhängiger Friedens- und Anti-Kriegs-Arbeit

Die Friedensbewegung hat ihren Höhepunkt längst überschritten. Die Anti-AKW-Bewegung steht in der realen Gefahr, in einer Sackgasse zu enden. Die VoBo-Bewegung ist auch nicht mehr munter. Und die Internationalismus-Bewegung verliert ihren Dollpunkt Nicaragua. Bewegungspolitik am Ende? Ist der Versuch, in dieser Gesellschaft Abrüstung und Entmilitarisierung und eine ökologische Umwelt durch widerständige Bewegung zu erstreiten, schon begraben oder befinden wir uns nur an einem Krisenpunkt, der sich konstruktiv überwinden läßt?
Unsere Lage nur zu beklagen, die Vereinnahmungsstrategien der Parteien nur zu beschimpfen, reicht nicht aus. Wir müssen schon in die Hände und Hirne spucken und eine eigenständige und handlungsfähige Bewegungspolitik (weiter)entwickeln. Die Konferenz soll hierzu einen Beitrag leisten. Eingeladen sind alle, die Bewegungspolitik als eigen- und widerständige Politik nicht aufgeben wollen.
Termin: 12. und 13. September 1987
Ort: Franfurt, Mainzer Landstr. 147
Information: Fördergemeinschaft unabhängige Friedensarbeit und Koordinationsstelle Ziviler Ungehorsam, St. Pauli-Str. 10/12, 2800 Bremen, Tel. 0421/7 89 66

„links“ — ältere Jahrgänge

Nach langem Zögern möchte ich mich wegen Umzuges von meinen seit Oktober '72 gesammelten „links“ trennen. Falls sie jemand käuflich erwerben möchte, möge sie/er sich melden bei:
Dieter Wulfrath, Kleikuhlenweg 15, 4459 Emlichheim, Tel. 05943/13 64

Bibliothek' bei Grenọ bis hin zum Spiegelinterview zu Beginn dieses Jahres über die Wahlen in Bonn wußte er immer die Gefühlslagen des politisch sich links und intellektuell wähnenden Lagers zu treffen. War es zunächst der Betroffenheitskult im Kursbuch, so wußte er dann in Transatlantik und der ‚Anderen Bibliothek' dem Bedürfnis nach Gediegenheit und stilvoller Ausstattung in Verbindung mit der im alten Bildungsgut immerwährenden Wahrheit einen Ausdruck zu geben. Schließlich scheute er sich nicht, jüngst im Spiegel-Interview die Regierung in Bonn zum Papiertiger zu erklären und die Parteien im „Bonner Zirkus“ nur nach „Nuancen hygienischer Art“ zu unterscheiden. Ideologiekritik ist also nicht mehr gefragt, höchstens Stilkritik. Diese wird auch vorgeführt im Merkur, dem aktuellsten Blatt der Linken seit Karl-Heinz Bohrer Herausgeber ist. Hier finden wir dann die angemessenen Interpretationen und Kritiken: Die Politik in Bonn ist schlecht, weil sie stillos ist und gegen den guten Geschmack schlechthin verstößt. Der Herausgeber Bohrer diagnostizierte sowohl an der Politik in Bonn wie an der deutschen Fußballmannschaft ein „Defizit in der symbolischen Form“.
Die einzige Ausnahme scheint Richard von Weizäcker zu machen: Jemand der angemessen zu repräsentieren weiß und die deutsche Politik ein Stück der Mittelmäßigkeit entreißt. Dankbar schauen die Kommentatoren von FAZ bis TAZ empor. Bohrer hingegen denkt schon weiter: Sollte sich der Mangel an Ästhetik in der Politik nicht beheben lassen, gilt es „endlich (zu) ahnen, daß wir alle in einer Folklore (!) ohne Symbole leben oder aber auswandern müssen.“ Nun ist Bohrer, der Grenzgänger, bestimmt nicht der einzige, der sich wegen des Mangels an Stil vor dem Ausland schämt.
Auch auf seiten der Linken ist es verbreitet, die Politik der Regierung als Peinlichkeit zu charakterisieren und den Auftritt von Kohl und Reagan in Bitburg und Bergen-Belsen als dem Ausland gegenüber leider äußerst geschmacklos zu betrachten. Was aber steckt dahinter? Offensichtlich hat schon seit einiger Zeit die politische Linke keine Utopie mehr, die mit Glaubwürdigkeit vertreten werden kann. Vielmehr scheinen die Akteure auf ihre persönliche Moral zurückgeworfen, welche wiederum in Kunst und Kultur ihren allgemeinsten unangreifbaren Ausdruck findet. Auf der Suche nach dem, was immer noch fraglos gilt oder zweifellos vertreten werden kann: So wird sich das Gute und das Wahre im Schönen wohl finden lassen.
Im Modernisierungssturm der unübersichtlich komplex gewordenen Gesellschaft versprechen einzig Kunsterlebnis und Kulturbeflissenheit ein Refugium autonomer und authentischer Erfahrung zu sein. Die Kunst wird zur Bewahrerin der Utopie. wo „die Herrschaft des Nützlichen“ und der „Vampirismus der Bilder“ (des Fernsehens natürlich) uns Wirklichkeit und Wahrnehmung enteignen. So jedenfalls das Resumee von Bernd Guggenbergers kürzlich erschienener zivilisationskritischer Schrift „Sein oder Design“.

„Wiederkehr des Intellektuellen“?

In dieser allgemeinen Not wird nun auch von anderen Seiten am gesellschaftlichen Stellenplan gebastelt. Unter dem Stichwort „Wiederkehr des Intellektuellen“ fragte die Redaktion von Ästhetik und Kommunikation: „Das Geschäft des Denkens, vormals hinter den Allgemeinbegriffen und Subsumtionen kaum noch zu spüren, wird wieder sichtbar. Was ein Intellektueller tut, das tut er wieder in klassischer Weise, allein. . . . Was ist neu an der Wiederkehr der Intellektuellen, dem selbständigen Alleinsein der Kopfarbeiter?“ Verräterisch die Frage. Der Wunsch, als Intellektueller einen den realen Konflikten entrückten Ort in der Gesellschaft zu haben, ohne damit in der Masse der Beamten und Angestellten unterzugehen und ohne schnurstracks seine alte politische Identität aufzugeben, treibt auch andere um: Die Redaktion der Zeitschrift Babylon beruft sich im Editorial der ersten Ausgabe auf das Vorbild des jüdischen Intellektuellen. Und für Hauke Brunkhorst ist „der soziale Ort der modernen Intellektuellen . . . exzentrisch inmitten der Massenkultur“ (Der Intellektuelle im Land der Mandarine, Frankfurt '87). Hier wird an politischen und sozialen Selbstdefinitionen gewirkt, die deshalb besonders kritisch unter die Lupe genommen werden müssen, weil sie das dem Gegner vorgeworfene postmoderne „Als-ob“ selber inszenieren. Es werden die politischen, sozialen und ökonomischen Bedingungen und Auswirkungen der Krise gerade nicht auch als Voraussetzung der eigenen Selbstdefinition und Verortung im sozialen Raum mitgedacht.
Die „Linke“ muß aufpassen, daß sie nicht ihre vermeintlich exzentrische soziale Position zum immer schon faktisch existierenden oppositionellen Programm gegen die herrschende konservative Politik hochstilisiert. Das wäre nicht nur ein folgenschweres Selbstmißverständnis, sondern auch noch die tragische Kopie des sich in der modernen Welt so unglücklich fühlenden deutschen Bildungsbürgertums von der Industrialisierung bis in die 50er Jahre.

Als die Gemeinsamkeit der Bildung zerfiel und mit der Industrialisierung und Proletarisierung der Massen sich die technisch-naturwissenschaftlichen Disziplinen an

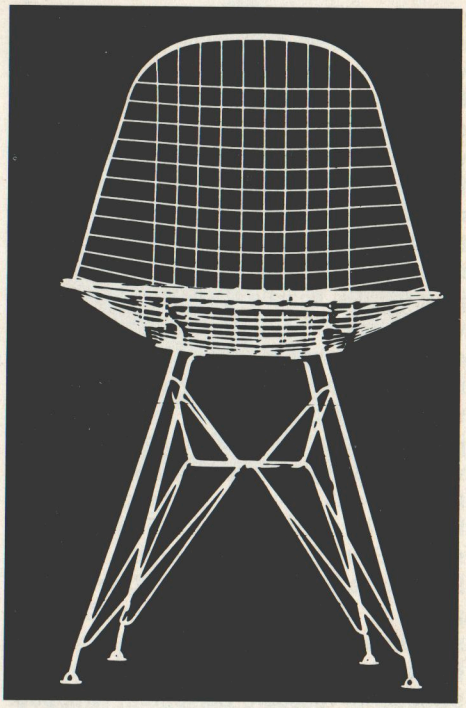
Universitäten und Schulen von der Philosophie separierten, da sollte der Ruf nach Allgemeinbildung und Kultur zum Schlachtgeschrei der sich von nun an geisteswissenschaftlich nennenden Elite gegen die neue Konkurrenz der technisch-wissenschaftlichen Intelligenz werden. Es ging für die im Staatsapaparat etablierte Bildungselite im sich verspätet, aber rasant industrialisierenden Deutschland auch darum, die eigene Machtposition zu erhalten, die Deklassierung und politische Bedeutungslosigkeit zu verhindern. So wurde das geisteswissenschaftliche Programm entwickelt und immer, wenn Modernisierungen und Krisen zusetzten, warnte das konservative Lager vor Vermassung und Kulturzerfall, vor Positivismus, Technisierung und Spezialisierung. Selbst nach dem Zivilisationsbruch des Nationalsozialismus wollten aufgeklärte Konservative wie Friedrich Meinecke in der Besinnung auf Goethe und durch die Gründung von Goethegemeinden die Kontinuität der deutschen Kulturnation wahren und Auswege aus der heillosen Situation finden.

Im Zuge der gegenwärtigen Modernisierungs- und Rationalisierungsphase können die Konservativen nun erst recht ihr kulturpolitisches Kompensationsprogramm als realpolitisches Politikprogramm präsentieren. Die Kultur und die Allgemeinbildung sind der Sozialplan der Konservativen. Späth führt es vor und mangels Alternativen greifen die Sozialdemokraten auch allmählich zu diesem Rezept. Die SPD buhlt um die sogenannten Mittelschichten, die Konservativen flirten mit den Alternativen. **Wo es um Ganzheitlichkeiten geht, stellen Alternative und Konservative Verwandschaften fest und treffen sich womöglich noch im heimlichen Affront gegen das Transatlantische und die Zersetzung der abendländischen Kultur. Da wird dann auf dem Umweg über das Kulturelle auch noch Mitteleuropa wiedergefunden.** Der Blick schweift sehnsüchtig nch Osten und entdeckt die Schönheit der Alleen der heilen Landschaft Mecklenburgs. Die Zerstörung der kulturellen Vielfalt Galiziens wird bedauert und Bilder des Lebens im „Stetl“ werden so repräsentiert, daß sie gefährlich nahe kommen der üblen Art, wie sich heute wohlmeinende Leute über das ehedem so ökologisch angepaßte und romantische Leben der Indianer hermachen. Da wird dann auch gleich noch die deutsche Vergangenheit mitkompensiert. Jedenfalls ist von deutscher Kulturnation wieder die Rede. Jenseits staatlicher, ökonomischer, systemischer Grenzen und über die Epochen hinweg gibt es das Gemeinsame: Die große Geschichte der deutschen Kultur, die doch der Welt soviel geschenkt hat und welche auch nicht der Nationalsozialismus vergessen machen darf. Da ist es konsequent, wenn gefordert wird, daß sich die Goethe-Institute im Ausland ihrem Namensgeber wieder mehr zuwenden sollen.

Kampf um Klassifikation

Den Weg zurück zu Goethe scheinen auch andere zu empfehlen. Die Herausgeber der sozialwissenschaftlichen Vierteljahreszeitschrift Leviathan resumieren im Editorial eines kürzlich erschienenen Goetheheftes: „Es ist geradezu verblüffend, in welchem Ausmaß der heutigen Sozialwissenschaft die Moderne *nicht* zum Problem wird und wie sie von Goethe lernen könnte.“ Hier dankt die Sozialwissenschaft, die doch die Leitwissenschaft der sozialliberalen Phase war, freiwillig ab. Nun ist in der Tat das Wissen und Können der Soziologen, Pädagogen und Psychologen nicht mehr gefragt. Waren sie noch in den 70er Jahren die berufliche und politische Verkörperung zukunftsweisender gesellschaftlicher Entwicklung, so wird die gesicherte gesellschaftliche Zukunft heute wieder von den jungen Unternehmern und erfindungsreichen Technikern präsentiert, natürlich unterstützt durch das philosophische Räsonnement.

Seit Ende der 70er Jahre gibt es eine breite Schicht von Abiturienten und Universitätsabsolventen, die ihre Qualifikationen erworben haben in der Annahme, diese



Kultur für alle

„Für Frankfurt ist die Kulturpolitik auch eine Frage der Wirtschaftsförderung, und zwar nicht nur, indem wir den weiteren Zuzug von Banken fördern wollen und indem die Bankiers Lebensqualität verlangen und ihre gut ondulierten Ehefrauen ins Museum wollen oder in irgendeinen Förderverein, sondern auch auf ganz andere Art. Die Entscheidungsschlacht, die über die Zukunft entscheidet, spielt sich in zwei Bereichen ab: einmal im Bereich der Chemie und der Biochemie, dann in dem zukünftigen Wachstumsbereich der Kommunikationsindustrie. Diese braucht zwingend einen komplementären öffentlichen Infrastruktursektor. Wir sind praktisch die größte Werbestadt in Deutschland, aber wir könnten auf dem Gebiet noch mehr machen. Im Bereich der Werbeindustrie auch. Leute, die heute in einem Theater auftreten, könnten morgen einen Videoclip produzieren und umgekehrt, und diese Komplementarität soll durch den Aufbau im Museumsbereich und einer Reihe anderer Bereiche erfolgen. (. . .)

Wallmann habe schnell erkannt, sagt Haverkampf wiederum, daß es in Frankfurt „nur zwei von Bürgerinitiativen freie Räume gegeben hat, in denen man politisch schnell etwas realisieren konnte: Das war der Bereich der Kultur, und es war der Bereich des Stadtneubaus.“

Zitat: Baudezernent H.E. Haverkampf. Einer der beiden sozialdemokratischen Dezernenten des Frankfurter CDU-Magistrats. (Aus: Tagesanzeiger Magazin, Nr. 8, 1985)

auch gesellschaftlich sinnvoll einzusetzen oder sich wenigstens Einkommen und Einfluß und die Zugehörigkeit zur Elite zu sichern. Diese Annahmen erweisen sich als falsch. Natürlich stellte das ökonomische System nicht die Menge qualifizierter Arbeitsplätze zur Verfügung, die benötigt wurde. Sie müssen offensichtlich noch erkämpft werden. Jedenfalls garantiert die gute Ausbildung so wenig den sozialen Aufstieg wie sie die soziale Deklassierung verhindern kann.

Etwas anderes kommt noch hinzu: Das sichere Geschmacksurteil, das selbstbewußte Auftreten, die Selbstverständlichkeit der guten Bildung sind immer noch nicht über Kindergarten, Schule, Studium beliebig zu erlangen. Solche extrafunktionalen Qualifikationen werden wie eh und je über die soziale Zugehörigkeit sozial vererbt, bevor ein Bewußtsein ihrer Bedeutung erlangt ist. Der kulturelle Schliff ist etwas, was durch die Poren ausgedünstet wird, man kann eben riechen, woher jemand kommt. Deshalb strampeln sich so viele Aufsteiger vergeblich ab. Aber sie bemerken, daß zu einer Verbesserung der Position im sozialen Raum Stil und ästhetischer Sinn entwickelt werden müssen. Das ganze Streben nach „kulturellem Kapital“ ist eben auch eine Form des Klassenkampfes, und zwar um Klassifikation. Es ist ein stummes zähes Ringen verschiedener Klassen, Schichten, Gruppen, Eliten um Arbeit, Einkommen und die Legitimität von Macht und Einfluß. Der Habitus, das Geschmacksurteil — auch sie begründen Unterschiede, die feinen, wie Bourdieu gezeigt hat. Die Hemdsärmeligkeit und ästhetische Indifferenz der Zeit der sogenannten Reformperiode sind nicht mehr gefragt. Und es sind genau die Schichten und Gruppen, die jene Zeit hervorgebracht hat, die als besonderes Ferment im Kampf um Arbeit, Sicherheit, Einfluß und legitimen Lebensstil wirken und „Distinktionsgewinne“ suchen. Vielleicht sind diese „Kulturkämpfe“ auch politisch ambivalenter als sie hier dargestellt werden. Ich möchte hier aber noch auf eine andere Alternative hinweisen:

Im Augenblick wird eine Politik der Ausdifferenzierung von Macht, Einkommen und Ansehen betrieben. Dazu trägt die Politik der feinen Unteschiede bei. Kultur ist dann die Kultivierung der bestehenden Hierarchien und Spaltungen. Der andere Weg ist immer noch der des Abbaus von Herrschaft und der besseren Verteilung der irdischen Glücksgüter, auch wenn das manche als unfein empfundene Bürokratisierung mit sich bringt.

Der Abbau von Hierarchien und die Frage nach dem Sinn von Arbeit eröffnen dann eine Perspektive auf eine andere Verbindung zur Kultur: *Arbeitskultur* anstatt Arbeit ohne Kultur und Kultur ohne Arbeit.

Eckart Britsch

Mythos Berlin

Eine gelungene PR-Kampagne

Der Versuch von Raffael Rheinsberg, mit seinen Ausgrabungen der Gestapo-Keller aufzuschrecken, Geschichte durchzuarbeiten, wird vernichtet durch ein Unternehmen, exklusiv zur 750-Jahrfeier: die Mythos-GmbH. Dank der deutschen Klassenlotterie, dem Senator für Kulturelle Angelegenheiten, dem Bundesverband für Torf- und Humuswirtschaft, der Berliner Verkehrsgesellschaft (BVG) und vielen anderen Unternehmen der Berliner Wirtschaft produziert die neue Firma für die Machthaber in der Rathaus-Kolchose den Mythos Berlin.

Der Mythen-Manager Eberhard Knödler-Bunte, Spitzname ‚Kneten-Bündel‘, definiert das Unternehmensziel radikal: „Mythos Berlin ist ein symbolischer Kampf um Symbole“. Davon scheint er, als langjähriger Chef der linken Zeitschrift „Ästhetik und Kommunikation“, viel zu verstehen.

Nährboden seiner Geschichtsphantasien ist die Erkenntnis, daß die klassischen Linken ihre eigenen Bewegungen von der gegen atomare Sprengkraft über den verhätschelten Frieden bis zum Internationalismus als politisch-soziale mißverstanden haben, indes die schlaue CDU immer schon ahnte, daß es sich um kulturelle Aufbruchbewegungen handelte, die einen progressiven Lebensstil durchsetzten.

Vorbei sind die Scharmützel, Reibereien und Federkriege, das Hin und Her zwischen Avantgardismus und Basiskultur. Die moderne Linke kämpft hart am Schein. Als Funktionäre des Traums deuten sie den Nationalsozialismus als Allegorie der Konsumgesellschaft. Adolfs kleine Welt zur Fiktion verniedlicht: Unser Disneyland in Kreuzberg, Magic Völkermord, Akropolis now.

Keine Kosten werden gescheut, um Provinzlegenden in Klein-Mythen zu verwandeln. Im befreiten Gebiet der Punks, Türken und Skin-Heads feiert durch die schöpferische Arbeit der Mythen-GmbH der Anhalter Bahnhof als „Industrie-Kathedrale“ Wiederauferstehung. Im Zeichen des Hakenkreuzes wird der Portikus zum „Erinnerungsrest“. Das restliche Erbe des Nationalsozialismus verschwindet als Randphänomen hinter Trugbildern und Attrappen, die den großen Leerraum, „die innerstädtische Ödnis“, in BVG-erschlossenes Gelände oder, wie die Mythen-Manager meinen, in „Kulturland“ verwandeln.

Auf ihm bekommt von dem Salonwagen, Güterzugbegleitwagen, zwei Prothesen, bis zum Strohballen, Biergarten und der Currywurst alles „Bedeutung“: einen memorialen Habitus. Ganz im Sinne der nationalsozialistischen „Bau-Kunst“, die alles von dem Prinzip der kapitalistischen Zwecke entblößte, damit die Architektur zum „Denkmal“ wird. Daß der Biergarten nicht nur Biergarten ist, sondern „Biergarten“ bedeuten muß, führt zur Verdoppelung der Realität und zur Verdoppelung des Preises der Currywurst. Der Besucher verspeist ja schließlich nicht nur eine Currywurst, sondern einen „Berliner Mythos“ für 4,50 DM.

All das hätte vielleicht vermieden werden können, hätten die Mythen-Manager eine Fußnote von Roland Barthes in seinen „Mythen des Alltags“ gelesen: „Das Widerwärtige im Mythos ist seine Zuflucht zu einer falschen Natur, ist der Luxus der bedeutungsvollen Formen. (. . .) Der Wille, die Bedeutung durch die ganze Bürgschaft der Natur schwerer zu machen, ruft eine Art Ekel hervor: der Mythos ist zu reich, und gerade seine Motivierung ist zuviel an ihm. Diese Angewidertheit ist dieselbe, die ich angesichts von Künsten empfinde, die nicht zwischen der Natur und der Anti-Natur wählen wollen.“ Es zeugt von Niedrigkeit, schreibt er weiter, gleichzeitig in beiden Bereichen spielen zu wollen.

Der Besucher auf dem „großstädtischen Labyrinth“ mit Durch- und Ausblicken in die Geschichte und Zukünfte Berlins versteht nicht nur Bahnhof, er ahnt die Bedeutung Bahnhof. Weil der mit Geschichte aufgeladene Kitsch nicht für sich selbst spricht wie gute Kunst, bieten alle Titel die

Wahrnehmungserklärungen an: Dem gläsernen Menschen sollen wir unter die Haut schauen, im Hinterzimmer der deutschen Seele erleben wir einen Alptraum, bei den Schienen denken wir an Wladiwostok, Peking, Bombay, Istanbul, an Berge, Brücken und Tunnel. Die Vortäuschung der Realität dokumentiert ein ,,überdimensioniertes Blaue-Engel-Bein'' von Marlene Dietrich.

Die Lust an der Imitation erreicht ihren Höhepunkt in der ,,Mythos-Sphäre''. Um eine Kugel in der Pfütze memorabel zu machen, muß die komplette Philosophie von Jürgen Habermas mobilisiert werden: die Kugel in der Pfütze ist nämlich in Wirklichkeit eine ,,Projektions-Kugel'' und somit als ,,Gegenpol zu der rationalisierten Lebenswelt der Moderne'' zu interpretieren. Im Gegensatz zur seriösen Kunst handelt es sich beim Mythos Berlin nicht um einen Phantasie- oder Traumbegriff, der die Konflikte der Geschichte oder Realität auf die Bühne bringt, um sie zu deuten und emotional nachvollziehbar zu machen. Zur Aufführung kommt eine Form der Kulturindustrie, die im bunten Kleid der postmodernen Beliebigkeit daherkommt, aber den Inszenierungen des NS-Architekten Albert Speers verdächtig nahesteht. Nicht Distanz und Verarbeitung wird angestrebt, sondern Totalidentifikation mit Banalitäten. Nachdem aus dem märkischen Sand der volksdeutsche Blut- und Boden-Mythos wurde, kann er nun für die ,,Stadt-Raum-Installationen'' ästhetisiert werden. Die Klaviatur für diesen faulen Zauber liefert die ewig neue linke Idee, die Stadt als Wahrnehmungsfeld zu interpretieren, um sie dann durch die Etikettierungsmaschine Mythos Berlin in ein Bühnenbild zu verwandeln.

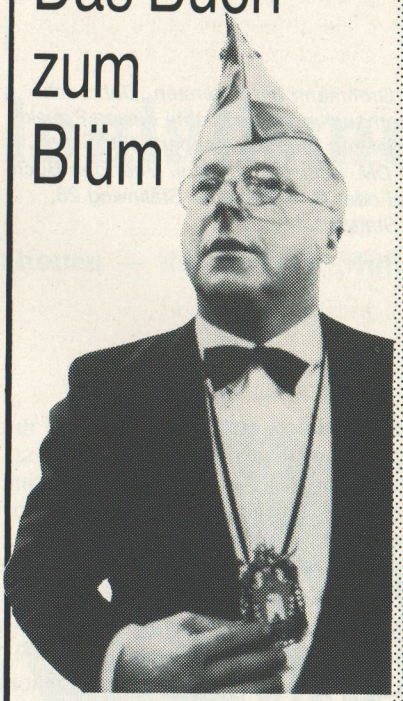
Nichts liegt den Mythen-Managern ferner als die alten linken Deutungsversuche der Urbanität und Moderne, die sie zur Tarnung in ihrer Sprechblasenpalette mitführen. Die deutsche Heilsgeschichte soll in einem ,,republikanischen Forum'' diskutiert werden, das als ein Ort öffentlichen Nachdenkens und gleichzeitig als Ort ,,kultureller Imagination'' aufgeladen wird, seine Form und Gestalt aber von den Thing-Stätten nimmt, die die Nazis in der Waldbühne und in den Rehbergen gebaut haben. Die Künstlerin Silvia Breitwieser hat, so die Mythen-Manager, mit dem Torf ein neues Material für die Bildhauerei entdeckt, das ,,für schnelle und provisorische Aktionen'' eingesetzt werden kann. So leicht wird jetzt ein Material zur Metapher, das für die wirklichen Torfstecher, die KZ-Insassen, Vernichtung und Tod bedeutet hat: ,,Wir sind die Moorsoldaten und ziehen mit dem Spaten ins Moor.'' Die ,,vegetative Skulptur'' entspricht in ihrer Erfahrungsdimension der politischen Sehnsucht nach der Gnade der späten Geburt. Ein anderer Mythenarchitekt verwendet ,,Recycling''-Stahl als architektonisches Zitat der Hallen der ersten Bahnhofsgeneration, die bekanntlich mit frischem Stahl gebaut wurden. Der Kultur-Stahl stammt aus einem anderen Szenario: der totalen Mobilmachung. ,,Schrott'', so Reichspropagandaminister Göbbels, ,,ist der wichtigste deutsche Rohstoff der riesigen Waffenschmiede Deutschlands.'' Aber Mythos, so haben wir längst gelernt, ist alles und jedes: Es muß nur mittelmäßig genug sein, damit es als ein Stück der Kulturmetropole verkauft werden kann.

Leider schafft die Ansammlung von Dilettantismus, Propaganda und Kitsch kein Raumerlebnis, das dem Bahnhofsgelände eine neue Perspektive gibt zwischen ,,Atlantis'' und ,,Würstchenbude''. Vermutlich hat deshalb Kultursenator Volker Hassemer persönlich die Parole ausgegeben: ,,Kein böses Wort über Mythos Berlin''. Die ,,Zeit''-Tanten und ,,FAZ''-Damen und der restliche journalistische Wanderzirkus in Berlin sind auch zum Loben verurteilt, hat man sie doch vorsichtshalber gleich in den Beirat gewählt: Wer mitmacht, kann nicht kritisieren. Das wußten schon die Funktionäre nationalsozialistischer Herrschaftskontrolle.

So bleibt Berlin die einzige Stadt Deutschlands, ,,die den Mythos der Metropole ganz erfüllt.'' Die Vergangenheit ist Gegenwart. Die Kids, die gegen diese Gegenwart protestieren, bekommen eins auf die Fresse. Aber das ist in der berliner Tradition, wie wir jetzt wissen: ein Mythos.

(aus Zitty, Berliner Stadtzeitung, 14/'87)

Das Buch zum Blüm



Hans-Dieter Bamberg

DER MUNTER-MACHER

Aufstieg und Aussichten, Aktivitäten und Ansichten des Norbert Blüm

Das Buch zum Blüm. Das Buch über Karriere, soziale Basis, Weltbild, Ministertätigkeit und Aussichten des Norbert Blüm. Biographisch, ideologiekritisch, materialreich. Ein Beitrag zum vermeindlichen ›Charme‹ des Christlich-Sozialen in der CDU.

ISBN 3-924800-34-0
340 Seiten
DM 19,80

SP-Verlag,
N. Schüren,
Deutschhausstr. 31,
3550 Marburg

Peter Grohmann

Ca ira, Großvater

Nachrichten von der Kulturfront

Peter Grohmann hat im ersten „Jahrbuch Theaterhaus“ die Geschichte dieses Projekts dokumentiert und kommentiert. 160 Seiten, 14.80 DM, edition cordeliers. Über den Buchhandel oder P. Grohmann, Stälinweg 26, 7000 Stuttgart 1

Kennt Ihr sie noch, erinnert Ihr Euch an sie, die politisch-literarischen Kellerkneipen und Clubs, deren Erstgeburten schon aus den Kinderschuhen raus waren, als der 68er Frühling eingeläutet wurde?
Sie waren das erste brodelnde Sammelbecken der jungen Leute von Falken und Naturfreunden und Gewerkschaften, aus Schulen und Universitäten. Was da in den alten Heimaten an Fragen offenblieb, fand ein Forum, was da an Kraft übrigblieb, brach nach außen, verlangte Öffentlichkeit und Rotwein statt Cola, schloss die Ausgeschlossenen ein und wenn nicht die Alten, so doch viele Ältere. Das war doch eine der wichtigsten Erfahrungen: aus den Ghettos rausgekommen zu sein — einfach so. Kriegsdienstverweigerer und Reste der Bewegung „Kampf dem Atomtod“, Christen, verbotene Kommunisten, ausgeschlossene Sozialdemokraten, Marxisten, Spinner, Schwule, Künstlerinnen, Freibeuter.
Schaut Euch um, dann entdeckt Ihr die Reste. Nein, nein, nicht nur Trümmer — die auch. Aber auch die neuen Häuser auf dem alten Boden. Größer, viel größer, kaum wiederzuerkennen manchmal, aber doch der alte Boden. Zink ist in, wir lesen die „Zeit“ und den Spiegel, die Gastronomie subventioniert den Kulturbetrieb — ein Überbleibsel wenigstens. Kommen und Konsumieren ist möglich, Connection gefragt. „Wir seh'n uns dann im Bistro“ — sie heißen alle so oder ähnlich. Rotwein aus Okzitanien — das ist neu wie das Müsli auf der Speisekarte. Nur keine Aufregung — ab sofort gilt der gehobene Müsli-Standard: Bitte Müsli mit Lachs. Und die alten Songs — in HiFi-Qualität, stereokonform. Die ganze Anlage soll, hat mir jemand im Vertrauen gesagt, soviel gekostet haben wie ein halber Ostermarsch. Möbel vom Schreinerinnen-Kollektiv — die Preise können sich nur Sozialarbeiter, Lehrerinnen und andere Linke leisten. Alles ohne Chemie. Keine Früchte aus Südafrika. Urlaub in Malaysia. 100 Mark an die Aids-Hilfe. Hüsch zieht immer. Degenhardt zieht nicht mehr. Jazz oder nie.
Ich gehörte Mitte der sechziger Jahre zu den Mitbegründern des Stuttgarter Club Voltaire. Siehe vorn. Das Unternehmen scheiterte — an den K-Gruppen, an den Trinkern, an der Knete und an uns. Wir haben uns zu schnell überholt. 3000 Mark Zuschuß haben wir von der Stadt gefordert — aber nicht bekommen.
Ich gehörte Mitte der achtziger Jahre den Mitbegründern des Stuttgarter Theaterhauses. Siehe vorn. Das Unternehmen scheiterte bisher nicht — es sind ja auch keine 10 Jahre um, und mancher kleine Club aus den Sechzigern lebt immer noch. Es gibt keine K-Gruppen mehr, an denen wir scheitern könnten, leider auch keine Trinker — wir brauchen einfach mehr Umsatz.
Ach so — die Frage nach dem Zuschuß. Wir kriegen 950.000 DM jährlich von der Stadt, 400.000 DM vom Land und 230.000 DM vom Arbeitsamt. Es kann sein, daß wir scheitern, weil das Geld nicht reicht, ehrlich.
Wir haben schon tolle Sachen gemacht. Die hat noch niemand vor uns gemacht. Eine Volkszählungs-Revue. Und einen richtigen Info-Abend auch. Eine Tagung im Sinne Fritz Lamms. Eine verunglückte Daimler-Benz-Revue, die überhaupt nicht lustig war. Eine Diskussion über Gorbatschow. Willi Hoss war auch da. Wir haben sogar schon illegal aus dem Haus gesendet und die Ermittlungsbehörden waren ganz schön sauer, weil das zu weit ging. Biermann kommt jedes Jahr einmal. Da sind Dir achthundert Leute sicher — bei einem durchschnittlichen Endpreis von 15 Mark. Im Theaterhaus arbeiten 25 Leute oder so. Neulich sollten Betriebsratswahlen stattfinden — aber die Kolleginnen und Kollegen (Organisationsgrad immerhin fast 10 %) haben den Wahltermin vergessen. Unsere Mietkosten betragen 15.000 DM. Im Monat natürlich, was dachtest Du denn? Wir haben drei Säle, zwei Gaststätten und 85 Scheinwerfer. Als kürzlich der Parteitag der Grünen verboten wurde — da haben wir gesagt, o.k., kommt zu uns. Zuschuß hin, Zuschuß her. Klugerweise haben die Grünen dann nicht mehr so ungeschickt zum Volkszählungsboykott aufgerufen — eine Hand wäscht die andere. Oder meint Ihr etwa, wir könn-

„Theater der Unterdrückten“
Theaterworkshop mit Augusto Boal

Der international bekannte brasilianische Theatermann Augusto Boal leitet im Oktober in Gießen einen fünftägigen Theaterworkshop, an dem auch interessierte Leute teilnehmen können, die keine nachhaltigen Theatererfahrungen haben.
Außer der öffentlichen Aufführung am letzten Tag des Workshops wird es weitere öffentliche Veranstaltungen mit Boal geben. Diese werden gesondert bekanntgegeben.
Termin: 5.10. bis 9.10.87
Ort:: Gießen
Weitere Informationen und Anmeldungen bei Helmut Wiegand, Tel. 06403/58 59 (werktags von 8 bis 12 Uhr)

Carl-Wilhelm Macke

Akustischer Kolonialismus

Private Radiostationen — das Beispiel München

ten unseren Zuschuß in der Scene sammeln?
Was das Programm angeht — so ein Haus macht frau ja wegen des Programms — also: alles läuft da nicht. Bei uns wird anspruchsvolles Programm gemacht und konsumiert. 250.000 Menschen waren bei uns — in zwei Jahren. Millionen Fliegenkönnen sich irren — aber unsere BesucherInnen nicht. Tanztheater läuft ganz gut. Und dann internationale Namen. Es muß einfach Spaß machen, das ist unsere Devise, Spaß mit Niveau. Dann hat auch niemand was gegen Inhalte. Oder es muß einfach so gut sein — gewissermaßen aus sich heraus, wenn Du weißt, was ich mein'.
Die Programmschwerpunkte solcher Einrichtungen wie unserem Theaterhaus hängen mit den Pulikumsbedürfnissen zusammen — ein ,,gehobenes Freizeitvergnügen'' jenseits der Staatstheater, die für die ,,echte'' Kultur da sind. Und mit den Neigungen, Kenntnissen, Interessen der Macher — in der Tat meist Männer, software. Sie gleiche Defizite städtischer Kulturpolitik aus, einerseits. Aber sie bön auch den sozialen, politischen Bewegungen Freiraum, könnten erobert, an alten und neuen Ansprüchen gepackt werden. Nur, es packt niemand, es erobert keiner. ■

In der Region München konnten bis 1985 über UKW nur der Bayerische Rundfunk mit seinen verschiedenen Programmen und das Programm von Studio Salzburg des ÖRF ohne größere Schwierigkeiten empfangen werden. Die Schleusen für eine Privatisierung des Hörfunks wurden dann mit dem Ende 1984 in Kraft getretenen ,,Medienerprobungs- und Entwicklungsgesetz'' geöffnet. Heute, nach zweijährigem legalisierten Privatrundfunk, existieren in München nach einer Übersicht des ,,Journalisten'' (Mitgliederzeitschrift des Deutschen Journalistenverbandes) vom Mai '87 acht private Sender, die sich die bislang zugelassenen vier Hörfunkfrequenzen untereinander teilen. Für eine fünfte Frequenz, die ursprünglich Ende des Jahres '87 zugelassen werden sollte, haben sich inzwischen 35 Bewerber bei der ,,Münchener Gesellschaft für Kabelkommunikation'' gemeldet, die wiederum kontrolliert wird von dem stark CSU-majorisierten ,,Medienrat der Bayerischen Landeszentrale für neue Medien''. Dieser Medienrat entscheidet entsprechend dem ,,Medienerprobungsgesetz'' alleine über die Zulassung von Bewerbern für die Betreibung einer privaten Rundfunktstation. Zu den Bewerbern gehören u.a. Konstantin Wecker, eine linke Initiative aus der münchener Alternativszene (Radio LORA) und jede Menge seidene bis halbseidene Parvenüs aus der münchner Kir-Royal-Society. Juristische Einsprüche diverser Bewerber haben aber die ersten Sendungen auf der neuen, fünften Frequenz erst einmal in weite Ferne gerückt.
Von den derzeit bestehenden und sendenden Stationen ist ,,Radio GONG 2000'' mit ca. 22 festen und freien Mitarbeitern mit Abstand der größte Sender. ,,Radio Charivari'' beschäftigt 15 Mitarbeiter, während die anderen Sender mit maximal fünf Mitarbeitern ihr Programm in den Äther schicken.
Wie sehen nun die Besitzverhältnisse in der münchener Radio-Szene im einzelnen aus? Hinter ,,Radio GONG 2000'' stehen der GONG-Zeitschriftenverlag und die bayerischen Zeitungsverleger mit Ausnahme vom klerikal-konservativen ,,Münchener Merkur'' und seiner Boulevardzeitung ,,tz''. Der ,,Merkur''-,,tz''-Gruppe gehört mehrheitlich ,,Radio Charivari''. Besitzer von ,,Radio 1'' ist ein Konsortium mehrerer großer überregionaler Zeitschriftenverlage (Burda, Bauer, Springer, Gruner & Jahr), dem Kinotheaterboß Kirch und dem finanzstarken Telefonbuchverlag Müller. ,,Radio 2Day'' wird von der Verlagsgruppe Holtzbrink unterhalten. Die anderen privaten Hörfunkstationen werden im wesentlichen von entsprechend finanzstarken Rechtsanwaltbüros und Werbefirmen betrieben.
Der Strauß-Clan ist, mit bislang allerdings wenig Erfolg, vor allem im privaten Fernsehgeschäft engagiert. Pro Monat, so hört man aus Insider-Kreisen, erwirtschaftet der Sender mit dem bezeichnenden Namen ,,TV Weiß-Blau'', trotz der väterlichen Fürsprache von Strauß sen., zwischen 400.000 und 800.000 DM Verlust. Für September ist bei diesem Sender eine größere Entlassungswelle angekündigt, nach der noch nicht sicher ist, ob der Sender dann überhaupt aufrechterhalten werden kann.
Kommen wir aber zurück zum Rundfunk. Ende 1987 wird ein erster Sender mit landesweitem Rundfunkprogramm in Betrieb gehen. ,,Radio Bayern'', so wird der Sender heißen, wird finanziert von den Medienkonzernen Burda, Springer, Bertelsmann, Gruner & Jahr, der Mediengesellschaft Bayerischer Zeitungsverleger, dem Telefonbuchverleger Oschmann (der ist immer dabei), einem neu gegründeten Unternehmen des GONG-Chefredakteurs Markwordt und einem Sponsor mit dem geheimnisvollen Namen ,,Arbeitsgemeinschaft Amperwelle/TÜV-Akademie''. Nach der Hörfunksatzung des Bayerischen Medienrates müssen sich dann einige der Anteilseigner von ,,Radio Bayern'' aus dem lokalen Rundfunkgeschäft in München und in anderen bayerischen Städten zurückziehen. Über extra aus diesem Grund gegründeten neuen Deckfirmen ist aber für diesen Fall bereits vorgesorgt, daß das dicke Medienkapital trotzdem seine Fäden im lokalen Rundfunkgeschäft weiterspinnen kann.

Kultursponsoring

Den Grund für die in den vergangenen Jahren zu beobachtende Entwicklung zu einem verstärkten Kulturbewußtsein der Unternehmen sehen Fachleute wie Bernt Berghäuser (BASF AG) in dem „generellen Trend zu einer stärker erlebnisorientierten Kommunikation“. Aber auch die „bereits erreichte und noch zunehmende Dichte im Sportsponsoring macht es verständlich, daß Ausschau nach Alternativen gehalten wird“.
Zwar wird Kultursponsoring von Managern heute noch eher als Mäzenatentum eingestuft, wie eine empirische Untersuchung von Specht ergab; jedoch haben frühe Einsteiger in diesem Feld wie die American Express Company die Vorteile des kulturellen Engagements ausloten und Erfahrungen sammeln können — denn Kultursponsoring (und insbesondere der Gesponserte) erfordert eine sensiblere Behandlung als im Sportbereich. Dafür belohnen die Aktivitäten auf diesem Gebiet mit Beiträgen zur Imageverbesserung und einer Erhöhung des Bekanntheitsgrades bei kleineren und klar abgrenzbaren Zielgruppen. Bei ihnen gelingt es folglich auch sehr viel besser, sich mit diesem Instrument deutlicher hervorzuheben und exklusiv aufzutreten.
Die Exklusivität muß keineswegs Großunternehmen vorbehalten werden, die, wie zum Beispiel die Philips GmbH, Opernaufführungen sponsern oder wie die Schweizer Banken in eigenen Galerien Ausstellungen durchführen, Jazzfestivals fördern und Popkonzerte ermöglichen. Auch ein Mittelständler wie der Bremer Autohändler Müller-Nielsen weiß inzwischen, wie man kulturelle und unternehmerische Zielsetzungen durchaus wechselseitig fördern kann. (. . .)

Aus: Die Welt, 21.7.'87

Noch erleben wir derzeit, so lassen sich die ökonomischen Aspekte des Privatradiomarktes resumieren, eine eher chaotische ‚Gründerzeit‘ im Kampf um die Frequenzprofite. Das Medienkapital sondiert noch wie und ob überhaupt auf diesem Markt investiert werden soll. Man experiment noch, dilettiert noch viel mehr, bastelt schnell Existenzen auf und läßt sie noch schneller wieder zusammenkrachen. Vor und hinter den Mikrophonen ist der Markt noch unübersichtlich. Aber diese Erprobungszeit wird bald vorbei sein. Die Gerüste für die großen Kartelle auf diesem Sektor der Sinnenindustrie sind bereits weit sichtbar. Zum Beispiel die Expansion des Kirch-Imperiums, das in absehbarer Zeit auch den Springer-Konzern erobert haben wird und einen „umfassenden Medienverbund nach dem Modell ausländischer Konzerne“ plant (vgl. hierzu FAZ, 25.7.1987).

Surf- und Tenniswetter

Die Qualität der von den einzelnen Rundfunkstationen ausgestrahlten Programme ist am besten ablesbar an der Programmübersicht eines einzelnen Senders an einem willkürlichen herausgesuchten Tag. Am 3. Mai dieses Jahres sendete „Radio GONG 2000“ folgendes Programm:
Um 5 Uhr „Die Sonne geht auf“, um 7 Uhr „Morgens um 7“, um 9 Uhr „Musik, Music, Musique, la Musica“, um 11 Uhr „Grüße aus Hollywood“, um 12 Uhr „Start ins Glück“ (ein Spiel für Schnelldenker), um 14 Uhr „Wünsch Dir was“, um 16 Uhr „Café Schwabing“, um 18 Uhr „Alles easy“, um 19 Uhr „Schon gehört?“ (die besten Scheiben der Woche), um 20 Uhr „Die amerikanische Macht“ (US-Hitparade), um 23 Uhr „Kopfhörer“ („Ungewöhnliche Musik für Freaks“) und um 1 Uhr schließlich „Nachtschwärmer“. Von diesem Programmschema weicht keiner der anderen privaten Sender im wesentlichen ab.
Wortbeiträge, für die z.B. bei allen Sendern eine maximale Länge von zwei Minuten als Richtschnur gilt, reduzieren sich auf

- flapsig vorgetragene Nachrichten, in denen die Studentenunruhen in Seoul gleichwertig neben irgendwelchen Abstrusitäten aus dem lokalen Polizeibericht stehen;
- Wetter- und Verkehrsdurchsagen, die besonders abgestimmt sind auf die Segel-, Surf- und Tennisfreunde unter den Hörern;
- Moderation von Musiksendungen, bei denen aktuelle Hitlisten auf dem Popmusikmarkt breit ausgewalzt werden;
- Quizspiele, bei denen z.B. nach der schönsten Friseuse in Schwabing und dem größten Wassersportrevier in Bayern gefragt wird;
- News, die einem die Orientierung durch die Infrastruktur der Boutiquenszene erleichtern.

Es läßt sich kaum ein Stadtteil in einer westdeutschen Großstadt vorstellen, der medial so engmaschig vernetzt ist, wie Schwabing durch die neuen privaten Rundfunkstationen.

Happy Shopping

Versucht man eine erste Einschätzung der bisherigen Erfahrungen mit dem Programmangebot und der Programmvielfalt der privaten Radios einerseits und ihrer mutmaßlichen Wirkung auf die Hörer andererseits zu formulieren, so können nur einige Thesen gewagt werden:
Adressat der Programme ist vornehmlich ein urbanes kleinbürgerliches Milieu, dem auch die Programmacher entstammen. Dieses Milieu hat eine ausgeprägt konsumistische Lebenseinstellung, die durch die Programme der Rundfunksender auch

bekräftigt und nicht infragegestellt werden sollen. Hier stehen die Privatradios auch (noch) in einem deutlichen Kontrast zu den etablierten öffentlich-rechtlichen Sendern, die, selbst im Falle des Bayerischen Rundfunks, gesellschaftliche Realität jenseits der Boutiquenszene aus ihrem Programmangebot nicht vollständig ausklammern (können). Zuviele Wortbeiträge, womöglich noch mit sozialkritischem Inhalt, würden nur störend auf die ,,Rock (und Shopping) around the clock''-Bedürfnisse der Privatfunkklientele wirken. Die agressive Zerstörung jeder Kontinuität, in den wenigen Wortbeiträgen genauso wie in den alles erdrückenden Rockmusikeinspielungen, durch Werbespots und Nonsens-Sprüche, stumpft den Sinnesapparat der Hörer extrem ab. Eine Wortmoderation, die die Zwei-Minuten-Schallgrenze überschreitet, muß der so konditionierte Hörer als einen unmittelbaren Angriff auf seine Wahrnehmungsgewohnheiten interpretieren und durch Abschalten oder (in aller Regel) Wahl eines anderen Programms zurückweisen. Diese extreme Zerstückelung jeglicher akustischer Wahrnehmung hat selbst die konservativen Medienexperten der CSU geschockt, als sie sich selbst einmal für eine begrenzte Zeit den Produktionen derjenigen Radiosender aussetzten, die sie politisch seit Jahren protegieren.

Die neuen Sender vernetzen mit ihrer Art eines ‚akustischen Kolonialismus' möglichst viele Produktions-, Reproduktions- und Distributionsräume der Stadt untereinander. Sie machen diese nicht transparenter und damit einer Kritik zugänglicher, sondern nur durchdringlicher zum Zwecke einer reibungsloseren Warenzirkulation. **Die neuen privaten Radiostationen gehören zu den Schlüsselmedien, mit denen die Kommunikationsformen der Bistros, Boutiquen und Tennisplätze zu den hegemonialen in der ganzen Stadt werden sollen.** Egalität zwischen Geschlechtern, Generationen und verschiedenen sozialen Milieus, in der politischen Grammatik der Linken noch als ein emanzipatorischer Fortschritt definiert, wird in der Philosophie der Produzenten des kommerziellen Rundfunks aggressiv für die Animation zur Teilnahme am kapitalistischen Warenverkehr instrumentalisiert. So interpretiert sind die privaten Radios wirklich Medien auf der Höhe der Zeit, während die öffentlich-rechtlichen Medien mit ihrem Anspruch, Teil bürgerlicher Öffentlichkeit zu sein, als antiquiert und konservativ zu bezeichnen wären. Daß, diese Anmerkung ist an dieser Stelle unumgänglich, private Radiostationen auch emanzipativen Zielen dienen können und öffentlich-rechtlich verfaßte Medien nicht per definitionem ‚fortschrittlicher' als die privaten Medien sind, wird hier nicht weiter ausdiskutiert.

Der Gesangsstar bietet Stimme und Körper zum Verkauf an, und dennoch sind seine Stimme und sein Körper keine naturgegebenen Größen. Mittels einfacher Naturschönheit stellt sich der Bezug zum Zuschauer nicht her. Dies wird deutlich am gutgemeinten Hampeln der Nachwuchssängerinnen und ihrer aufgedrehten Dramatik. Die Nachwuchssängerinnen sind stets darauf versessen, dem Publikum ein Bild ihrer Dynamik so zu geben, als sei diese wirklich ihre eigene; wenn sie von der Liebe singen, tun sie so, als seien sie wirklich verliebt (. . .)

Der Star dagegen — der perfekte — präsentiert nicht sich selbst als Naturschönheit; Sinnlichkeit zerlegt er in ihre formalen Rollenaspekte, in Gesten der Hingabe, des Tanzes, des Augenaufschlags, des Neckischen, auch des Aggressiven und Pathetischen. Das Bild von Sinnlichkeit stellt er in den Köpfen der faszinierten Zuschauer durch Kombination der Elemente her.

Der Star ist nicht auf die Gesten selbst fixiert. Auf Wirkung sind diese zwar angelegt, jedoch erst sekundär. Zwar ist ihm Stimme und Gestik Mittel der Beherrschung des Zuschauers, doch werden sie dies als Mittel der *Darstellung*. Der perfekte Schlagerstar beherrscht das Publikum durch die Beherrschung *seiner* Techniken; die Arbeit an seiner Wirkung tut er konzentriert. Sinnlichkeit konstruiert der Star als Arbeit an jenem Objekt, dem perfekten Warenkörper, dessen Bild er im Kopf des Zuschauers erscheinen lassen muß. Gestik, Mimik und Gesang sind ihm konzentriert eingesetzte Mittel, um den Zuschauer für das zu erwärmen, was nur ganz allgemein auf ihn hin kalkuliert wurde: den Schlager, die Leitmotive selbst. Die Arbeit des Stars besteht darin, mittels zerlegter Körperlichkeit den Zuschauer über alle Höhen und Tiefen der Identifikation zur Lust an den Tauschwerten zu führen. (. . .)

Aus: Der perfekte Schlagerstar. In: D. Prokop, Massenkultur und Spontaneität.

Norbert Reiber

Moneykultur

Innovation lautet die wettbewerbsverbessernde Zauberformel gegenwärtigen Engagements in Unternehmen und Politik. Daß Innovation mehr umfaßt als neue Maschinen, dringt erst allmählich ins Bewußtsein. Neue Technologien und wachsender Konkurrenzdruck auf den Weltmärkten sorgen für immer kürzere Innovationszyklen. Ganze Herrscharen von Innovationstheoretikern und Managementberatern gingen der Frage nach, worin Dynamik und Innovationskraft von Unternehmen begründet sind. Internationale Vergleiche förderten zutage: der kulturelle Faktor ist entscheidend.

Die Anekdote

Von allen impliziten Kulturformen ist die Anekdote vermutlich der erfolgreichste Kulturträger. Kurze Geschichten aus dem Organisationsalltag wirken ähnlich wie Mythen und Heldensagen: Sie vermitteln kulturelle Werte und erzeugen emotionale Bindungen.
Anekdoten entstehen in Organisationen meist dann, wenn ein allgemein bekanntes und/oder einflußreiches Organisationsmitglied in dramatischer Weise auf eine bestimmte Situation reagiert und somit als Modell für erwünschtes Rollenverhalten auftritt. Die jeweilige Anekdote verdeutlicht anderen Organisationsmitgliedern, wie sie sich in ähnlichen Situationen verhalten sollen. (. . .)
Jargon, Humor, Kleidung und Dekor sind weitere Arten symbolischer Kommunikation, in denen sich kulturelle Werte deutlich widerspiegeln. Organisationsleitungen sind häufig bemüht, ihre Organisationen als einzigartig darzustellen, um Korpsgeist und ein Gefühl der Zusammengehörigkeit zu entwickeln. Spezielle Sprachgebräuche eignen sich besonders gut, um den Wert der Einzigartigkeit zu betonen. Da betriebsspezifischer Jargon und darauf beruhende Witze nur von Insidern verstanden werden, ziehen sie eine klare Demarkationslinie zwischen Organisation und Außenwelt. (. . .)

Aus: Wirtschaftswoche (17/86), „Unternehmenskultur“

„Das ‚Betriebsklima‘ gibt den Ausschlag.“ Auf der Basis dieser Erkenntnis werden Rezepturen für Managementstrategien gemischt, die, unter verschiedenen Etiketten gehandelt, nur ein Ziel verfolgen, die Mitarbeiter aus ihrer „inneren Emigration“ (WiWo 24.7.87) zu wecken, um dem „human capital“ ein Höchstmaß an kreativen Ideen zu entlocken. Kulturelles erweist sich als probates Mittel neue Führungs- und Innovationskonzepte zu verfolgen.

Ein Schub Kultur

Banken und Sparkassen haben schon lange erkannt, daß sie die umworbene Kundschaft durch wechselnde Kunstausstellungen in ihren Schalterhallen und Reise- und Konzertveranstaltungen vergessen machen können, daß in ihren Räumen den Leuten Geld abgenommen wird, gerade dann, wenn sie welches holen. Wenigstens in gepflegt angenehmer Atmosphäre soll die Transaktion geschehen. Der Fortschritt der bürgerlichen Gesellschaft gegenüber der feudalen bestand in der Ersetzung des Raubrittertums durch Recht und Justiz, der „Spätkapitalismus“ gibt noch ’nen Schuß Kultur dazu.
Ein Kaufhaus, dessen Fassade sich harmonisch in eine Altstadtumgebung einfügt, findet leichter Akzeptanz als ein Betonblock, gleichwohl was hinter dieser Fassade geschieht. Vermehrt setzen innovative und „excellent companies“ (Peters/Waterman jun., Auf der Suche nach Spitzenleistungen, Landsberg, ’86) „Kultur“ als unternehmensstrategischen Faktor ein.
Rezepte des neuen Führungsstils „soft management“ firmieren unter den Etiketten „Unternehmensstil“, „Firmenphilosophie“, „Unternehmenskultur“. Die Erkenntnis, die all dem zugrundeliegt, ist die Tatsache, daß sich akademisch gebildetem (teilweise in seinen „Werten gewandeltem“) Personal Kreativität (also „Hirnschmalz“) und Motivation nicht unbedingt mit denselben Mitteln entlocken läßt, wie den Arbeitswillen eines an die Maschine gezwungenen Arbeiters. Kreativität läßt sich schlecht von oben befehlen. Also muß an die Stelle des Zwangs durch die Drohung mit Sanktionen bis hin zur Entlassung ein anderes Mittel treten, das denselben Zweck verfolgt: Entäußerung von Arbeitswissen. *„Corporate socialism“* nennt Steven Jobs, Gründer der einst innovativen Computerfirma Apple, den neuen Führungsstil. Zwar haben die Turnschuhmanager mit der Expansion ihrer Unternehmen oft das T-Shirt gegen Nadelstreifen eingetauscht, ihre Ideen blieben jedoch Gegenstand der Diskussion um neue Führungsstile. Apple-Ingenieure kamen in den Genuß von Sauna, Sportplatz, Schulen und vielfältigen Freizeitaktivitäten. Jobs verglich seine Ingenieure mit Künstlern der italienischen Renaissance! Damit ist ein Vergleichsmaßstab gegeben. Mitarbeiter innovativer und erfolgreicher Firmen sind keine Arbeiter, Lohnabhängige oder Arbeitnehmer mehr, sondern Mitgestalter an vorderster Front gesellschaftlicher Entwicklung, mithin: Avantgarde, Schöpfer der Zivilisation.
Wie ließe sich dieses verbreitete Ingenieursbewußtsein besser festigen als durch den täglichen Anblick von Kunst im Foyer der Firma und in der städtischen Umgebung? Sind sich doch Künstler und

Zivilisationstechniker als ,,Schöpfer'' gleich. Ein ,,IBMer'' (wie sie sich mit herablassendem Stolz selbst nennen) arbeitet nicht in einer stinkenden und dreckigen Werkstatt, er ist kreativer Schöpfer zivilisatorischen Fortschritts. Hierin ist er den Besten aus Staatsgalerien ebenbürtig. Die Individuen des technischen Fortschritts definieren sich zunehmend weniger über ihren Berufsstand, sondern über kulturellen Geschmack und Lebensstil. (Die Yuppies sind nur Extrembeispiele).

Die Investition der Firma in den Innovationsfaktor Kultur bestätigt dem Mitarbeiter, daß er sich auf gleichem Niveau mit avantgardistischer, künstlerischer Schöpfungskraft bewegt. Nur zwei Beispiele: Im architektonisch extravagant gestalteten Bürohochhaus der weltweit operierenden Baufirma Züblin in Stuttgart erklingt derzeit allabendlich die Oper ,,Orpheus und Eurydike'' von Christoph Willibald Gluck. Die Veranstalter planen weitere Aufführungen in sog. Nicht-Bühnen-Räumen.

Hewlett & Packard (HP) veranstaltet jährlich ein Riesen-Barbecue auf dem Betriebsgelände. Country-Western-, Dixie- und Jazzbands spielen auf, die Angehörigen der Beschäftigten dürfen Vatis/Muttis Arbeitsplatz bestaunen, unter Riesenpalmen werden Drinks gereicht, auf dem Grill brutzeln Steaks; na und? Palmen, Grill und Bars stehen immer da und werden regelmäßig genutzt. Bei HP arbeiten ist wie Dauerparty. Die Reihe der Beispiele ließe sich fortsetzen.

Kultur soll mehr. Weckung von Kreativität zur Steigerung des Innovationspotentials ist das eine Ziel, Identifikation mit dem Betrieb durch Vermittlung von Sinn, der nicht unbedingt in der Arbeit zu finden ist, das andere.

Eine Firma jagt der anderen heute Mitarbeiter nicht nur über Geld ab, da muß schon ein netter ,,Beipack'' an Kultur, Reisen bspw., dabei sein. Firmenausflüge überschreiten längst die Grenzen der seit früher Schulzeit zigfach bewanderten Wohnortumgebung; Exkursionen in Sonderzügen mit Stadt- und Kunstführungen, bevor's zum Saufen geht, sorgen für das besondere ,,Wir-Gefühl'' in der Belegschaft.

In die Führungsetagen innovativer Unternehmen ist die Erkenntnis vorgedrungen, daß Innovationspotentiale bei den Mitarbeitern ,,unten'' in der Firma vorhanden sind, die es zu wecken und zu fördern gilt. Vermehrt wird dazu übergegangen, nicht mehr durch Direktiven von oben Entwicklungen auf den Weg zu bringen, sondern in ,,Projektteams'', ,,Qualitätszirkeln'' und anderen ,,Teamarbeitsgruppen'' Lösungen entwickeln zu lassen. (Selbstverständlich sind die Ziele vorgegeben). Probleme können in der Koordination dezentraler Entwicklungsgruppen entstehen, vor allem dadurch, daß diese ,,Projektgruppen'' in einen betriebsinternen Wettbewerb gebracht werden.

,,Der Stil des Hauses''

Die einzelnen Projektteams konkurrieren um betriebliche Ressourcen (Geld und Stellen) und um die Durchsetzung ihres Vorschlags beim Top-Management (Anerkennung).

Derart auf Konflikte angelegte Entwicklungsstrategien können nicht mehr einzelnen Führungskräften zur Regulation überlassen werden, sie sind in einer Unternehmenskultur zu verankern. Unternehmen verfahren bei der Ordnung des latenten Chaos' kulturpolitisch ähnlich, wie dies Regierungen in der außerbetrieblichen Gesellschaft tun (vgl. N. Reiber, High-Tech, high-Culture, high Späth, in: links Nr. 208/209 '87).

Das Selektionssystem intern konkurrierender Projektteams ist nur unter Einhaltung zweier Bestimmungen handhabbar: die dezentrale Organisationsstruktur muß transparente Managementsysteme aufweisen (Kontrolle) und zweitens, die dezentralen Strukturen müssen in das Betriebsganze durch Ausrichtung auf zentrale Werte und Prinzipien, integriert werden. Ein Betriebswirt und Organisator formuliert dies so: ,,Dezentralisierung kann man sich leisten, wenn man gewiß sein kann, daß alle am gleichen Strang ziehen.'' (A. Kieser, Unternehmenskultur und Innovation, Frankfurt '86).

Der ,,Stil des Hauses'', die Unternehmenskultur, stellt diesen ,,gemeinsamen Strang'' der — in Japan so vorbildhaften — Betriebsidentifikation her. Diese Kultur wird hergestellt über die Tradierung von ,,Geschichten, Legenden, Anekdoten und Mythenbildung'' (Kieser. Vgl. auch: ,,Unternehmenskultur''). Das Schaffen von ,,Mythen mit sozial integrierender Wirkung'' (Peters/Waterman), dies ist ein Element von Führungs-,,Kunst''. Firmenspezifische Freizeitangebote und der legendäre ,,Stil des Hauses'' sorgen für Koordination getrennter, teilweise konkurrierender Gruppen unter einem Firmenziel, das nach wie vor Profitmaximierung heißt, aber zivilisationsschöpferisch übertüncht wird. Der moderne Bürger will seinen Kapitalismus mit kultureller Fassade.

Peter Kern

Der Einzelne und sein Hauseigentum

Anmerkungen zum Fertighausbau und den pluralen Lebensstilen heute

Von allen Wirtschaftszweigen steuert die Bauindustrie noch immer den größten Anteil zum Bruttosozialprodukt bei. Ihr wichtigstes Produkt, das Eigenheim, spielt auch im psychischen Haushalt der Bundesbürger weiterhin eine privilegierte Rolle. Zwar stagniert der private Wohnungsbau gegenwärtig. Dennoch werden noch immer fast 25 Millionen Bausparverträge abgeschlossen, die sich zu einer Summe von knapp 850 Milliarden Mark addieren. Aber das Eigenheim ist mehr noch als ein bedeutender psychischer und wirtschaftlicher Faktor, das Fertighaus mehr als eine demokratisierte Möglichkeit der eigenen vier Wände. Das Haus hat großen Anteil an dem, was man heute Alltagskultur nennt. Es ist ein Treibhaus der hoch individualisierten Lebensstilformen, welche unsere Kollegen von der Ästhetik und der Kommunikation neulich entdeckten.

Auch in aufgeklärten Zeiten hat die Namensnennung noch magische Bedeutung. Nach Ludwig Erhard ist die Straße benannt, die zu einer Fertighaus-Ausstellung im Norden von Frankfurt führt. Der Dicke mit der Zigarre wird ja bekanntlich als der Magier des deutschen Wirtschaftswunders verehrt. Ein solches könnte die Bauindustrie derzeit wieder gut gebrauchen. Aber noch hat die Anrufung des dicken Manitus nicht geholfen. Vielleicht versucht man es deshalb neben rituellen weiterhin mit konventionellen Methoden. Die Ausstellung „Eigenheim & Garten“ stellt eine dieser konventionellen Verkaufsmethoden dar. Solche Dauer-Messen gibt es überall, über die ganze Bundesrepublik verteilt. Sie sollen der siechen Bauindustrie wieder zu neuen Aufträgen verhelfen. Zu diesem Zweck haben die Aussteller hier alles versammelt, was in der Fertighaus-Szene heute Rang und Namen hat: Das Fachwerkhaus 2000, die Villa Rondo, den alpenländischen Typ Walchensee, das niedersächsische Reethaus, den Winkelbungalow Florida, das finnische Bio-Haus, das altdeutsche Landhaus Spessart, das neudeutsche Haus Gaby, das Chateau, die Residenz, das Nest, das Musterhaus Family Real nicht zu vergessen und viele andere Eigenheime mehr. Im Falle der Ausstellung nahe Frankfurts bilden sie, durch eine Ringstraße miteinander verbunden, inmitten ein Platz mit Brunnen und Gastwirtschaft, ein richtiges kleines, postmodernes Haufendorf. Postmodern deshalb, weil das Dorf aus beinahe allen abendländischen Baustilen zusammengemixt ist.

Unter der Woche schaut es hier so idyllisch aus, als hätte eine Neutronenbombe eingeschlagen. Kein Mensch ist zu sehen, die Straßen sind leer, die Musterhäuser aber stehen unversehrt und unbewohnt da. Der Besucher kann sich davon überzeugen. Dazu muß er jedoch erst einmal seine Schwellenangst überwinden. In ein fremdes Haus einfach reinzustiefeln, ist die Sache eines gesitteten Bürgers nun mal nicht. Doch er lernt schnell, daß der Windhund in der Diele ihn nicht anfällt, denn Hunde aus Porzellan beißen nicht. Ist die Schwellenscheu einmal verloren, erschließen sich dem Besucher die individualisierten Lebensstile pluraler Milieus, wie die nachmarxistische Soziologie der späten achtziger Jahre sich auszudrücken pflegt. Genau genommen sind es deren drei: die Wohnkultur des Normalen, des Ökos und des Avantgardisten. Jedem dieser privatisierten Typen werden etwa zwei Dutzend milieugerechte Fertighaus-Angebote offeriert.

Anno Domini 1987

Dem Normalen könnte beispielsweise ein Landhaus im Breisgaustil gefallen: Ein Wohnzimmer mit transparentem Fachwerk als Raumteiler, ein Esszimmer mit Erker, eine friesische Küche mit Frühstücksbar, ein schwarzwälder Kachelofen, ein rustikaler Deckenbalken (darauf in Groteskschrift: Anno Domini 1987), Möbel

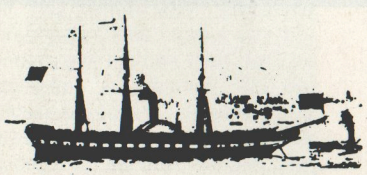
Westfälisches Dampfboot

Heide Gerstenberger/
Dorothea Schmidt (Hrsg.)
Normalität und Normalisierung
Beiträge zur wissenschaftlichen und politischen Auseinandersetzung über den deutschen Faschismus.
ca. 200 S./ca. 20,– DM

Zur Subskription
Gareth Stedman Jones
Klassen, Politik und Sprache
Für eine theorieorientierte Sozialgeschichte
Subskriptionspreis: 48,– DM;
ab 1.4.1988: 62,– DM

Mechthild Beike
Die Frauen der chinesischen Revolution
ca. 150 S./ca. 24,– DM

Norbert Hatebur
Antikes Patriarchat und Frauenfeindlichkeit
Entwurf einer nichtpatriarchalen Kultursoziologie
156 S./25,– DM



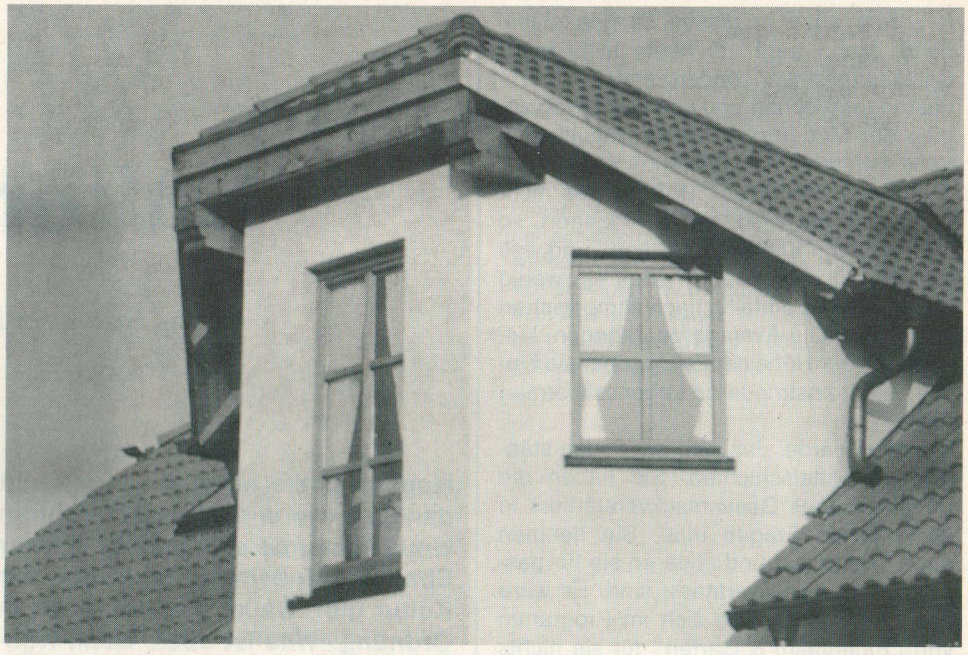
Verlag Westfälisches Dampfboot
Breul 11 a · 4400 Münster

in Eiche-Dekor und altdeutsche Sprossenfenster mit Einhanddrehkippvorrichtung serienmäßig. Das Haus Breisgau ist bodenständig nur seinem Namen nach. Sein Bauherr kann es problemlos auch in der Neubausiedlung von Gelsenkirchen errichten lassen. Vielleicht muß er den Dachneigungswinkel der gelsenkirchener Siedlungsnorm angleichen oder die Holzaußenverkleidung durch Strukturputz ersetzen. Aber auch dann sieht Haus Breisgau noch echt und urig aus. Es „besticht durch den Gleichklang von Preis und Leistung" (so der Prospekt). Der Gleichklang kostet zehn Jahresnetto-Gehälter: à 25.000 Mark.

Wer auf seine Gesundheit hält, gerne „konvival" mit der Natur lebt und auf den Energiesparaspekt achtet, der baut heute baubiologisch. Das Wärmegewinnhaus K 100 genügt allen Ansprüchen an gesundes Wohnen. Kommunion mit dem Kosmos und Wärmedämmung. Alle Holzteile sind formaldehydfrei verleimt, sämtliche Werkstoffe wohnbiologisch geprüft. Der Wintergarten bietet Raum für mehr Grün im innerwohnlichen Bereich. Die großen Fensterflächen der Südseite sorgen für solare Energie und senken die Heizkosten. Die bis zum Boden verglasten Türen des Wohnzimmers heben die optische Trennung von drinnen und draußen auf und führen zum Feuchtbiotop vor'm Haus. Laut Grundriß sind neben Flur 1 und Flur 2 noch Zimmer für Kind 1 und Kind 2 vorgesehen. Wahlweise kann „ein Kinderzimmer als Büro umfunktioniert werden", heißt es dazu im Katalog. Wo überall die Studentenbewegung und ihr Jargon noch späte Triumphe feiert! Selbst im Bücherschrank des Wärmegewinnhauses hinterläßt sie ihre Spuren. Hier stehen Buchattrappen mit folgenden Titeln: Singer, Korrekturen zu Lenin, Kinsey-Report, Moses Hess, Ausgewählte Schriften, Ludwig Feuerbach, Philosophische Kritiken und Grundsätze. Lediglich Max Stirner, Der Einzige und sein Eigenthum, das Handbuch des Eigenheimbesitzers, fehlt unverständlicherweise.

Umbau der Industriegesellschaft

Nur völlig Uneinsichtige können bestreiten, daß die Revolte vorbei ist und daß sie gesiegt hat. Wie anders ließe sich erklären, daß die kritischen Standards sich schon bis zu den Fertighausherstellern durchgesprochen haben: „Die Errungenschaften des Betonzeitalters erweisen sich als sehr kurzlebig. Wir sind auf dem Weg den jähen Einbruch des Betonzeitalters zu überwinden". Oder: „Hinter unserem Namen versteckt sich kein anonymer Multi oder Großkonzern. Es war mein Vater. . ." Die antimonopolistische Demokratie, der Umbau der Industriegesellschaft, mit dem ökologischen Hausbau haben sie längst begonnen.



Nach dem Sieg der Revolte wird nun also das private Glück im Winkel genossen, schichtenübergreifend und dennoch milieuspezifisch. Was dem einen seine Kaminrunde („Stimmungsvoller Feuerzauber am offenen Kamin") ist dem anderen seine Erkerecke. Aber mit dem gemütlichen Fertighausambiente assoziiert man eher spießiges Biedermeier als revolutionäre Gesellschaft. Ziergiebel und Fledermausgauben, gedrechselte Säulen und geschnitzte Balken, Butzenscheiben und Sprossenfenster, Rundbögen und Wendeltreppen, diese ganze nostalgische Zitatensammlung belegt eine Sehnsucht nach der guten alten Zeit. Es sind dies kleine Fluchten nach hinten, in Fertigbauteile gegossen.

Trotz „Stilpluralismus", das einheitliche Prinzip der neuen Fertighausarchitektur hält sich über alle ästhetischen Brüche hinweg durch: Kompensatorisches Wohnen, der Versuch, sich gemütlich einzurichten in ungemütlichen Verhältnissen.

Der Wunsch nach dem eigenen Haus versteht sich natürlich vor dem architektonischen Hindergrund vorstädtischer Wohnsilos und innerstädtischer Büroeinöden. Aber die städtebaulichen Zumutungen werden pauschal der modernen Architektur angelastet. Ihr Funktionalismus, ihre Sachlichkeit sollen schuld sein. Heilung verspricht dann das Verschmockte eines vor- oder postmodernen Ästhetizismus'. Ornament und Dekor suggerieren einen warmen Überschuß der Dinge über ihre bloße Gebrauchsfähigkeit hinaus. Das Pseudohandwerk will an liebevolle Einzelfertigung statt an industrielle Serienproduktion erinnern. Das rustikale Bauernmöbel läßt die Vision einer einfachen, überschaubaren, unkomplizierten Lebensweise erstehen. Der ganze Wohnkitsch gibt sich als die Lösung von Problemen aus, deren bloßer Ausdruck er ist. Keine Handwerkerseligkeit ohne die beständige Entwertung beruflicher Qualifikationen. Kein Bedürfnis nach Bodenständigkeit ohne unablässig geforderte Mobilität. Kein lebensreformerisches Wohnen ohne ökologische Alltagskatastrophen. Auf eine neuerliche Modernisierung des kapitalistischen Systems erfolgt eine geradezu putzige Reaktion in der Alltagswelt.

Kulturkritik, praktisch

Die neuen Fertighäuser stellen eine praktische Kulturkritik am Industrialismus dar, aber eine mit industriellen Mitteln. Was diese Kritik betrifft, so scheint es, als wirken die Neubürger, die einmal Altlinke wa-

ren, nun auch in diesen Dingen stilbildend. Man ,,trägt" ja heute nicht mehr Spätkapitalismus, sondern spricht von Industriegesellschaft und von den ,,Pathologien der Moderne". Das individualisierte Volk versteht anscheinend immer nur ,,Kritik der Moderne". Und weil es nicht mehr so recht weiß, wo es hingehört, so ,,jenseits von Klasse und Stand" und weil ihm wegen der neuen Freiheit ein wenig friert, sucht es einfältig nach altmodischen Vorbildern. Die Avantgarde dagegen, kulturell auf der Höhe der Zeit, ja über sie hinaus, bildet postmoderne Lebensstilformen aus.

Die Avantgarde, das sind die neuen ständischen Mittelschichten. Sie haben die Funktion eines Geschmackverstärkers in ästhetischen Fragen inne. Sie nehmen neue Trends auf und erklären sie für passé, sobald diese vermasst sind. Es wäre verwunderlich, würde sich im Programm von ,,Eigenheim & Garten" für sie nichts Passendes finden. Denn schließlich sind Fertighaushersteller Kulturanthropologen in baupraktischer Absicht und forschen hart am Markt der neuen Bedürfnisse.

Die Marketingfachleute haben schon vor geraumer Zeit die ,,dynamisch-elegante Welle" heranrollen sehen. Mit den neuen Flaggschiffen ihrer Fertighausarmada versuchen die Baufirmen nun auf dieser Welle mitzuschwimmen. Das fällt ihnen nicht leicht, klebt an der Fertigbauweise doch noch immer das Barackenimage der fünfziger Jahre, das sich natürlich mit dem Neuen Luxus ein wenig schlecht verträgt. Face-, bzw. Fassadenlifting tut not. Erste Ergebnisse dieser kosmetischen Erneuerung sind nun zu bewundern: Die Residenz, das Musterhaus Prestige, das Juwel, der Hit.

Letzter, so heißt es, sei das Wunschhaus, mit dem man seine Individualität verwirkliche und bleibende Werte schaffe. Hit — ein etwas schnellebiger Begriff für einen bleibenden Wert. Das Hit-Innere ist sowohl zeitlos als auch modern ausgestattet. Mit klassisch geschwungener Podesttreppe aus Jura-Marmor und mit Cocktail-Bar à la Casablanca: mit Mahagoni-furniertem Bücherschrank und Art-deco-verkleidetem Kühlschrank; mit Badezimmer-Armaturen in Bronze-matt und wandhängendem WC, Deckel in Muschelform. Auf die freitragenden Wände des Hauses kommt ein weitausladendes Krüppelwalmdach obendrauf und im Vorgarten stehen ein paar verspielte griechische Säulen. So sieht der ,,Mercedes unter den Fertighäusern" zwar wenig windschnittig, dafür aber sehr vornehm und repräsentativ aus. Oder besser gesagt ,,optimal funktional und zugleich total emotional", wie die Werbetexter des Hauses Hit sich in ihrer unnachahmlich prägnanten Art so treffend auszudrücken verstehen.

Horst-Dieter Zahn

Kultur als ,,bunter

Was Konservative von neuen sozialen Bewegungen,

Manche Linke scheinen regelrecht dankbar, wenn es (noch?) Figuren wie Zimmermann oder auf lokaler Ebene irgendeinen Gauweiler der Kultur gibt. Da ist die Welt noch in Ordnung. Was ist aber, wenn Konservative gar nicht so repressiv sind wie man annahm, wenn sie sogar tolerant auftreten, wenn sie die Kulturhaushalte nicht schrumpfen, sondern wachsen lassen? Irgendwas fällt einem auch dann ein, z.B. daß es sich nur um ,,High Culture" handele, um Kultur also, deren wahrer Wert zum Warenwert werde, die mit dem Gleisanschluß ins Ökonomisch-Infrastrukturelle abgeglitten sei und die das eine große Drittel der Gesellschaft ausschließe. Das stimmt immer, irgendwie. Es erklärt aber nicht genug und trägt politisch nicht allzu weit. Hier einige Überlegungen dazu, wie konservative Flexibilität begründet und warum sie möglich ist.

Ich will hier Überlegungen eines ,,technokratischen Konservatismus" darstellen. Der interessiert sich, grob gesagt, zuvörderst für das Funktionieren der Gesellschaft und liefert hernach erst die normativen Begründungen für diese oder jene Politik. Er hat zu den ‚höchsten Werten' ein ähnlich zynisches Verhältnis wie schon Altmeister Thomas Hobbes, dem Gott eine Schimäre, die Religion hingegen eine nützliche Einrichtung war.

Konservative wie Michael Stürmer oder Karl Steinbuch leben bei aller Modernität mental gewissermaßen noch im ,,Gestern"; die neuen kulturellen Entwicklungen seit den 60er Jahren erscheinen ihnen als hedonistisch, subversiv, als chiliastische Rebellionen, die den rigide funktionalistischen Erfordernissen der Industriegesellschaft diametral entgegenstehen. Sie sehen also System-Gefährdung allenthalben. Dieselben Trends aber analysieren die ,,technokratischen Konservativen" seit einigen Jahren schon unter dem anders gerichteten Blickwinkel der System-Erhaltung.

Da sie Vertrauen in die ,,Sachkompetenz" von ,,Experten" für außerordentlich wichtigen ,,Sozialkitt" halten, mußte ihnen öffentliche Uneinigkeit der technisch-naturwissenschaftlichen Experten, seit den Anfängen der Anti-AKW-Bewegung immer mehr Anlässe und Themen umgreifend, als Alarmzeichen gelten, zumal sie begleitet wurde von gesellschaftlich viel breiterer Skepsis und Kritik gegenüber Verlauf und Ergebnissen des naturwissenschaftlich-technischen Fortschritts. Zu dieser besorgniserregenden Entwicklung kamen in den 70er Jahren noch die Fragen hinzu, ob nicht angesichts der neuen sozialen Bewegungen die Schwerfälligkeit staatlicher Politik die Dimension von ,,Unregierbarkeit" annehmen könne und ob nicht der ,,Wertwandel" einen einzigartigen Zusammenbruch der tragenden Subjektivitätsstrukturen anzeige. Die ,,technokratischen Konservativen" sahen diese Frage im Zusammenhang und entwickelten dazu einige weiter- und tiefergehende, differenzierte und ausgesprochen kühle Argumentationen, in denen Kultur eine zentrale Bedeutung hat und die in der Politik der CDU — wenn auch nicht ungebrochen — wiederzufinden sind:

Erstens haben sie sich dazu durchgerungen, die veränderten Einstellungen zu den ,,wissenschaftlich-technischen Lebensgrundlagen" zunächst mal nicht zu bekämpfen, sondern anzuerkennen und schlagen vor, sie daraufhin zu betrachten, ob sie nicht gar vernünftig seien.

Zweitens kamen sie zum Schluß, von ,,Wissenschafts- und Technikfeindschaft" könne gar nicht ernsthaft gesprochen werden. O-Ton Hermann Lübbe: ,,Was vor sich geht, scheint im Kern ein Pragmatisierungsvorgang zu sein: Ernüchterung, sich schärfender Sinn für externe Kosten des Fortschritts; Anhebung des Niveaus für Nachweise, daß der fällige Fortschritt nötig sei; Ausbildung konservativer Verhaltensweisen als rationale Formen des Umgangs mit naturalen, psychischen und

Flickenteppich“

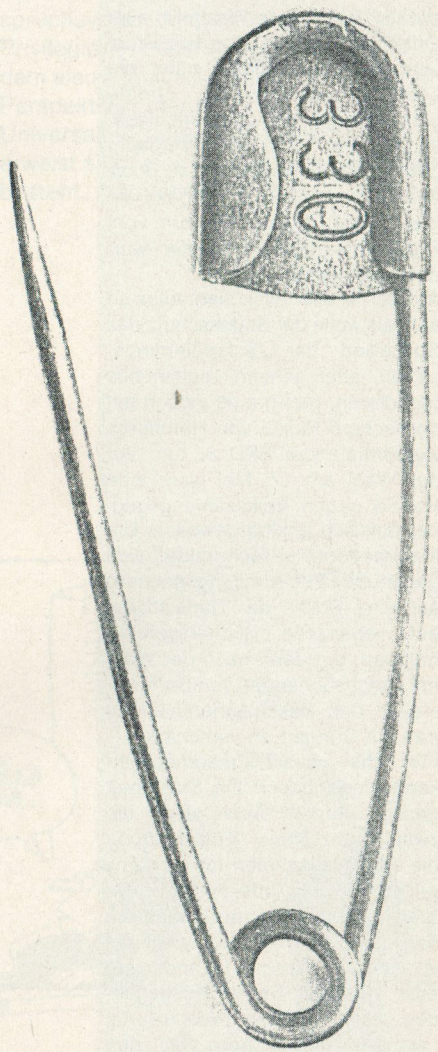
Alternativkultur und „Wertwandel“ halten

„Wir können wohl ohne Übertreibung sagen, daß Philosophie und Kultur, ausgedrückt im sogenannten Kosten-Nutzen-Verhältnis, immer der schöpferischste Teil der Gesellschaft sein werden. Denn mit sehr wenig kann man sehr viel bewegen. Man muß es nur richtig verstehen, was sich bewegt.“
Kurt Biedenkopf, April 1986, in einer Rede („Kultur für alle“)

kulturellen Ressourcen, die sich nicht-restituierbar und nur schwer kompensierbar verknappen; Wiedererstarken der ideologischen und politischen Resistenz gegen intellektuelle Utopiepropaganda und somit zunehmende Prädisposition für erfolgversprechendes Handeln in einer Lage, in der die Abwehr voraussehbarer, wohlbekannter Übel wichtiger ist als das Engagement bei Bewegungen, die zum Unbekannten, ganz Anderen aufbrechen.“ (Bericht der württembergischen Kommission „Zukunftsperspektiven“. Von dort auch die weiteren Zitate.)
Drittens: Die „Alternativkulturen“ hierzulande seien keine Gefahr. „Aussteigertum“ werde sich über einen randständigen Bereich hinaus nicht verbreitern; die Gesellschaft sei reich und differenziert genug, sie auszuhalten und sogar produktiv zu nutzen. (Zu diesem Schluß gelangten die „technokratischen Konservativen“ bereits, als in der undogmatischen Linken die Alternativprojekte noch als „alternative Vergesellschaftung“ abgefeiert wurden.)
Die „Fortschrittsnatur der Industriekultur“ — gemeint sind „elementare Lebensvollzüge“ — wird als „zustimmungsfähig, ja zustimmungspflichtig“ bezeichnet. In dieser Lübbeschen Formulierung ist eine Art modernisierter Heiligsprechnung gesellschaftlicher Grundtatsachen und mithin eine Drohgebärde jenen gegenüber, die sie infragestellen, kaum verhüllt. Wichtiger aber ist, daß der frohen Zuversicht der „technokratischen Konservativen“ leider nicht ebenso widersprochen werden kann: Sie stellen nämlich fest, daß die „Geltung (der so definierten Industriekultur) keineswegs brüchig geworden, vielmehr in hohem Maße gemeinsinnsfähig geblieben“ sei. Eine „Krise der Industriekultur“ wird aus dieser Perspektive nicht fundamental gesehen, denn die erwähnte „Fortschrittsnatur“ werde nicht nennenswert bestritten. Wiederum Lübbe: „Vielmehr handelt es sich um eine Krise unter dem Druck sektoral rasch näherrückender Kostengrenzen ihrer Lebensvollzüge.“
Dies ist theoretisch wie strategisch das Scharnier einer Argumentation, mit der eine affirmativ begriffene Kultur historisch erneuert und gegen das Risiko einer Aufhebung von Ausbeutung und Unterdrückung immunisiert werden soll.

Wortwandel und Pragmatismus der Alltagskultur

In der Auseinandersetzung mit dem einflußreichen US-amerikanischen Neokonservativen Daniel Bell haben hierzulande insbesondere Habermas und Dubiel darauf hingewiesen, daß dessen Gleichsetzung der Kultur mit Kunst und Literatur zu kurz greife. Zur kulturellen Moderne gehörten gleichberechtigt expressive Selbstverwirklichung und moralisch-praktische Selbstbestimmung. Letzteres Moment sehen sie entfaltet in jenen Einstellungswechseln, die als „Wertwandel“ rubriziert sind. Dubiel sieht in der Vitalität gegenwärtiger kultureller Aktivitäten universalistische Wahrheitsansprüche wirksam werden und die Bereitschaft vielfältigster sozialer Gruppen, im Medium der Kultur um die „Rationalitätsmaßstäbe der gesellschaftlichen Organisation“ zu streiten. So angemessen die Erweiterung des Kulturbegriffs auch ist (sie holt nur nach, was in der sozialwissenschaftlichen Kulturforschung und der Sozialgeschichte längst Konsens ist), so problematisch erscheint doch die Annahme einer „moralischen Kultur“, mit und in der sich „historische Chancen politisch-kultureller Selbstbestimmung konstituierten“ (Dubiel).
Die „technokratischen Konservativen“ in der Bundesrepublik bleiben, was dies betrifft, keineswegs hinter dem Reflexionsniveau Bells zurück. Im Gegenteil, ihre Analysen verbinden die verschiedensten Aspekte der kulturellen Entwicklungen — vom blühenden Vereinsleben über die Renaissance religiöser Bedürfnisse, das Aufblühen von klassischer Musik und des Ausstellungswesens bis hin zum „kompensatorischen Historismus“. Und sie schließen eben auch den „Wertwandel“ mit ein. Die Methode dieser Betrachtungen und ihre Ergebnisse sind aufschlußreich.
Im Zentrum der mit „Wertwandel“ apo-



Nicht das Fertige regt die Phantasie an, sondern das Fragliche

strophierten Entwicklungen steht für die „technokratischen Konservativen“ eine Entwicklung, die sie zunächst konstatieren: Mit der „Selbstverwirklichung“ werde es „subjektiv unumgänglich . . ., sich selbst zum Problem zu machen . . ., wo der Druck des alternativlos objektiv Unumgänglichen nachläßt, Räume freier Disposition sich auftun und somit wenig geschähe, wenn es nicht selbstbestimmt geschähe.“

Sie sprechen von „Selbstverwirklichungswerten“ — der Plural ist nicht bloß eine vorsichtigere Formulierung, sondern entschärft den Begriff der Selbstbestimmung politisch, nimmt ihm die verallgemeinerungsfähige normative Dimension. Es geht dabei nicht mehr um den Abbau von Herrschaft und gesellschaftliche Verhältnisse, in denen die Entfaltung von Individualität (und übrigens auch der sonst so hochgelobten Vielfalt) möglich wäre. Vielmehr werden diese vielen „Werte“ als eine kulturelle Antwort auf den Prozeß der gesellschaftlichen Modernisierung betrachtet, der „alternative Gewohnheiten“ eben nicht mehr allgemein verbindlich erzeuge.

Eine Pluralisierung von Lebensstilen und die Erosion der hergebrachten Bindungen von normativen Orientierungen an soziale Lagen einmal vorausgesetzt, könnten „Selbstverwirklichungs-Bedürfnisse“ eine Individualisierung ausdrücken und bestärken, die aus dem gesamtgesellschaftlichen Blickwinkel auch als Übertragung von Marktmechanismen auf individuelles Verhalten und Planen verstanden werden kann — und zwar auch dort, wo nichts gekauft wird. Die einzelnen hätten demnach eine nie dagewesene Fülle von Optionen offen, aber auch so etwas wie die Qual der Wahl. Sie wären so frei wie Käufer und Verkäufer auf dem Markt, hätten aber eben auch in ihrer kulturellen Praxis und biografischen Entwicklung, die früher heteronom festgelegt waren, nunmehr marktähnliche Risiken zu tragen.

Die psychologische Seite dieses Begriffs von „Selbstverwirklichungs-Bedürfnissen“ oder „-Werten“: Sie führen zu einer „wachsenden Zahl von Selbstbekundungen, in denen das Selbst sich als Resultante und damit als Opfer der Verhältnisse erfährt.“

Als herausragende Beispiele werden angeführt der Umgang mit Zeit und Medien und das Verhältnis zu Gesundheit und Krankheit. Hier würden neue Selbstgestaltungs- und Selbstverwirklichungs-Ansprüche Platz greifen — vor dem Hintergrund objektiv gewachsener Gestaltungsspielräume. Gleichzeitig nähmen aber Gefühle der Überforderung zu. „In diesen Selbstbekundungen spiegeln sich Lebenslagen, in denen man objektiv wie nie zuvor aus Akten der Selbstbestimmung zu leben hätte, so daß, wo man durch sie sich überfordert fühlt, Erfahrungen des Selbstverlusts und damit des Unterworfenseins unter die Bestimmungsmacht der Verhältnisse unvermeidlich werden.“ „Selbstbestimmung“ und „Selbstverlust“ lägen hier nahe beieinander, so daß in demselben Maße, wie die Chancen selbstbestimmter Lebensführung wüchsen, auch die Wahrscheinlichkeit zunähme, daß man sich im Fall des Mißlingens als „Opfer der Umstände“ erfährt. Früher sei ein Gleichgewicht vorhanden gewesen zwischen „Wertausstattung“ und dem gesellschaftlich Möglichen. Ein „Wertwandlungsschub“ habe es beeinträchtigt. Kein Zweifel — die „Wertkultur“ sei „nicht in Ordnung“.

Darum wird eine neue „Wertsynthese“ angestrebt, die — eine selbstredend „sinnvolle“ — „gegenseitige Ergänzung von Pflicht- und Akzeptanzwerten und von Selbstentfaltungswerten“ herstellt.

Neben den „klassischen“ politischen Instrumenten, die verändert und verbessert werden müssen, hofft man vor allem, die Alltagskultur werde zu diesem Ziel hinführen. Hier liegt die (ansonsten gewiß eingeschränkte) Bedeutung der Metapher von der „CDU-Gesellschaft“ (Heins/Neumann in der „links“).

Es sind vor allem die gesellschaftlich ohnehin stattfindenden, breiten Prozesse der Ausdifferenzierung von Kultur, auf die diese Konservativen setzen und die sie politisch verstärken wollen.

Das meint Odo Marquard, wenn er davon spricht, Kultur und Geisteswissenschaften würden immer „unvermeidlicher“.

Konservative und Alternativkultur — anschlußfähig

Mit dem kräftigen Rückenwind von Pragmatismus und Vielfalt der Alltagskultur könnte erreicht werden, daß — noch einmal Hermann Lübbe — „neue Programme und Bewegungen durch Spezialisierung und Segmentierung aufgesogen werden, ohne daß sie andere Bereiche ernsthaft verändern können. Postmaterialistische Zugehörigkeits- und Selbstverwirklichungswerte scheinen in diesem Sinne in die Zeitkultur übernommen zu werden, ohne daß andere Werte wie Pflichterfüllung, Akzeptanz, Leistung, Wettbewerb, Konsum usw. dadurch eliminiert würden.“

Damit gründen die „technokratischen Konservativen“ einen Teil ihrer Hoffnungen ausgerechnet auf jene politisch-kulturellen Entwicklungen, die von Politikern und Theoretikern der Grünen und der im weitesten Sinne links-oppositionellen Gruppen entgegengesetzt interpretiert werden. Daß und warum sie das tun, sollte vor allem diejenigen irritieren, denen die Grün-Alternativen zuneigenden Mittelschichten als die Verkörperung verallgemeinerungsfähiger Interessen, Einstellun-

Besuch vom Staatsschutz

Am Nachmittag des 1. Juli erschien ungebetener Besuch in den Räumen des Hamburger SB: Die Staatsschutz-Fachdirektion 721 (Linksextremismus und Terrorismus) rückte mit einem Beschlagnahmebeschluß in der Tasche an, um staatsgefährdenden Aktvititäten auf den Grund zu gehen. Allerdings nicht das Hamburger SB war gemeint, sondern die 90 Hamburger Volkszählungs-Boykottinitiativen, die in den Räumen die zentrale Bürogruppe eingerichtet haben und dort auch das wöchentliche Plenum abhalten.

Was sich dort jede Woche in aller Offenheit vollzieht, was seit Frühjahr in Massenauflage unter die Leute gebracht wurde, erregte beim Amtsgericht laut Gerichtsbeschluß vom 15.6. den „Verdacht öffentlicher Aufforderung zu Straftaten (§ 111 StGB)“ gegen die (SB-)Mieter. (Restexemplare von) Broschüren und Flugblätter wurden beschlagnahmt.

Auf den ersten Blick sieht alles so aus, als wolle der Staatsschutz das Spitzellied der ‚Schmetterlinge‘ „Klein, aber geheim“ seinerseits parodieren, real hat es jedoch mit politischem Kalkül von Hamburgs wiedererstarkter SPD zu tun: Vor der Wahl am 17. Mai wäre eine Razzia gegen Volkszählungsgegner politisch unklug gewesen. Die Innenbehörde „beschränkte“ sich gegenüber Volkszählungsgegnern auf eine Politik der Nadelstiche, auf vereinzelte Büchertischräumungen, um dann nach der Wahl mit Durchsuchungen von Sammelstellen und Beschlagnahmeaktionen die Gangart zu verschärfen.

Für die Beschlagnahmeaktion kann eines jedoch mit Sicherheit gesagt werden. Auch wenn die zweitinstanzliche Entscheidung die Beschlagnahmen für rechtens erklärt hat — „effektiv“ war die Staatsschutzaktion nur im Sinne der Altpapierverwertung. Vielleicht ist dem Statistischen Landesamt auch nur das Papier ausgegangen, denn einige Wohnviertel „warten“ immer noch auf den Bogen.

gen und Fähigkeiten erscheinen — sozusagen genau so, wie man sich ein postmodernes Proletariat vorzustellen hätte, nur eben ohne all die revolutionären Umstände und schlechten Eigenschaften (vgl. das Lob der „sozialberuflichen Mittelschicht“ von Joachim Giegel in der „links“ Nr. 203).

Den Vorrang des Interesses haben die individuellen, gruppenspezifischen, alltagskulturellen und auch die politischen Reaktionen auf das, was man den „abnehmenden Grenznutzen des zivilisatorischen Fortschritts“ nennt. Es geht nicht um eine Kritik dieses Fortschritts, sondern um die Frage, welche Motive in der Kritik enthalten sind und ob von ihnen möglicherweise Gefährdungen des Bestehenden ausgehen. Insoweit steht man in jener Tradition des konservativen Denkens, in der, seit es Industrie gibt, für das zentrale Problem gilt, daß „der Mensch“ hinter der Entwicklung zurückzubleiben drohe. (Soweit diese Metapher auch im grün-alternativen Spektrum der technikkritischen Feuilletons dominiert, ist auch diese nicht imstande, den Horizont bloß kompensatorischer Nachbesserung zu verlassen. Etwa im Begriff des „prometheischen Gefälles“ (Anders) ist keine Perspektive der verändernden Aneignung des Produktionsprozesses enthalten.)

Aus der vergleichsweise nüchternen Untersuchung von Wertverschiebungen und Einstellungsänderungen, aus dem Ausbleiben von gespreizter Abwehr und schriller Klage über Subversion und Zersetzung — wie sie aus den 60er und 70er Jahren sattsam bekannt sind — darf aber nicht der Schluß gezogen werden, diese Konservativen hätten ihre Grundpositionen aufgegeben.

Nur den „Einstellungsänderungen“ wird Vernunft attestiert, die sich in eine den Imperativen der technologischen Modernisierung folgenden Rationalisierung der Kultur einfügen lassen. Dies läßt sich im einzelnen an den Analysen von Wertewandel, Alternativkultur usw. aufzeigen. Vollends deutlich wird es aber, wenn man den Kontext betrachtet, in dem jeweils die beiden Pole der angestrebten „Wertsynthese“ verwendet werden: Die Akzeptanzwerte beziehen sich auf die vornehm umschriebenen Grundstrukturen und institutionellen Grundlagen der Gesamtgesellschaft, die Selbstverwirklichungswerte entfalten sich in der Alltagskultur. Akzeptanz ist dann im Zweifelsfall doch ganz einfach Anpassung und Unterordnung; sie wird zum Wert befördert und gewissermaßen kulturell veredelt zur „Kultur der Akzeptanz“ — all dessen, „was nicht zu unserer Disposition steht“ (Lübbe). Bei Späth findet man in genau diesem Kontext unsäglich oft das Wort „Bereitschaft“ und eine verquaste Kritik an der Aufklärung, sie habe die Dimension des „Sollens“ vernachlässigt. In dem Käfig der „Akzeptanzkultur“ finden wir dann nicht nur die „Kontingenzerfahrungen“, sondern eben auch (eine sehr weit gefaßte) „Sachabhängigkeit“ von der arbeitsteilig organisierten naturwissenschaftlich-technischen Kompetenz und die „gesellschaftliche Modernisierung“ insgesamt mit der ihr inhärenten Interssen- und Machtstruktur und Entwicklungsrichtung.

Die individuellen, gruppen- und schichtenspezifischen Verarbeitungen von Krisenerfahrungen werden daraufhin betrachtet, ob sie Verhaltensweisen und normative Orientierungen hervorbringen, die Anpassungs- und Rationalisierungsleistungen darstellten. Und man wird fündig. In der wachsenden Vielfalt von Alltagskultur und in den „Ausläufern“ bzw. breiten Impulsen der neuen sozialen Bewegungen finden sich neue Einstellungen, Bedürfnisse, Lebensstile, die in diesem funktionalistischen Sinn interpretiert werden, bspw. Privatisierung, Religiosität, Pragmatismus, Konservatismus, Individualisierung.

Mit halbierter Kultur dürfen wir uns nicht abfinden

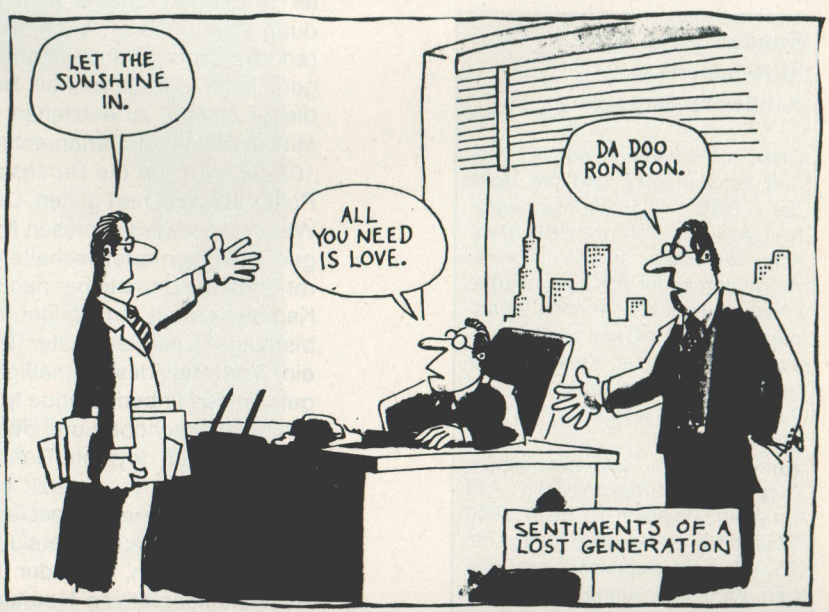
In der Auseinandersetzung mit der technokratisch-konservativen Konzeption einer zeitgemäßen affirmativen Kultur werden Essentials emanzipatorischer Politik und Kultur von neuem deutlich:

Erstens: Die Neokonservativen wollen aus der Kultur und Kulturpolitik die Motive der Solidarität, der Gerechtigkeit entfernen. Ihr Begriff von Freiheit und Vielfalt verweist die wieder wachsende soziale Ungleichheit auf individuelle Schuld, religiöse Tröstung und soziale Wohltat. „Kultur für alle“ können sie nur zu ihrer Parole machen, indem sie wesentliche Kennzeichen der sozialen Not mit dem Etikett „gleichverteilungsfähig“ versehen.

Zweitens: Die Erweiterung von Entfaltungsmöglichkeiten soll im Horizont bloß individueller Disposition verbleiben; ein letztes zynisches Verständnis von alltagskultureller Vielfalt kalkuliert deren harmlose Betriebsamkeit insgeheim ein. Im Pragmatismus der vielen disparaten Kulturen ist Demokratie dann nicht vorgesehen, wenn sich Entfaltungsbedürfnisse und Partizipationsforderungen dort artikulieren, wo „Zustimmungspflichtkeit“ vorab schon festgelegt ist.

Drittens: Vielfalt der Kulturen — das soll universalistische Moral gerade ausschließen. Gemeint ist vielmehr der gegenwärtige Ausdruck dessen, was Marcuse repressive Toleranz nannte. Es soll sich nur Partikulares kulturell äußern. Eine Verständigung über das gesellschaftliche Ganze, mithin Öffentlichkeit, ist in diesem Kultur-Konzept nicht vorgesehen.

Viertens: Indem Freiheits- und Enfaltungsdrang in der Arbeit allenfalls sozialtechnisch verkürzt auf human relations, in anspruchsvoller Mitgestaltung auf wenige Privilegierte beschränkt bleiben soll, indem also Arbeit als zentrale Kategorie und Perspektive menschlicher Freiheit und Universalität außerhalb jeder Kritik steht, erweist sich, was als Kultur in der Freizeit besteht, als halbiert. ■



Christian Schnitzler

Großbritannien vor Thatchers dritter Amtszeit

Die Briten, daran besteht kein Zweifel, hatten bei den jüngsten Unterhauswahlen eine wirkliche Wahlmöglichkeit zwischen einem autoritär-konservativen und einem sozialreformerisch-staatsinterventionistischen Politikkonzept. Wer oder was, so fragt sich die britische Linke nach der erneuten Bestätigung der Rechtsregierung unter Führung Margeret Thatchers, soll „that woman" und ihresgleichen eigentlich stoppen?

Die Entscheidung für die seit Mai 1979 regierenden Tories hätte deutlicher kaum ausfallen können: Mit 376 Abgeordneten werden die Konservativen auch in Zukunft eine satte parlamentarische Mehrheit für die konsequente Fortführung ihrer Politik haben, nur 20 Mandate weniger als nach dem von einer Woge des Falkland-Chauvinismus getragenen Wahlsieg im Frühjahr 1983. Dagegen stellen Labour 229 und die Allianz aus Liberalen und Sozialdemokraten 22 Parlamentarier; regionalistische Parteien kommen zusammen auf 23 Abgeordnete.

Im Wahlkampf hatte die 61jährige Premierministerin erklärt, sie wolle auf jeden Fall „immer weiter und weiter machen", den Kurs des Landes möglichst bis ins nächste Jahrhundert hinein bestimmen. Aber auch wohin die Reise der Britannia gehen soll, haben die Konservativen ganz unzweideutig gesagt: Die verbliebenen Staatsunternehmen sollen ebenfalls privatisiert, der soziale Wohnungsbau abgeschafft, der Einfluß der (oftmals von Labour kontrollierten) Kommunalverwaltungen reduziert, ein weiteres restriktives Gewerkschaftsgesetz verabschiedet werden. Die neokonservative Revolution, so die Botschaft der Thatcheristen, harre trotz aller bisherigen Erfolge noch ihrer Vollendung. Nun gelte es, auch die letzten Spuren der Labour-Administration zu beseitigen, jeder sozialistischen Neugestaltung die Grundlage zu entziehen.

Mit der absoluten Parlamentsmehrheit von 102 Sitzen kann die Durchsetzung dieser Politik als gesichert gelten. Um auch letzte Widerstände gegen diesen Kurs in den eigenen Reihen auszuschalten, hat Margaret Thatcher unmittelbar nach der Wahl ihr Kabinett erneut umgebildet. So wurde der bisherige Energieminister Peter Walker, ein Vertreter des gemäßigten Tory-Flügels, in das unbedeutende Ministerium für Wales abgeschoben und durch Cecil Parkinson, einen loyalen Gefolgsmann der Regierungschefin, ersetzt. In dieses Bild passen auch die Entlassung des sogenannten Unterhausführers John Biffen, eines Parteilinken, und der Rücktritt des Rechtskonservativen Norman Tebbit, der acht Jahre lang das Arbeits- und das Industrieministerium leitete, in jüngster Zeit aber wiederholt verhaltende Kritik an der Premierministerin geäußert hatte. Aus dem handverlesenen, von Querdenkern gereinigten Kabinett ist eine Opposition gegen die thatcheristische Linie nicht mehr zu erwarten.

Ende des Zweiparteiensystems

Wie bereits 1979 und 1983 stimmte nicht die Mehrheit der britischen Wähler für diese Regierung, wie dies die Stärke der konservativen Fraktion im Unterhaus nahelegen könnte. Ihren Sieg verdanken die Tories vielmehr dem antiquierten Mehrheitswahlsystem, das ihren Stimmenanteil von 43,3 % (Nordirland auch im folgenden unberücksichtigt) in eine absolute Majorität von 57,8 % der Sitze transformierte; rechnet man das Heer der Nichtwähler ab, so ist die Regierung nur durch das Votum eines Drittels aller Briten legitimiert. Und dennoch kann die ungebrochene Hegemonie der Thatcheristen nicht aus den evidenten Unzulänglichkeiten des britischen Wahlsystems erklärt werden. Ebenso könnte auch darauf verwiesen werden, daß die Labour Party trotz eines hervorragenden Wahlkampfes nur 31,5 % der Wähler für ihre Alternative zum Status quo gewinnen konnte. Somit vermochte Labour — trotz einiger zusätzlich gewonnener Wahlkreise — nicht jene Entwicklung umzukehren, die den Wähleranteil an die 30 %-Marke heranführte. Es steht außer Frage, daß der leichte Stimmzuwachs von 3,2 % gegenüber der schweren Niederlage von 1983 zumindest teilweise taktisch wählenden Allianz-Anhängern zuzuschreiben ist, die letztlich doch den aussichtsreichsten Oppositionskandidaten ihres Wahlkreises unterstützten.

Seit Kriegsende läßt sich in Großbritannien eine Veränderung des Wählerverhaltens beobachten, die letztlich in einer Abkehr größerer Wählerschichten von den Bindungen an das traditionelle Zweiparteiensystem besteht. Davon sind grundsätzlich sowohl Labour als auch die Kon-

Bundestreffen der Mittelamerika-Solidaritätsbewegung

Diskussionsthemen sind u.a.: IWS und Mittelamerika und die Rolle der BRD, Counterinsurgency-Konzepte von USA und BRD, Menschenrechtslage in ZA, Contra-Aktivitäten in der BRD, Kampagne „Nicaragua muß überleben", Partnerschaften mit Orten in El Salvador und Nicaragua, Kirchendebatte in und um Nicaragua. . .
Termin: 2. bis 4.10.87
Ort: Freiburg
Anmeldungen: Informationsbüro Nicaragua/Informationsstelle El Salvador, Postfach 10 13 20, 5600 Wuppertal (Unkostenbeittrag ca. 25,—/Person, Schlafsäcke mitbringen, Kinderbetreuung).

servativen betroffen: Hatten 1951 noch 96,8 % aller Wähler für diese beiden Parteien gestimmt, so waren es bei den jüngsten Unterhauswahlen nur noch 74,8 %. Von diesem Trend profitierten zunächst die längst totgesagten Liberalen, schottische und walisische Nationalisten und — seit 1981 — die SDP als Rechtsabspaltung Labours. Besonders hart hat das Abbröckeln des Stammwählersockels die Labour Party angeschlagen, deren Stimmanteile seit 1966 von 48 % auf nunmehr 31,5 % schrumpften: Die Wahlen vom 11. Juni brachten für die Partei das zweitschlechteste Ergebnis seit 1945.

Die hier angedeutete Entwicklung resultiert primär aus einem tiefgreifenden Wandel der Sozialstruktur Großbritanniens, der mit dem Regierungsantritt der Thatcheristen in ein neues Stadium eingetreten ist. Jüngste Veränderungen in ganz verschiedenen Bereichen können durch einige Zahlen illustriert werden:

- 1979 lebten in Großbritannien noch 35 % der wahlberechtigten Bevölkerung in Wohnungen der Kommunalverwaltungen, 1986 liegt dieser Anteil bei nur noch 27 %. Nach dem forcierten Verkauf von Sozialwohnungen leben heute 66 % der Briten, oft hoch verschuldet, in den eigenen vier Wänden — verglichen mit 52 % beim Amtsantritt der Regierung Thatcher.
- Die Zahl der dem Dachverband TUC angeschlossenen Gewerkschaftsmitglieder fiel durch anhaltende Massenarbeitslosigkeit und die Konfrontationsstrategie der Regierung von 1979 bis 1986 um 2,6 auf 9,4 Millionen. Damit ist der Organisationsgrad der Beschäftigten auf 44 % abgesunken; der Anteil der Gewerkschaftsmitglieder an der wahlberechtigten Bevölkerung ist seit 1979 von 30 % auf 22 % gefallen.
- Infolge des Privatisierungsbooms hat sich die Quote der wahlberechtigten Briten mit Aktiendepot von 7 % binnen vier Jahren auf 19 % erhöht.

Veränderungen wie diese sind vor dem Panorama umfassender Transformationsprozesse im ökonomischen Sektor zu sehen, die allesamt auf eine fortschreitende Segmentierung der britischen Gesellschaft und letztlich auf eine sukzessive Auflösung des traditionellen proletarischen Lagers als Basis sozialistischer Klassenpolitik hinauslaufen. Aus Flexibilisierung und Dezentralisierung der Arbeit resultierende Individualisierungsschübe im Produktionsbereich werden durch die angedeuteten Veränderungen in der Reproduktionssphäre zusätzlich verstärkt. Dies liegt durchaus im Kalkül der konservativen Strategie: Das Bestreben, Großbritannien in ein Land von gewerkschaftlich orientierten Kleinaktionären und Eigenheimern zu transformieren, ist von zentraler Bedeutung für die gesellschaftspolitische Abfederung des gesamten Thatcherismus-Projekts.

Labour und die Pauperisierung

Die Ungebrochenheit der thatcheristischen Hegemonie resultiert aus der Tatsache, daß die Labour Party — als Dachorganisation der britischen Linken — derzeit noch kein geschlossenes Gegenkonzept vorlegen kann, mit der sie auch über ihr traditionelles Spektrum hinaus Wähler von der Richtigkeit ihrer Version sozialistischer Politik überzeugen könnte. Die Wahlkampagne Labours, die stark auf die Person Neil Kinnocks zugeschnitten und inhaltlich auf die Bereiche Verarmung, Massenarbeitslosigkeit, Bildungsmisere und zunehmende Kriminalität abgestellt war, reflektiert das Unvermögen der Partei, auch über die richtigen Antworten auf die Probleme einzelner Politikfelder hinaus offensiv die Agenda der Wahlkampfthemen zu bestimmen. So wurden etwa die Abrüstungs- und Steuerpolitik von Anfang an als Schwachstellen des eigenen Programms verstanden und eher beiläufig diskutiert, während die Konservativen ihre Pläne für weitere restriktive Gewerkschaftsgesetze zu einem Zugpferd ihres Wahlkampfes machten.

Mühelos konnte sich Labour dagegen bei jenen profilieren, in deren Schicksal sich die Regierungspropaganda vom caring capitalism, dem Kapitalismus mit menschlichem Antlitz, als verlogenes Gschwätz erweist. In den Landesteilen des Nordens und Westens, in denen die „Thatcher-Machine" nur verbrannte Erde hinterlassen hat, konnte Labour massiv Stimmen gewinnen: So stieg ihr Stimmenanteil seit 1983 in Schottland um 7,3 % auf 42,4 %, in Nordengland um 5,4 % auf 41,7 % und in Wales um 7,5 % auf 45,1 %. Entschieden wurde diese Wahl aber in den südenglischen Grafschaften, in denen die Konservativen erneut um 1,1 % auf 50,5 % zulegen konnte. Das Nord-Süd-Gefälle der Parteipräferenzen korreliert damit eindeutig mit den sozialen

Hochzeitspaar Margaret und Denis Thatcher 1951

und ökonomischen Problemlagen der Regionen: Während in dem von der Regionalplanung der Regierung übergangenen Norden kontinuierlich höhere Arbeitslosigkeit, geringeres Einkommen, schwächere Kaufkraft und minderwertigere Dienstleistungen einen Prozeß individueller und kollektiver Pauperisierung eingeleitet haben, verzeichnete der Süden — vor allem seit der regionalen Gewichtsverlagerung der britischen Wirtschaft durch den EG-Beitritt von nationalem und internationalem Kapital bevorzugt — ein geringes Nettoplus an Arbeitsplätzen und eine kontinuierliche Verbesserung des Lebensstandards.

Zur Gruppe der Thatcher-Profiteure zählt sich nicht nur die seit 1983 um 40 % gewachsene Gruppe der britischen Millionäre, sondern eben auch das Angestelltenheer im Dienstleistungssektor, das sich seit Jahren über Reallohnzuwächse freuen kann. Ebenso haben sich breite Teile der Facharbeiterschaft eingerichtet in Thatchers schöner neuer Welt. Nur noch 36 % dieser Gruppe stimmte bei den Juniwahlen für Labour; ihre angelernten Kollegen dagegen votierten zu 48 %, ihre in Sozialwohnungen lebenden Nachbarn zu 56 % für Labour. Um in Großbritannien eine progressive Politik wieder mehrheitsfähig zu machen, bedarf es eines umfassenden hegemoniefähigen Konzepts, das — ohne die Essentials linker Politik preiszugeben — auch die Millionen Volksaktionäre, Reihenhaus- und Zweitwagenbesitzer von einer besseren Zukunft jenseits desolidarisierender Konkurrenzverhältnisse überzeugen kann.

Die Diskussion darüber wird dabei parallel zu einer Bündnis-Debatte geführt, die einen Anti-Thatcher-Pakt mit der Allianz zur Verhinderung einer weiteren Amtszeit der Tories nicht mehr ausschließt. Dabei schreckt Labour weniger vor einer Koalition mit den in einer keynesianischen Tradition stehenden Liberalen zurück als vor einer Zusammenarbeit mit den Labour-Renegaten der SDP. Noch schwerwiegender jedoch wäre, daß jedes Bündnis eine Änderung des Wahlsystems nach sich zöge. Damit aber schwänden die Chancen Labours, in absehbarer Zukunft allein den Kurs der Britannia bestimmen zu können. ■

Klaus Segbers

Zwischen Programm und Praxis

Die sowjetische Wirtschaftsreform vor den Türen der Betriebe

Die sowjetische Reformpolitik gewinnt an Kontur. Auf dem Juni-Plenum des Zentralkomitees wurden wichtige Grundsätze der Wirtschaftsreform beschlossen. Eine Parteikonferenz soll im nächsten Jahr zwischen den Parteitagen eine Zwischenbilanz des Umbaus von Wirtschaft und Gesellschaft ziehen. Währenddessen nimmt die gesellschaftliche Differenzierung einen immer größeren Umfang an. Unterschiedliche Sichtweisen über Profil und Richtung des Reformkurses sind auch in der obersten politischen Führung vertreten.

Mit dem Ende Juni vom Plenum des ZK und dann vom Obersten Sowjet verabschiedeten Gesetz über den staatlichen Betrieb liegt ein Kernstück der in Angriff genommenen Wirtschaftsreform vor. Gleichzeitig wurden vom ZK „Grundsätze des tiefgreifenden Umbaus der Wirtschaftsleitung" beschlossen. Damit scheint sich die Hauptströmung des Reformflügels durchgesetzt zu haben, die eine wesentliche Auflockerung der überkommenen starren, überzentralisierten Wirtschaftsverfassung will, ohne jedoch Marktmechanismen — vorerst — eine dominierende Rolle einzuräumen. Auf der Grundlage der Dokumente ist diese „mittlere" Variante einer entschiedenen Wirtschaftsreform nun konzeptionell durchgesetzt. Das weitere Schicksal der Reform wird sich in der Praxis entscheiden.

Zwischen Krisenbewußtsein und Reformstimmung

Anders als bei manchen früheren Reformversuchen sind die bislang bekannten Reformelemente der Ära Gorbatschow relativ homogen, sie sind prinzipiell umsetzbar, sie finden in einem Mischklima aus Krisenbewußtsein und allgemeiner Reformstimmung statt und sind mit den Interessen einiger wichtiger gesellschaftlicher Gruppen verbunden. Insofern sind die Voraussetzungen dafür, die „Tretmühle der Reformen" zu durchbrechen, die Wirtschaft zu effektivieren und die Akteure zu motivieren, günstig.

Das Wesen der vorgesehenen Veränderungen der Wirtschaftssteuerung soll „im Übergang von vorwiegend administrativen zu wirtschaftlichen Leitungsmethoden auf allen Ebenen, zur Steuerung der Interessen und durch die Interessen, zur breiten Demokratisierung der Leitung und zur umfassenden Aktivierung des menschlichen Faktors" bestehen (Grundsätze, Pravda, 27.6.87). Philip Hanson, einer der kundigsten westlichen Beobachter, bezeichnete die jetzt deutlicher gewordene Reformkonzeption der Strömung um Gorbatschow als „seltsame Form eines Semimarkt-Reformplans". Trotz aller Einschränkungen bedeute dieses Modell einen „scharfen Bruch mit den etablierten sowjetischen Arrangements".

Im einzelnen sind folgende Elemente des „radikalen Umbaus des Wirtschaftsmechanismus" vorgesehen: die Betriebe bzw. Betriebsvereinigungen werden eine wesentlich größere Rolle im Wirtschaftsprozeß spielen. Sie sollen auf der Grundlage der vollen wirtschaftlichen Rechnungsführung (chozrascet) und der Selbstfinanzierung arbeiten. Sie haben sich an den Interessen der Arbeitnehmer (und weniger an den Vorgaben höherer Instanzen) zu orientieren. Die Versorgung mit Rohmaterialien und Zwischenprodukten soll nicht mehr nur durch zentrale Zuweisung, sondern zunehmend durch einen „Großhandel mit Produktionsmitteln" erfolgen. Entsprechend diesen Prinzipien sollen die Betriebe auch die „volle wirtschaftliche Verantwortung für ihre Arbeitsergebnisse" tragen. Das heißt, daß ein Verlustausgleich aus dem Staatshaushalt „in der Regel" ausgeschlossen wird.

Die zentrale Wirtschaftssteuerung soll auf wenige, aber wichtige Fragen beschränkt werden: auf die Ausarbeitung der allgemeinen Entwicklungsstrategie und die Sicherung der wirtschaftlichen Rahmenbe-

dingungen. Insoweit soll an einer Makroplanung, die als ,,wichtigste Errungenschaft und Vorzug des sozialistischen Systems'' bezeichnet wird, festgehalten werden. Ihre Aufgabe wird jedoch nicht mehr die Vorgabe und Kontrolle konkreter Produktionsaufgaben sein, sondern sie soll Prioritäten und Entwicklungsziele setzen, indem sie die ,,Richtungen der Struktur- und Investitionspolitik sowie des wissenschaftlich-technischen Fortschritts, die Ziele der sozialen Entwicklung, die Aufgaben der Stärkung des Bildungs- und Kulturpotentials und der Unterhaltung der Landesverteidigung'' festlegt (Grundsätze).

Diese ,,allgemeinen Interessen'' sollen im wesentlichen durch eine indirekte Steuerung über verläßliche Fünfjahrpläne mit in der Regel nicht mehr verbindlichen Kontrollziffern (Produktionsaufgaben im Naturausdruck) und mit langfristigen und stabilen ,,Normativen'' (das sind Richtwerte etwa für das Verhältnis von Fondsanteilen und Ertrag) realisiert werden, außerdem über vorrangig zu behandelnde Staatsaufträge (goszakazy) und durch Gebühren für die Nutzung natürlicher Ressourcen.

Die erweiterte Selbständigkeit der Betriebe gegenüber den höheren Wirtschaftsorganen, vor allem den Zweigministerien, gegenüber der staatlichen Plankommission (gosplan) und den Staatskomitees (vor allem für Materialversorgung — gossnab, und für Wissenschaft und Technik) wird ergänzt durch eine Demokratisierung und Flexibilisierung der inneren Betriebsverfassung. Beachtenswert ist die größere Mitsprache der unmittelbaren Produzenten, der Arbeitskollektive. Produktionsleiter vom Brigadeführer bis zum Direktor sollen gewählt werden (die Auswahl- und Wahlverfahren sind bislang noch unterschiedlich). In den Betrieben werden Arbeitsräte gebildet, denen im Betriebsgesetz eine Reihe von Kompetenzen zugeschrieben werden (Artikel 8). Im Gesetz sind auch Brigaden und andere Gliederungen von Arbeitskollektiven bis hin zu Familiengruppen vorgesehen, die auf Vertragsbasis Arbeiten selbständig übernehmen und verantworten (Artikel 14). Diese nicht eigentlich neuen, aber bisher begrenzten und oft behinderten Arbeitsformen haben sich bereits in Sibirien und in der Landwirtschaft als sehr produktivitätssteigernd erwiesen. Die Gruppen haben auch die Möglichkeit, die übernommene Arbeit mit weniger Personen bei gleicher Lohnsumme zu bewältigen.

Einige Punkte des neuen Wirtschaftsmechanismus bleiben noch unklar. Dazu zählt vor allem die Preisbildung. Es sollen sowohl zentral festgesetzte wie auch zwischen Partnern ausgehandelte und vertraglich fixierte Preise gelten. Der Geltungsbereich beider Verfahren ist bisher ungewiß. Auch die Finanz- und Kreditmechanismen für die neue Wirtschaftsstruktur sind noch nicht hinreichend ausgearbeitet. Schließlich stehen noch einige weitere Gesetze aus, die die zukünftige Tätigkeit der Industrieministerien und der Staatskomitees regeln, und das muß, im Vergleich zur Vergangenheit und Gegenwart, heißen: einschränken. Ein objektiv schwieriges, ebenfalls noch nicht gelöstes Problem besteht in der abgestimmten Steuerung der Wirtschaftszweige, der regionalen Interessen und der erweiterten Selbständigkeit der unteren Produktionseinheiten. Ungelöst sind auch noch die sicheren Folgen einer konsequenten Durchsetzung des Prinzips der Eigenverantwortung der Betriebe. Mit ihr verbunden sein müßten auch die Schließung von unrentablen Unternehmen und die Entlassung bzw. Umsetzung von Arbeitskräften. Während es in Ungarn für diese Fälle schon einzelne Beispiele und einige gesetzliche Regelungen gibt, ist diese Frage in der SU noch unentschieden. Der Umgang mit diesem Problem verdient auch bei uns kritische Aufmerksamkeit.

Dasselbe gilt auch für die Sozialpolitik, deren Bedeutung im Sinne einer staatlichen Transferpolitik für diejenigen sozialen Gruppen, die bei der Beschleunigung und Intensivierung des Wirtschaftens nicht mithalten wollen oder können, wachsen muß. In welcher Weise zukünftig möglicherweise stark geminderte Subventionen für öffentliche Dienstleistungen wie die Gesundheitsversorgung, für Wohnungen, Grundnahrungsmittel und ähnliches durch Direktkompensationen für besonders Betroffene ausgeglichen werden, ist ebenfalls noch unklar. Hier kollidiert das neuerlich so stark hervorgehobene Prinzip der Entlohnung nach Leistung mit dem traditionellen Selbstverständnis des Sowjetsozialismus als Fürsorge-Veranstaltung.

Stärkere Marktregulierung?

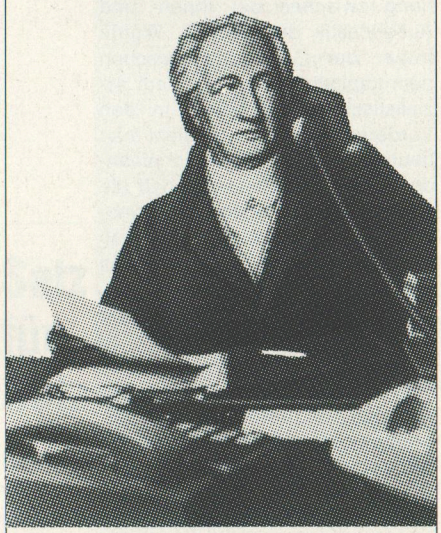
Die Weichenstellungen des ZK-Plenums beruhen auf Kompromissen zwischen Vorschlägen, die eine weitergehende Marktregulierung und einen umfassenderen Verzicht auf zentrale Eingriffsmöglichkeiten vorsahen, und den argumentativ oft nur schwach verkleideten Interessen der status quo-Anhänger. Konzeptionell haben die radikaleren Reformer stärkere Spuren in den Reformdokumenten hinterlassen. Der Widerstand ist sozial diffus, aber er ist längst nicht gebrochen. Er äußerte sich auch auf dem Plenum. Jetzt muß vor allem die Praxis der Umsetzung darüber entscheiden, in welchem Sinne die strittigen und unklaren Fragen entschieden werden.

Die wichtigsten Fronten der weiteren Auseinandersetzung über das Reformprojekt sind klar absehbar:

UMBRUCH

Zeitschrift für Kultur · Heft 2/87 · 7 DM

Schwindet die Schrift im Medienrauschen? Goethe elektronisch.



Worte-lesen, Bilder-schauen, Fern-sehen. Auf dem Weg in eine dritte Kultur? · **Aufmerken und Anzapfen!** Über das Elend der Medienforschung und die Schwachpunkte linker Fernsehkritik · **Oralität — Schriftkultur.** Ein Zwischenspiel · **Viermal Schrift** · **Literatur und Verkabelung** · **Von MedienMaschinen & KopfKörpern.** Postmoderne Strategien der Moderne · **Von der Erektion des Herrn S. bis zum Volkszählungsboykott.** Zensur in der BRD

»Die Tränen der Unterdrückten sind die Tränen Gottes«. Der Maler Jörg Shimon Schuldhess · **»Ich sage das Gegenteil, nur nicht immer«.** Kurt Schwitters' frühe Collage-Texte · **Kunst im Netzwerk.** Ein neues Vermittlungskonzept braucht neue Medien: Computer · Die **»Dinner Party«** in Frankfurt.

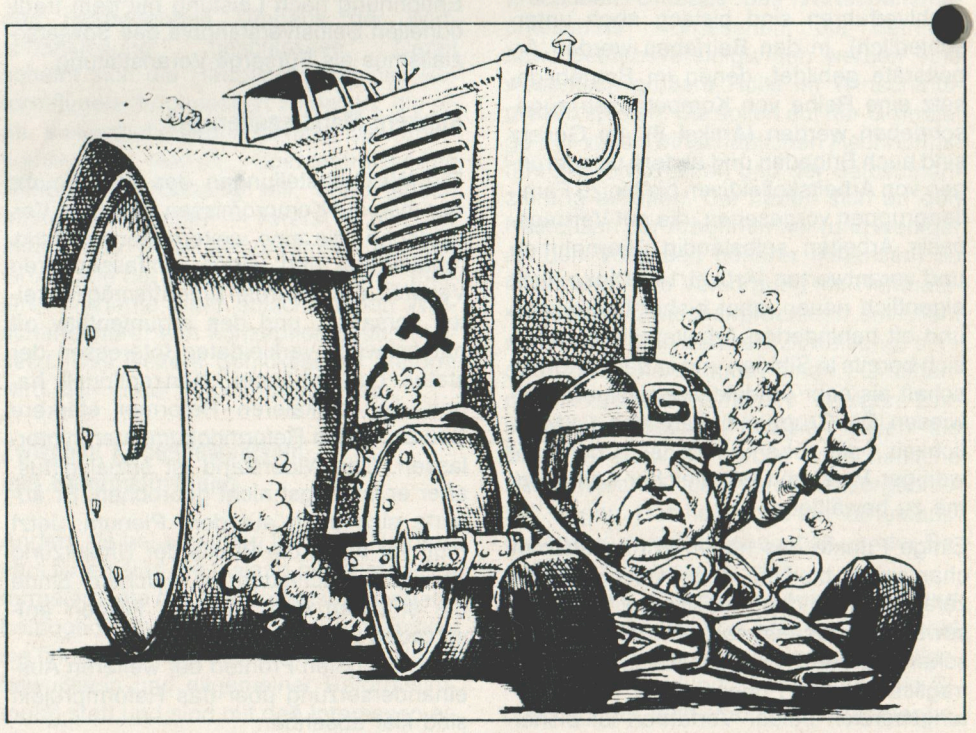
Das neue Heft ist jetzt im Buchhandel erhältlich oder (bitte 7 DM + 1,40 Porto als Scheck oder Briefmarken gleich mitschicken) direkt vom

UMBRUCH

Mainzer Landstr. 147, 6000 Frankfurt 1

- Die realen Kompetenzen der Branchenministerien. Ein entsprechendes Gesetz steht noch aus. Die Betriebe werden sich, solange es die große Zahl der Ministerien (über 60 Industriezweigministerien) noch gibt, ihre gesetzlich vorgesehene und sogar garantierte (Artikel 24) Selbständigkeit erkämpfen müssen. Darauf deuten die Erfahrungen von 1965 und Berichte aus den Experimenten seit 1983. Die vorhandenen Bürokraten werden sich weiter einzumischen suchen, um die Existenz ihrer Organisation zu rechtfertigen. Diese Interventionen von oben sind auch an die Rechenschaftspflicht der Ministerien für „ihre" Betriebe gebunden. Dem Problem ist am ehesten durch eine entschiedene Reduktion von Zahl und Personal der Ministerien beizukommen. Das ist bisher trotz einschlägiger Absichten der Reformer — noch? — nicht gelungen.
- Umfang und Funktion staatlicher Vorgaben. Auch wenn die berüchtigten Kontrollziffern, die die Betriebsaufgaben bislang bis zur letzten Schraube zu regeln suchten (mit den bekannten Folgen des Steuerungsverlustes, der Motivationseinbußen und der Mangelproduktion), ihre Verbindlichkeit verlieren, so ist nicht auszuschließen, daß sie auf dem Wege über die Staatsaufträge wieder Eingang in den Betriebsalltag finden. Es wird viel davon abhängen, welchen Umfang die Vertragsbeziehungen zwischen den Betrieben annehmen werden.
- Damit verbunden ist die Frage des Großhandels mit Produktionsmitteln. Auch über die bisher praktizierten zentralen Zuweisungen von Material und Maschinen kann betriebsfremder Einfluß ausgeübt werden. Anders als oft angenommen wird eine erhebliche Ausweitung des freivertraglichen Bezugs von Anlagen bestehende Defizite nicht verschärfen, sondern im Gegenteil abbauen, da dann nur solche Güter bestellt und bezahlt werden, die wirklich gebraucht werden. Hortung und Verschwendung würden zurückgedrängt.
- Die Frage der Preisbildung. Hier bleibt abzuwarten, in welchem Umfang vertragliche Regelungen zwischen Betrieben wirksam werden, und ob es gelingt, die freie Preisbildung über die Kooperativen und Märkte hinaus auch auf weitere Bereiche auszudehnen.

Zu all diesen Punkten enthält das neue Betriebsgesetz Formulierungen, die eine stärkere Marktregulierung ermöglichen. Es vermeidet aber andererseits hinreichend eindeutige Bestimmungen, die die oben angedeuteten Ambivalenzen ausschlössen. Diese Unbestimmtheit ist wahrscheinlich sowohl auf Widerstände der von einer durchgreifenden Reform betroffenen mittleren und höheren Staatsangestellten sowie einiger „Ideologen" wie auch darauf zurückzuführen, daß auch die sowjetische Wirtschaftswissenschaft bis heute für diese und andere wesentliche Fragen noch keine ausgefeilten Optionen erarbeitet hat. Auch für die Ökonomie gilt das Bild vom „Kampf des Alten mit dem Neuen". Die bekanntesten Vordenker radikalerer Veränderungen — die Akademiemitglieder Aganbegjan, Bogomolov, Zaslavskaja, die korrespondierenden Akademiker Abalkin und Petrakov, die Mitar-



Die neue Philosophie der sowjetischen Außenpolitik

Unter dieser Überschrift beschreibt J. Primakow in der Prawda vom 10.7.87 den Zusammenhang zwischen der Innen- und Außenpolitik der UdSSR. Wurde früher der Gegensatz zwischen dem kapitalistischen und dem sozialistischen Weltsystem in den Vordergrund gerückt, so sieht man heute ihre Abhängigkeit voneinander. „Man muß betonen, daß die wachsende Verflechtung der modernen Welt nicht nur in dem für alle gemeinsamen Problem des Überlebens zum Ausdruck kommt, sondern auch in der Existenz und Entwicklung der Weltwirtschaft, im Vorhandensein gesamtmenschlicher Interessen, die mit der Bewahrung der Umwelt, mit der Überwindung der Rückständigkeit der Dritten Welt, mit dem Sieg über Krankheiten und Seuchen, der Suche nach neuen Energiequellen und mit der Notwendigkeit zusammenhängen, den Kosmos und die Weltmeere für den Fortschritt der Menschheit auszunützen. Das Verständnis für all dies liegt der neuen sowjetischen Außenpolitik zugrunde."

Die sowjetische Außenpolitik wird ihr neues Konzept vor allem in einem neuen Herangehen an das Problem der Sicherheit realisieren, betont Primakow. Es gibt keine echte Alternative zu den von der UdSSR angestrebten politischen Maßnahmen und Abrüstungsverträgen zwischen USA und UdSSR, zwischen der NATO und dem Warschauer Pakt.

Den antisowjetischen Kreisen im Westen wird es immer schwerer, das künstliche Feindbild der UdSSR als antidemokratische und expansive Macht aufrechtzuerhalten. Im Gegenteil, die Popularität der UdSSR, ihrer neuen Führung sei so groß wie nie zuvor. Diese Änderung der öffentlichen Meinung im Westen bedeutet an sich noch keine grundlegende Wende der Weltlage. Aber ihre Weiterentwicklung gibt der UdSSR die Möglichkeit einer noch flexibleren Außenpolitik.

(aus: ips, Nr. 750, 16.7.87)

beiter der Akademieinstitute für Staat und Recht (Kuraschvili, Piskotin), für Wirtschaftsmathematik (Jasin, Obolonskij), der Publizist Lacis, die Ökonomieprofessoren Popov und Schmelev und andere — sie werden weiter versuchen, die Diskussionslinien in ihrem Sinne nach vorne zu schieben.

In einem bemerkenswerten Aufsatz in der spannenden Moskauer Wochenzeitung Moskovskie Novosti hat Popov neulich (2. August) eine Zwischenbilanz der Reformdiskussion gezogen. Dabei behandelt er vor allem die Frage der Kontrollziffern, deren historische Entwicklung, deren Funktion, deren soziale Träger und deren Scheitern er zunächst erläutert. Sodann setzt er sich mit dem Vorschlag auseinander, künftig die Arbeitszeit und nicht das Wertgesetz als Maßstab der Wirtschaftssteuerung zu nehmen. Dieser Vorschlag sei unter den gegenwärtigen Bedingungen „ökonomische Romantik" und diene in der Praxis „als Apologie des Rechts des bürokratischen Apparats, die Wirtschaft zu kommandieren, als Apologie seiner Bemühung, sich um jeden Preis zu erhalten". Deshalb sei der einzig gangbare Weg, die administrativen und verbindlichen Kontrollziffern durch wirtschaftliche Hebel zu ersetzen. Dazu zählten im gegenwärtigen Stadium des Reformprozesses zum einen die Normative und zum anderen die Staatsaufträge. Doch sei die Gefahr zu beachten, daß diese goszakasy die direktive Funktion der alten Kontrollziffern übernähmen. Dies zu verhindern sei zur Zeit die erste Gefechtslinie für die perestrojka. Bei der zweiten gehe es darum, daß die Preisbildung sich zunehmend am Wert orientiere und nicht an Beschlüssen.

Auch Popov betont, daß die Annahme der erwähnten zwei Reformdokumente (und der anderen, noch ausstehenden) nur der erste wichtige Schritt sei. Um ein bis zwei Ordnungen größere Probleme stellten sich bei der Realisierung von Reformkonzepten: „Der Hauptkampf für die wirtschaftlichen Methoden steht noch bevor. . ."

Am 1. Januar 1988 sollen die Industriebetriebe auf die neuen Funktionsbedingungen umgestellt werden. Bis dahin werden auch die noch fehlenden Reformdokumente verabschiedet sein. Für Februar 1988 wird zum ersten Mal seit 1941 wieder eine Parteikonferenz (die 19.) einberufen. Hier wird wiederum Gelegenheit sein, Zwischenbilanz zu ziehen — zwischen dem XXVII. Parteitag 1986 und dem XXVIII. 1991 —, und hier können auch die im ZK noch vertretenen „Altgläubigen" und Konservativen ersetzt werden. Dort gibt es für die von Gorbatschow und anderen angestrebte radikale Wirtschafts- und Gesellschaftsreform bisher noch keine verläßliche Mehrheit.

Möglicherweise wird bis dahin auch ein Konflikt zu klären sein, der bis ins Politbüro hinaufreicht. Die dort sitzenden ZK-Sekretäre Aleksandr Jakovlev und Egor Ligatschow verkörpern durchweg entgegengesetzte Reform- und Sozialismuskonzeptionen. Jakovlev, der im Juni erst ins Politbüro beförderte wichtigste Gorbatschow-Berater, ist der intellektuell bestechende, auslandserfahrene Vordenker und Patron der Reformflügel in der Kultur- und Außenpolitik. Auf Ligatschow berufen sich die beunruhigten, konservativen, national gesinnten und puristischen Kräfte der Intelligenz und der Apparate. Die Reden dieser Antipoden lesen sich wie Kontrastprogramme (zuletzt nachzulesen in Sovetskaja Kultura, 7.7. und 21.7.87).

Doch könnte es aus Sicht der entschiedenen Reformer ein Fehler sein, die oberste politische Führung, selbst wenn es durchsetzbar wäre, zu sehr zu homogenisieren. Derzeit sind die wichtigsten sozialen Gruppen und politischen Strömungen der UdSSR in all ihrer Unterschiedlichkeit und auch Gegensätzlichkeit dort repräsentiert. Ihre Repräsentanten unterliegen dem ständigen Zwang zum Ausgleich. Solange die Kompromisse den Reformkurs nicht verwässern und versickern lassen, ist auch aus Sicht der Reformer eine gewisse Pluralität in der obersten politischen Führung durchaus ratsam. Sie bindet Kräfte ein, die im Verlauf der zunehmenden gesellschaftlichen Heterogenisierung sonst reale und scheinbare Alternativen aufbauen könnten. Der sowjetische Systemwandel bleibt ein schwieriger, langwieriger und faszinierender Prozeß.

PS. Anläßlich eines Frankfurter Kongresses über die sowjetische Reformpolitik, ausgerichtet von der Zeitschrift „sozialismus": Die Linke hat es offenbar noch nicht wieder gelernt, die Unentschiedenheit und Widersprüchlichkeit historischer Umbrüche zu erkennen und auszuhalten. Wiederum werden vorschnell Etiketten verteilt und eigene Wünsche, Hoffnungen und Befürchtungen exportiert. Ist die UdSSR nun endlich auf dem Weg zum wahren Sozialismus? Ist die perestrojka eine Finte der kapitalistischen Restauration! Warum so vorschnell? Warten wir es ab, und es wird wohl weder das eine noch das andere dabei herauskommen. Macht das denn die Sache weniger spannend?

Sowjetische Gewerkschaften im Aufbruch

Vor dem 18. Kongreß der sowjetischen Gewerkschaften im Februar 1987 nahm der Generalsekretär der KPdSU, Michail Gorbatschow, Stellung zu den Aufgaben dieser mit 140 Millionen Mitgliedern größten Massenorganisation in den gegenwärtigen Umwälzungen der sowjetischen Gesellschaft. Seine programmatische Rede, die bisher noch keinem breiteren Publikum zugänglich gemacht wurde, ist in dem vorliegenden Band dokumentiert. Ebenfalls abgedruckt ist der Rechenschaftsbericht des wiedergewählten Vorsitzenden des Zentralrats der Sowjetischen Gewerkschaften, Stepan Schalajew.
Heinz Schäfer (Hrsg.), Sowjetische Gewerkschaften im Aufbruch, 96 Seiten, 6 DM, Nachrichten Verlags Gesellschaft, Kurfürstenstr. 18, 6000 Frankfurt/M. 90

Satz für Satz

Beim Verlag 2000 setzt es was: Für das Sozialistische Büro werden jetzt die Periodika „links", „express" und „Widersprüche" sowie andere Veröffentlichungen mit Fotosatz hergestellt.

Kapazitäten. . .

. . . haben wir noch frei. Wer also einen selbstverwalteten Betrieb und ein politisches Projekt — das SB — für unterstützenswert hält, sollte einmal nachfragen, ob wir uns für ihn/sie auf die Hinterbeine **setzen** wollen.

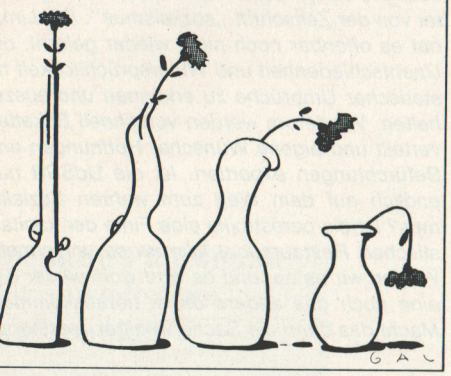
Zuverlässig. . .

. . . sind wir sowieso und auch unseren

Preis wert.

Anfragen:
Satz Verlag 2000,
Frau Marion Michell,
Postfach 10 20 62,
6050 Offenbach 1,
Tel.: 069/88 50 06

Verwelkte Nelken



Rolf Stender

Wende in Portugal

er in dieser Höhe (50,1 %) überra-chende Wahlsieg der Sozialdemo-raten (PSD) bei den Parlaments-ahlen am 19. Juli, denen es als rster portugiesischer Partei ge-ng, die absolute Mehrheit zu errei-hen, hat die politische Landschaft ortugals grundlegend verändert. em PSD gelang es damit nicht nur, ie Mehrheit im Parlament zu erlan-en, wozu schon ca. 43 % der Stim-en genügt hätten, sondern auch um erstenmal nach dem 25.4.1974, e selbst in Zeiten der rechten AD-egierungskoalition vorhandene oziologische Mehrheit der Linken venn man auch den PRD dazu echnet) zu brechen. Die liberale Wochenzeitung „Expresso" stellte enn auch zufrieden fest: „Zum rstenmal werden die Portugiesen em normalen Funktionieren ihres ystems beiwohnen."

Entscheidend für den Sieg Cavaco Silvas waren vor allem drei Faktoren: der Wunsch der Wähler nach politischer Stabilität und Kontinuität anstelle von ständigen Neuwahlen, das Charisma des Ministerpräsidenten und die günstigen wirtschaftlichen Rahmenbedingungen, die während seiner 18monatigen Regierungszeit eine gewisse wirtschaftliche Erholung des Landes ermöglichten. Ein weiterer Faktor war eine sehr gut durchdachte Wahlkampfstrategie, deren Zielgruppe vor allem die nicht festgelegten Wähler der Mitte und linken Mitte und die bisherigen Nichtwähler waren. Es handelt sich bei den Wahlen also nicht so sehr um eine Entscheidung zwischen Rechts und Links, und es hat sich deshalb auch keine große ideologische Wende vollzogen. Das diffuse ideologische Erscheinungsbild des PSD ermöglichte es ihm, die ideologisch nicht festgelegten Wähler der Mitte für sich zu gewinnen. Cavaco Silva forderte die Portugiesen auf, an einer Periode der Entpolitisierung mitzuwirken, um das Land auf den Weg des Fortschritts zu bringen. Mit dieser Rhetorik gelang ihm eine gewaltige Mobilisierung vor allem im Norden des Landes, während bei den linken Parteien und im Süden die Wahlenthaltung besonders hoch war. Von PS und PRD konnte der PSD rund 600.000 Wähler zu sich herüberziehen.

Geschlagene Linke

Auch die linken Parteien paßten sich der durch den PSD betriebenen Entideologisierung und Entpolitisierung des Wahlkampfes an. Es überwogen unpolitische und inhaltsleere, austauschbare Wahlkampfparolen mit einem stark nationalistischen Unterton („Mehr Portugal", „Portugal für alle", „Portugal darf nicht stehenbleiben").
Die Situation der portugiesischen Linken hat sich nach den letzten Wahlen gegenüber 1985 deutlich verändert. Bestand sie damals aus drei etwa gleich starken Parteien mit einem nicht unerheblichen Gewicht des PCP, so stellt heute der PS die führende Oppositionspartei dar, mit mehr Stimmen als PCP und PRD zusammen. Mit nun 22,3 % konnten die Sozialisten ihren Stimmenanteil geringfügig erhöhen, die Möglichkeit einer Rückkehr zur Regierungsverantwortung scheint aber in weite Ferne gerückt. Bemerkenswert ist auch die Schwächung des PCP, der innerh[illegible] von 21 Monaten rund zwei Drittel seiner Wählerschaft verloren hat. Die prozentual höchsten Einbrüche erlitten die Kommunisten in ihren Hochburgen im Alentejo, in Beja, Evora und Portalegre sowie in der Industriestadt Setúbal. Am schmerzlichsten war sicher für die Kommunisten, daß sie mehr als 10.000 Wähler an die als „nicht demokratisch" bezeichneten Sozialdemokraten (PSD) verloren. Für die Niederlage der Linken war auch die Tatsache verantwortlich, daß ohnehin niemand an eine Regierungsübernahme durch sie glaubte, die Stimmen für sie waren also negative Stimmen gegen Cavaco Silva.
Hoffnungen auf eine mittelfristige Veränderung der durch die Wahlen entstandenen neuen politischen Kräfteverhältnisse lassen sich nicht auf eine schnelle Wiederbelebung und gemeinsame Aktion der geschlagenen Linken, sondern allenfalls [illegible] Mißerfolge der Regierung und Konflikte im Regierungslager gründen.
Schließlich sei noch das Abschneiden der kleinsten der im portugiesischen Parlament vertretenen Parteien, des CDS (Zentrumsdemokraten) erwähnt. Diese weit rechts stehende Partei fiel unter der Führung des ehemaligen Überseeministers Salazars, Adriano Moreira, von 10 % auf 4,3 %.
Das derzeitige portugiesische Parteiensystem läßt sich damit durch ein Abschmelzen am rechten und linken Rand des Spektrums und durch eine — wenn auch unausgeglichene — Bipolarisierung zwischen PS und PSD kennzeichnen. Der starke Bedeutungsverlust der Kommunisten steht im Einklang mit den Entwicklungen in den anderen südafrikanischen Ländern.

lilfe für Vilelmo Hendriques

ilelmo Hendriques war Sprecher er landwirtschaftlichen Coopera-ve „Quebradas" im Norden von ssabon, die vielen aus dem Film Viva Portugal" bekannt wurde. nde der 70er Jahre wurde die ooperative zerschlagen. Der ehe-alige Besitzer der Ländereien nd Gebäude machte Schadener-atzansprüche geltend. Heute eht Vilelmo Hendriques vor ei-em Schuldenberg von umgerech-et 30.000 DM und ständigen erhöhten Zinsforderungen.
Quebradas" war eine wirkliche hance für die Bauern im Dorf. Sie aben gekämpft und verloren. Vi-lmo Hendriques droht jetzt, seine xistenzgrundlage zu verlieren. eswegen müssen wir ihm helfen! enden bitte auf Kto. D. Hooge Quebradas" 251 145 2501 bei r Bank für Gemeinwirtschaft LZ 500 101 11)

Bei den Wahlen wurde deutlich, daß sich das portugiesische Parteiensystem und besonders das Wählerverhalten (ihre große Mobilität) stark von den übrigen westeuropäischen Demokratien abhebt. Die portugiesischen Traditionen des Personalismus, des Populismus und auch des Sebastianismus (Glaube an einen Erretter) wirken weiter fort, so daß es einer charismatischen Führerpersönlichkeit gelingen kann, die parteipolitischen Grenzen zu überwinden und Wähler aus allen Schichten an sich zu binden.

Die Wende

Die zukünftige PSD-Regierung hat sich drei Hauptziele gesetzt: die zweite Revision der portugiesischen Verfassung, die auch sie entideologisieren soll (durch Eliminierung aller sozialistischen Bezüge), die Reprivatisierung der Wirtschaft und sogenannte strukturelle Reformen, an erster Stelle die immer wieder verhinderte Neufassung der Arbeitsgesetzgebung, die vor allem Entlassungen erleichtern soll. Die amerikanische Zeitschrift ,,Time'' (3.8.87) schrieb, daß Cavaco Silvas geplante wirtschaftspolitische Maßnahmen auf eine ,,free-market counterrevolution'' hinauslaufen werden. Der Präsident des Unternehmerverbandes CIP erwartet, daß die neue Regierung durch eine ,,Flexibilisierung des Gebrauchs der Produktionsfaktoren'' die Unternehmerinitiative stimulieren wird. (,,Expresso'' 25.7.87) Zu erwarten ist jedenfalls ein verstärkter Angriff auf die verstaatlichten Unternehmen und die übriggebliebenen Agrarkooperativen im Süden des Landes.

Zur Durchführung der nun nach einer Fünfjahresfrist möglichen zweiten Verfassungsrevision benötigt Cavaco Silva eine Zweidrittelmehrheit, d.h. er ist auf die Zustimmung der Sozialisten angewiesen, die voraussichtlich kompromißbereit sein werden. Vom Staatspräsidenten Soares ist nicht zu erwarten, daß er den Ministerpräsidenten bei dessen Vorhaben wesentlich behindern wird. Er steht selbst hinter den meisten der angestrebten Maßnahmen, und das Verhältnis Präsident — Ministerpräsident war bisher harmonisch.

Die Ergebnisse der portugiesischen Wahlen wurden in der westeuropäischen Presse mit großer Zufriedenheit aufgenommen, da sie zum erstenmal politische Stabilität verheißen. Aber kaum jemand hat die überwältigende Stimmabgabe für eine Person mit ausgeprägtem autoritärem Führungsstil in einem Land, das vor 13 Jahren eine 48jährige autoritäre Herrschaft überwunden hat, problematisiert. Manche Beobachter erinnerte der stark emotionalisierte PSD-Wahlkampf mit den Appellen an den Patriotismus der Bevölkerung an die Kampagnen der Uniao National der Salazar/Caetano-Diktatur.

Internationales Komitee

,,Gerechtigkeit für Otelo''

Nach fast drei Jahren Untersuchungshaft und einem 17monatigen sonderbaren Prozeß ist Otelo de Carvalho zu 15 Jahren Gefängnis verurteilt worden.

Im Laufe des Prozeßverfahrens stützte sich die Staatsanwaltschaft auf die Aussagen ,,reumütiger Kronzeugen'', die als einzige die Angeklagten belasteten. Diese ,,reumütigen Kronzeugen'', die selbst vom Untersuchungsrichter als ,,unmoralische und verachtenswerte Existenzen'' beurteilt wurden, sind freigesprochen oder zu minimen Gefängnisstrafen verurteilt worden, obwohl sie konkreter Straftaten überführt waren. Einzig aufgrund persönlicher Notizen Otelos aus dem Jahre 1977 über ein ,,Globales Projekt'', welches Maßnahmen zur Verteidigung der Demokratie im Falle eines faschistischen Putsches vorsah, wurde von der Anklage eine angebliche Verquickung der politischen Aktivität Otelos mit den terroristischen Anschlägen einer Gruppe rekonstruiert, zu deren Mitgliedern ausgerechnet die ,,reumütigen Kronzeugen'' gehörten. Otelo und seinen Freunden wurde keine einzige materielle Straftat zur Last gelegt.

Dieser Prozeß zeichnet sich durch zahlreiche schwerwiegende Rechtsverletzungen aus. Artikel 288 des portugiesischen Strafgesetzbuches über die ,,terroristischen Vereinigungen'' stammt, wie das gesamte neue Strafgesetzbuch, aus dem Jahre 1982. Allein schon die rückwirkende Anwendung dieser neuen Straftatbestände auf das ,,Globale Projekt'' Otelos, das im Jahre 1977 entwickelt wurde, stellt eine schwere Verletzung von rechtsstaatlichen Prinzipien dar. Dieses ,,Globale Projekt'' sagt nicht mehr als die portugiesische Verfassung, die für den Fall einer Bedrohung der Demokratie die Bürger zu deren Verteidigung mit allen Mitteln verpflichtet.

Den Verlauf des Prozesses und das Urteil empfand ein Richter des Dreiergerichts derart widersinnig, daß er seine abweichende Meinung in einer öffentlichen Erklärung bekanntmachte. Dies kann unsere Zweifel nur verstärken.

Die wahre Zielscheibe des Prozesses sind das Erbe der ,,Nelkenrevolution'', die Portugal 1974 von der längsten faschistischen Diktatur in Europa befreite, sowie der Beitrag von Otelo de Carvalho zur Befreiung der ehemaligen portugiesischen Kolonien.

Deshalb beabsichtigen wir die Bildung einer internationalen Bewegung mit dem Ziel, die in Portugal erhobene Forderung nach einem gerechten Berufungsverfahren und der sofortigen Freilassung Otelos mit aller Entschiedenheit zu unterstützen.

Weit über Portugal hinaus bedeutet die versuchte Kriminalisierung von Otelo de Carvalho eine erneute Herausforderung an alle demokratischen und fortschrittlichen Kräfte. Dieser Herausforderung müssen wir uns stellen.

Kontakt und Information: C.E.D.R.I., Missionsstr. 35, CH-4002 Basel

Fritz Reusswig/Joachim Stahl

Geschichte wird gemacht — Geschichtslosigkeit auch

Nachlese zum Sartre-Kongreß in Frankfurt

Was sich wie ein roter Faden sowohl durch den Kongreß als auch durch dessen feuilletonistische Verarbeitung hindurchzog, war zum einen das Erstaunen darüber, daß soviele Zuhörer gekommen waren und zum anderen der immer wieder betonte Ereignischarakter der Veranstaltung, der sich zu der Formel ,,Sartre in Frankfurt'' verdichten läßt. Eine der bemerkenswertesten, wenngleich weitgehend unbemerkt gebliebenen Seiten dieses Ereignisses war der Versuch der Eingemeindung Sartres in das politische und philosophische Weltbild der Konservativen. Ihm gilt unsere Aufmerksamkeit.

Schon der Einführungsvortrag von Herbert Schnädelbach in der Aula der Universität machte den Ereignischarakter deutlich. Sein Referat über ,,Sartre und die Frankfurter Schule'' war nicht nur der Behandlung eines gesonderten Problems gewidmet, sondern konnte als Formulierung von Programmatik und Absicht des Kongresses gelten. Kaum zufällig daher, daß er sich in einer Reihe vorangegangener Kongresse befand, die zunächst Adorno (1983), dann Horkheimer (1985) gewidmet waren. Die Beschäftigung mit dem Werk Sartres stand von vornherein unter der Perspektive einer gleichzeitigen Auseinandersetzung mit der kritischen Theorie — noch dort, wo von dieser gar nicht ausdrücklich die Rede war. Der diesem Kongreß zugedachte Ereignischarakter beginnt, wo die Beschäftigung mit Sartre eine Wende im Hinblick auf die Frankfurter Schule bewirken wollte.

Das konservative Feuilleton hat mit feinem Gespür dieses Ereignis zu deuten gewußt und sich darum rückhaltlos auf die Seite Sartres geschlagen. Das kostet sie nichts, verspricht ihr aber einiges für die Abrechnung mit der kritischen Theorie. Diese ist aufgrund ihres Denkens in geschichtlichem Kontext und ihrer dadurch erlangten Bedeutung für die Studentenbewegung, zumal in Frankfurt, einer Auffassung suspekt, derzufolge Theorie sich einzig innerhalb eines zugewiesenen akademischen Rahmens zu bewegen hat und die sich dementsprechend dagegen wenden muß, daß das Denken seiner eigenen Geschichtlichkeit inne wird und umgekehrt Geschichte vom Anspruch der Theorie nicht zu suspendieren ist. Horkheimer und Adorno haben damit zugleich den Allgemeinheitsanspruch des Bürgertums gegen dieses selbst gewandt. Dies ist es, wogegen der Konservativismus kämpft, und im Kampf gegen diesen Anspruch bediente er sich diesmal Sartres als — ungewöhnlichem — Bündnispartner. Ging es mithin allein um die Auseinandersetzung mit der kritischen Theorie, dann darf man natürlich nicht an ,,Sartre in Stammheim'' denken — das würde nur die Konturen verwischen. Um Sartre also ging es nicht. Sollte es wirklich einmal um ihn gehen, so ließe sich sicherlich auch trefflich gegen den existenzialistischen Praxisbegriff polemisieren im Namen einer Theorie, die man dann als Abguß aus Adorno gewinnen würde.

Galt Sartre ,,Ende der sechziger Jahre in der frankfurterisch inspirierten Studentenbewegung als Reaktionär'' (Jürgen Busche in der FAZ vom 13.7.87) und fühlten sich ,,die Studenten und ihre willfährigen Professoren als Sieger der Geschichte'', die mit einem Intellektuellen nichts anzufangen wußten, ,,dessen Werk sich voranbewegte in einer Reihe immer neuer Niederlagen'', so wird jetzt, nachdem die geschichtlichen Verhältnisse auf ihr reaktionäres Normalmaß zurückgependelt sind, Sartre als ein Philosoph angepriesen, der den Verlierern der Geschichte viel besser zu Gesicht steht.

Rainer Erd scheint Busche darin zuzustimmen, wenn er die ,,ernüchternde Erfahrung'' der Linken einer ,,Logik des Scheiterns'' verpflichtet sieht und darum die ,,Frage nach den systematischen Gründen (für dieses Scheitern für) drängender als die nach den Bedingungen von Freiheit'' erachtet (FR vom 18.7.87). Gibt er etwa die Richtung der Beantwortung dieser Frage an, wenn er feststellt, daß es ihre illusionären Voraussetzungen waren, an denen zuletzt die Linke scheiterte, wo man doch heute wisse, ,,daß ohne Herrschaft und Hierarchie kreative Arbeit nicht möglich ist''?

Sartre gegen Adorno

Busches FAZ-Artikel wäre nicht sonderlich bemerkenswert, würde er sich nicht zentraler Topoi und charakteristischer Argumentationsfiguren des bundesdeutschen Neokonservativismus bedienen und hätte es nicht im Verlauf des Kongresses selbst Tendenzen gegeben, die rechten Eingemeindungsbemühungen Vorschub geleistet haben.

Einen Dialog zwischen Adorno und Sartre beginnen zu lassen, steht von vornherein unter der Anforderung, über bloß fachphilosophische Frage- und Problemstellungen sowie die Rekonstruktion von Genealogien hinausgehen zu müssen. Das hängt mit einem Begriff von Philosophie zusammen, der sich nicht auf das Bereichsspezifische einschränken lassen will, darin vielmehr den Ausdruck der Antiquiertheit von Philosophie sieht. Beide, Sartre und Adorno, haben Philosophie als die Überschreitung von ,,bloßer'' Philosophie beschrieben — und beide gewiß diese durchaus unterschiedlich begriffen.

Adornos Diktum, daß Kritik an der Gesellschaft Erkenntniskritik sei und umgekehrt, hat ihn dazu veranlaßt, die erkenntnistheoretischen und logischen Begriffe und Theoreme genauso auf ihren gesellschaftlichen Gehalt zu untersuchen wie umgekehrt Gesellschaftstheorie ihm nur als philosophisch reflektierte möglich schien. Sartre war mindestens ebensosehr Schriftsteller wie Philosoph und sein politisches Engagement von beidem nicht zu trennen. Das verbietet vorweg, Sartre und Adorno auf einer bloß terminologischen und philosophiehistorischen Ebene miteinander zu konfrontieren. Die damit vollzogene Ausblendung der in Philosophie reflektierten Geschichte ließe sonst leicht den Eindruck entstehen, zu konstatierende Differenzen und Gegensätze beruhten auf Mißverständnissen oder Tabuisierungen.

Schnädelbach legte diesen Eindruck nahe. Er berichtete von ei-

nem Nicht-Dialog von solchen, die sich in mancher Hinsicht (zu) nahe waren. ,,Zwischen der Frankfurter Schule und dem Sartreschen Existenzialismus standen zunächst einmal Worte": Sein, Existenz, Engagement, Anthropologie, Entscheidung. Er beschrieb die theoretische Entwicklung der Frankfurter und Sartres als eine komplementäre Gegenbewegung, die bei diesem von der Philosophie der Existenz zum Marxismus, bei jenen dagegen vom Marxismus zu einer quasi-existenzphilosophischen Aporetik geführt habe. An keiner der Stationen dieses Weges sei man sich begegnet. Schließlich skizzierte er drei Begriffsfelder, auf denen er einen ,,unterirdischen Dialog" rekonstruierte und für weitere Diskussionen fruchtbar machen wollte: Anthropologie, Praxis und Dialektik. Insbesondere die ersten beiden Begriffe wurden in Frankfurt, so Schnädelbach, an Sartre mißkannt und als reaktionär oder dezisionistisch abgelehnt, nicht aber in ihrer transzendentalen Struktur gesehen, die ihnen bei Sartre tatsächlich zukam. Nur in puncto Dialektik wollte Schnädelbach Adornos Absage an jede Form der spekulativen Dialektik, auch in ihrer Sartreschen Gestalt einer Hermeneutik der gesellschaftlichen Praxis, den Vorzug geben.

Trotz seines prägnanten und instruktiven Vortrags vermißte man einen zentralen Gesichtspunkt: sind es wirkich nur Worte, nur unterschiedliche Traditionen, die zwischen beiden standen? Und worauf deuten sie? Verweisen sie nicht — im Kontext einer Sartre und Adorno gemeinsamen Überschreitung von Philosophie in Geschichte — auf wesentliche Differenzen in der Art und Weise dieser Überschreitung und gewinnen von dort ihre Bedeutung? So war für Adorno und Horkheimer mit philosophischer Anthropologie nicht mehr umgebrochen umzugehen, nachdem die faschistische Praxis sich mit anthropologischer Ideologie legitimiert hatte. Existenz, Sein, Ontologie veränderten ihren Gehalt, nachdem die Nazidiktatur die Menschen auf bloßes Sein reduzierte und das als missionarische Erlösung und Befreiung vom schnöden Dasein in die Welt posaunte.

,,Einzig mit Unwahrheit ist Verdinglichung in Sein und Seinsgeschichte zurückzuschieben, damit als Schicksal betrauert und geweiht werde, was Selbstreflexion und von ihr entzündete Praxis vielleicht zu ändern vermöchten.

(Adorno, Negative Dialektik, 98)

Sartre dagegen, für den kaum weniger gilt, daß er den Faschismus zum Gegenstand seines Denkens machte und daraus wesentliche Impulse seiner Philosophie gewann, vermochte in eben jener Tradition, die Adorno suspekt geworden war, den ,,Ausbruch aus akademischer Philosophie" (Adorno über Sartre) zu bewerkstelligen. In der Tat: Eine Konfrontation von Sartre und Adorno versprach — über beide — Erhellendes. Nur hätte sie geführt werden müssen vor dem Hintergrund des seit Marx geltenden Anspruchs von Philosophie als Kritik, der stets Gesellschaftskritik einschließt. Erst in der Präzisierung dieses Philosophiebegriffs bei Sartre einerseits und bei Adorno andererseits könnten sowohl die entscheidenden Differenzen zwischen beiden hervortreten als auch eine produktive Auseinandersetzung darüber beginnen. Es war der zentrale Mangel des Sartre-Kongresses, daß er die Konfrontation auf dieser Ebene nicht geführt hat. Was auch immer die Erörterung dieser nicht gestellten Fragen ergibt — auch Schnädelbach hat sie umgangen — das Ausspielen Sartres gegen Adorno ist kein denkbares Resultat. Schwer vorstellbar auch, daß die konservative Kulturkritik sich die Sartreschen Philosophie dann so umstandslos zu eigen machen würde, wie sie es jetzt getan hat.

Philosophie als zeitlose Wissenschaft

Gerade hinsichtlich des Mangels, die Auseinandersetzung Sartre — Frankfurter Schule nicht als eine um die jeweilige Bestimmtheit des Begriffs von Philosophie als Kritik zu führen, war der Auftritt des Heidelberger Philosophen Hans-Georg Gadamer auf dem Kongreß von besonderer Bedeutung. An ihm verdichtete sich auch sein Ereignischarakter.

Manfred Frank gab in seiner Begrüßung der Befriedigung darüber Ausdruck, daß nicht allein ein Sartre-Kongreß, sondern daß vor allem auch ein Vortag Gadamers in Frankfurt möglich sei. Frank vermittelte beinahe den Eindruck, als wohne das Auditorium dem Einzug ,,großer Philosophie" in eine provinzielle Enklave bei und als seien die phänomenologischen und fundamentalontologischen Vertreter der Zunft gegenüber denen der kritischen Theorie in der bundesdeutschen Hochschullandschaft in der Minderzahl. Er begrüßte Gadamer als den ,,größten deutschen Philosophen", der die Bedeutung Sartres schon zu einem Zeitpunkt erkannt habe, zu dem man in Franfurt mit dem Verweis auf Husserl und Heidegger die philosophische Auseinandersetzung gar nicht erst habe aufkommen lassen; ein Verweis übrigens, den Gadamer — nunmehr freilich ins Positive gewendet — auf's Nachdrücklichste bestätigte, als er in Sartre eine ,,Konstellation der drei großen H's" (Hegel, Husserl, Heidegger) sah. Von Sartre also war auch hier nicht die Rede.

Wenn Gadamer anfangs — gleichsam um Nachsicht bittend — bemerkte, daß er die Auseinandersetzung mit Sartre nicht vor dem Hintergrund des Stands der aktuellen Diskussion führen könne, so war schnell klar, daß sein Anspruch, diese stattdessen allein im Horizont ,,unvergänglicher Fragen" zu vollziehen, nicht die Rhetorik eines Greises war. Es sprach sich darin vielmehr ein Begriff von Philosophie als zeitloser Wissenschaft aus, gegen den Horkheimer und Adorno zeitlebens das Konzept einer Philosophie als Kritik entwickelten. Prima philosophia gilt ihnen als Urform aller Ideologie, als Hypostasierung eines Entsprungenen zum Ersten, schließlich als Verewigung von Herrschaft zum Schicksal menschlichen Daseins.

,,Geschichtlichkeit stellt Geschichte still ins Ungeschichtliche, unbekümmert um die geschichtlichen Bedingungen, denen innere Zusammensetzung und Konstellation von Subjekt und Objekt unterliegen. (. . .) als ob nicht reale Geschichte im Kern alles dessen aufgespeichert wäre, was zu erkennen ist; als ob nicht jede Erkenntnis, welche im Ernst der Verdinglichung widersteht, die erstarrten Dinge in Fluß brächte, eben dadurch in ihnen der Geschichte gewahr würde."

(Adorno, Negative Dialektik, 1335)

Wie unvergänglich demgegenüber Gadamers Fragen waren, tat er selbst dann am Beispiel seiner Lehrtätigkeit in Leipzig während der Zeit des Dritten Reiches dar. Damals habe er über Husserl — als Jude eigentlich nationalsozialistisches Anathema — Vorlesungen gehalten und sei daran von niemandem gehindert worden; für Gadamer ein einziges Zeichen dafür, wie ,,unwichtig" den Machthabern die Philosophen waren, ja, wie sehr sie ,,sie im Grunde verachteten". Auch sein Lehrer Heidegger habe das erfahren müssen; schließlich gab es ein Publikationsverbot am Ende des Krieges — ein Tatbestand, der von den Kritikern Heideggers meist nicht berücksichtigt werde.

Vor fünfzehn Jahren wären solche Sätze im Hörsaal VI der Frankfurter Universität nicht kommentarlos durchgegangen, wie es an diesem Abend geschah. Gadamer mag seine Gründe dafür gehabt haben, während der Zeit des Nationalsozialismus Deutschland nicht zu verlassen. Er hätte zu ihnen freilich besser geschwiegen, als sich in die Rolle dessen zu begeben, den das Beantworten unvergänglicher Fragen nicht nur nicht dazu führte, nach dem allzu Vergänglichen zu fragen, sondern der solches Unterlassen auch noch mit der nachträglichen Deutung versieht, gerade dies habe ihm die geheime oder gar offene Verachtung der mit dem Geschäft der Vergängnis nur zu sehr befaßten Machthaber eingetragen.

In der Tat: ,,Gadamer in Frankfurt" schien ein notwendiger Zwischenschritt zu sein von ,,Sartre" zu ,,Heidegger in Frankfurt" — also zur Kritik an Adorno und Horkheimer. Die auf dem Kongreß

ausgeblendete Frage nach dem Begriff von Philosophie als Kritik bekam hier systematische Bedeutung, sofern Gadamer mit seinem Philosophie-Konzept, das sich von realer Geschichte bewußt absetzt, diese Leerstelle füllte. Busche hat das verstanden, wenn er Gadamer so zusammenfaßt:

„Er hob die Freiheit der Forschung an deutschen Universitäten in den Jahren der Nazi-Diktatur hervor und legte den Akzent des Urteils mehr auf die Darstellung der Schwierigkeiten, die Heidegger beim Fortschreiten der Diktatur mit den Nationalsozialisten bekommen hatte, als auf die Verirrungen in den Monaten der Rektoratszeit nach 1933."

Es ist ratsam, in Karl Löwiths erst kürzlich veröffentlichter Schrift „Mein Leben in Deutschland vor und nach 1933" nachzulesen. Löwith — als Heideggers Schüler und von diesem 1928 habilitiert sicher ein unverdächtiger Zeuge — berichtet von einem Treffen mit Heidegger 1936 in Rom. Vor dem Hintergrund einer Kontroverse in der „Neuen Zürcher Zeitung" über Heideggers NS-Sympathien vertrat Löwith die Auffassung, daß dessen Parteinahme für den NS-Staat im Wesen seiner Philosophie läge — „Heidegger stimmte mir ohne Vorbehalt zu".

Eine auf den ersten Blick ganz ungewöhnliche Seite des Ereignischarakters des Sartre-Kongresses tut sich auf, wenn man bedenkt, daß in Gadamars kurzen Ausführungen über die „Freiheit der Forschung" die „Historiker-Debatte" den Hörsaal VI — den symbolträchtigen Ort der Frankfurter Schule und der Studentenbewegung — erreicht hatte. Die Umdeutung der Geschichte gab sich hier zwar als Desinteressement für ihre Wechselfälle aus. Gleichwohl war sie manifest. **Während die rechten Historiker den deutschen Konzentrationslagern den Schein geschichtlicher Notwendigkeit verleihen wollten, reduziert „große Philosophie" sie auf äußerliche Zufälligkeit. Beides jedoch sind Varianten eines und desselben Sachverhalts: der Legitimierung von Unrecht und Barabarei. Daß das jetzt möglich ist, hat etwas mit dem von Busche erwähnten „Desaster" der Linken, den zerstobenen „Träumen" und der Sicht auf die gesellschaftlichen Verhältnisse zu tun, die man hat, wenn man zu den wirklichen „Siegern" gehört.** Vielleicht gehörte es auch zu den „linken Träumen', daß man hier von einem gesellschaftlichen Konsens über die Bedeutung des deutschen Faschismus glaubte ausgehen zu dürfen, den es nicht gegeben hat. Der Historikerstreit wäre dann weniger das Aufkünden dieses Konsens von rechts, als vielmehr die selbstbewußte Rückkehr zur Normalität des Geschichtsverständnisses der eigentlichen „Sieger der Geschichte" und das Zurückweisen der moralischen „Vereinnahmung" dieser Normalität durch linke Theoretiker. Diese Geschichtsschreibung aus der Sicht der „Sieger" und zum Zwecke der Stillstellung von Geschichte hatte Benjamin vor Augen, als er schrieb: „Auch die Toten werden vor dem Feind, wenn er siegt, nicht sicher sein. Und dieser Feind hat zu siegen nicht aufgehört."

Das von Lothar Baier in der „Zeit" richtig beobachtete „Fest der Versöhnung zwischen Enkeln und Großvätern" gibt zu denken. Indiziert es doch mehr als den schon für sich bemerkenswerten Umstand, daß offenbar ein kollektives Bedürfnis nach Zusammenkunft beim Publikum bestand, das sich über Anlaß und Inhalt problemlos hinwegsetzen konnte — sofern die Referenten nur, wie Busche vermerkt, „authentisch" klangen. Bedenklich ist vor allem, daß als „große Philosophie" verhandelt werden konnte, was deren gesellschaftlichen und gesellschaftskritischen Gehalt von vornherein zum Akzidentellen rechnete. Und geradezu absurd muß der Sachverhalt genannt werden, daß das Werk Sartres dafür die Kulisse abzugeben hatte.

Eingemeindungsversuche von rechts

Vor dem Hintergrund des von Gadamer vertretenen Konzepts einer Philosophie des Unvergänglichen und seiner Rückkehr zu den eigentlichen Fragen — also ihrer Entpolitisierung — ist der Umgang mit Sartres Politik- und Moralverständnis und seiner Praktizierung besonders bemerkenswert. So gelingt es Busche, einerseits noch Sartres politisches Engagement gegen einen vermeintlich theorielastigen und dogmatischen Defaitismus der Frankfurter Schule auszuspielen, andererseits aber Sartres Fähigkeit, dieses Engagement gegebenenfalls revidieren zu können, gegen den dogmatischen Moralismus der Deutschen im allgemeinen, Horkheimers und Adornos im besonderen zu wenden.

„Wer eine historische Rolle wählt, darf nie vergessen, daß er sie gewählt hat — er darf sich vor allem nicht, wie dieses deutsche intellektuelle Aktivisten gern tun, zum naiven Agenten seiner Einsicht machen. Engagiert sein heißt, sich moralisch und sachlich in seinem Engagement auch kritisieren zu können. Sonst ist man Partei- und Interessenvertreter."

Busches Rede vom „naiven Agenten der eigenen Einsichten" ist schon die ganze Perfidie; in ihr liegt der Wunsch nach einer politisch neutralen Moral beschlossen. Wer nach für verbindlich erachteten Einsichten handelt, macht sich notgedrungen zu einem solchen „naiven Agenten". Oder worin sollte das Unnaive, das Reflektierte also bestehen? Wenn Busche hier mehr formuliert hat als die Trivialität, daß Engagement eine (Selbst)Veränderung und ein Bestimmen des Handelns aus Gründen darstellt, dann hat er doch wohl gesagt: Engagement heißt, sich nicht zu engagieren. Die von Busche angeführte Anekdote Bondys, nach der Sartre zeit seines Lebens die Fähigkeiten behalten habe, eigene Produkte für unsinnig zu halten; die von ihm hervorgehobene Eigenschaft, daß Sartre „sich selbst davon abhielt, dem auf den Leim zu gehen, was er früher gesagt oder getan hatte" — all dies wird vom Autor als „aufrührerische Moral" in der französischen „Tradition der Unbotmäßigkeit" verklärt. Inkonsequenz wird zur Fähigkeit kritischer Reflexion, Detachiertheit zu Engagement.

Nach der Auflösung des inneren Zusammenhangs von subjektiver Moral und objektiver Geschichte gehen die „aufrührerische Moral" Sartres und die den „Zuständigen" überlassene Politik der Konservativen bruchlos zusammen. Ein auf solche Moral gestutzer Sartre vermöchte den Konservativen als Hort der Aufrührer zu gefallen — hätten diese dann doch sich ihrer Rolle als Verlierer der Geschichte gefügt und würden deren Unabwendbarkeit jammernd begleiten.

Man sollte also überlegen, ob man demnächst nicht einem den Kongreß macht, der wie kein anderer in Deutschland Sartres unbotmäßiger Moral die Treue hielt, als er die Maxime seines politischen Engagements prägnant in die Worte faßte: „Was kümmert mich mein dummes Geschwätz von gestern?" Auf Busches Bericht vom Adenauer-Kongreß darf man gespannt sein.

Micha Brumlik

Zur Akklamation resignativer Erfahrung

H. G. Gadamer im H VI

Fritz Reusswig und Joachim Stahl haben zurecht darauf hingewiesen, daß konservative Kommentatoren den Sartre-Kongress dazu verwendet haben, den von ihnen selbst lange abgelehnten Sartre offensiv gegen das Denken der Franfurter Schule, zumal Adornos, zu kehren. Und nicht nur ihnen ist der in der Tat befremdliche Umstand aufgefallen, daß just im traditionsreichen H VI der Frankfurter Universität alte SDSler und junge Studentinnen und Studenten den siebenundachtzigjährigen H. G. Gadamer, dem hervorragenden Vertreter einer philosophischen Hermeneutik, mit rhythmischem Klatschen feierten.

War dies Klatschen oder war Gadamers Vortrag, der in der Sache wenig brachte und Sartre doch eher in den Kreis von Hegel, Husserl und Heidegger zurückholte, als ihn auf sie reduzierte, Ausdruck für eine Wende in den Köpfen nun auch der Frankfurter? Sind also H. G. Gadamer und sein Werk letzten Endes Ausdruck konservativen Denkens und sind all jene, die ihm Beifall zollten, mithin die ideologischen Begleiter von Kohl, Hillgruber et tutti quanti? Reusswig und Stahl unterstellen dies unausgesprochen. Ich habe mich zunächst gefragt, ob das Bedenkliche der Ovation für Gadamer nicht vielmehr darin bestand, daß ein Auditorium, das Gadamers umfangreiches und komplexes Werk vermutlich kaum studiert hat, ihm im Rausch des Authentizitätskults ungeprüften Zuspruch erteilte. Indessen: Auch Reusswig und Stahl stellen den beklatschten Philosophen sehr bald global als ungebrochenen Künder überzeitlicher und eigentlicher Wahrheiten dar, wo er doch nur darauf hinwies, daß Sartre am Anfang von „Das Sein und das Nichts" die *alten Fragen* gestellt habe. Und wer des Philosophen Ironie bei seinem Einbekenntnis, er betrachte Sartre von den überzeitlichen Perspektiven her, nicht bemerkte, wird sich fragen lassen müssen, ob er Gadamers Philosophie wirklich zur Kenntnis genommen hat.

Ich möchte im folgenden in der hier gebotenen Kürze skizzieren, daß

1. Gadamer keineswegs einen Begriff von Philosophie als zeitloser Wissenschaft pflegt und daß zudem
2. sein Verbleiben in Deutschland während der Zeit des Nationalsozialismus und seine damals bekundete politische Torheit eher einer persönlichen Ängstlichkeit, einem gewissen Opportunismus und dem Mandarinmilieu seiner Herkunft als dem systematischen Kern seines Denkens entsprechen, welches gerade seines Zeitkerns wegen nicht auf die biographischen Umstände seines Verfassers reduziert werden kann sowie daß
3. Gadamers Äußerungen zur Universität im Nationalsozialismus zwar wesentliche Parallelen zu Motiven des Historikerstreits aufweisen, ohne daß er deshalb die Konzentrations- und Vernichtungslager auf eine äußerliche Zufälligkeit der deutschen Geschichte reduziert.

Endlich möchte ich

4. behaupten, daß die Hermeneutik Gadamers den gesellschaftlichen und gesellschaftskritischen Gehalt von Philosophie gerade *nicht* als zufälliges Beiwerk abhandelt.

Ad 1.

Gadamer eine naiv platonische Philosophie überzeitlicher Wahrheiten zuzuschreiben, verkehrt sein Denken ins Gegenteil. Vielmehr ging es ihm stets um eine Selbstüberwindung des Historismus, jener durchaus bürgerlichen deutschen Ideologie, nach der aller Sinn und alle normative Wahrheit nichts weiter als Ausdruck einer gegebenen Epoche oder einer bestimmten Kultur seien — also um die Selbstüberwindung dessen, was wir heute als Relativismus bezeichnen.

Selbstüberwindung heißt freilich nicht, dem Historismus abstrakt überhistorische Wahrheiten entgegenzusetzen, sondern die Wahrheit als ein Ereignis, bzw. eine Kette von Ereignissen zu begreifen, die nur durch diese und in der Geschichte möglich und erkennbar werden. Im Unterschied zu Hegel, der dies Programm als erster systematisch durchzuführen versuchte, hat Gadamer jedoch die idealistische Annahme einer rückstandslosen und transparenten Erkenntnis der Geschichte verabschiedet. Er geht anstattdessen von der unaufhebbaren Endlichkeit und Befangenheit des menschlichen Denkens aus, sieht hierin allerdings kein Manko, sondern vielmehr die Bedingung der Möglichkeit jeder Erkenntnis. Nur weil wir befangen, mit Vorurteilen vertraut, endlich und in bestimmter Weise historisch, kulturell und sozial situiert sind, können wir überhaupt anderes als wir selbst und unsere Kultur es sind, zu erkennen beginnen.

„Es liegt in der geschichtlichen Endlichkeit unseres Daseins, daß wir uns dessen bewußt sind, daß nach uns andere immer anders verstehen werden. Gleichwohl ist es für unsere hermeneutische Erfahrung ebenso unzweifelhaft, daß es dasselbe Werk bleibt, dessen Sinnfülle sich im Wandel des Verstehens beweist, wie es dieselbe Geschichte ist, deren Bedeutung sich fortgesetzt weiterbestimmt. Die hermeneutische Reduktion auf die Meinung des Urhebers ist ebenso unangemessen wie bei geschichtlichen Ereignissen die Reduktion auf die Absicht des Handelnden." (Wahrheit und Methode, S. 355)

Eine emanzipatorische Kritik an Gadamer hätte eher an dessen Dogma von der prinzipiellen Unverfügbarkeit der Geschichte anzusetzen als an seiner — wie ich meine gelungenen — Lösung der Frage nach dem Verhältnis von Wahrheit und Geschichte.

Ad 2.

H. G. Gadamer hat sich in verschiedenen autobiographischen Schriften ausführlich, wenn auch lückenhaft zu seiner Karriere während des Nationalsozialismus geäußert.

„Im ganzen darf man wohl sagen — und das gilt sicher für alle deutschen Universitäten gleichmäßig —, daß die Provinzialität und Kleinbürgerlichkeit der Partei-Ideologie und ihrer Vertreter

nicht imstande gewesen ist, die akademische Welt auf die Dauer zu durchdringen. Die Nazis waren wohl imstande, sie zu verachten, aber das hieß am Ende doch, sie zu unterschätzen. Die Professoren-Überwachung, die es natürlich gab, war eine klägliche Sache: Als einmal eine Studentin, von der Gestapo über meine Vorlesungen befragt, erklärte: ,,Da ist von Politik nie die Rede", erheilt sie die erbitterte Antwort: ,,Das wissen wir ja". Ich habe unbehelligt im philosophischen Seminar Übungen über Husserls ,,Logische Untersuchungen" abhalten können, und etwa die bestehende Vorschrift, bei Dissertationen jüdische Autoren durch ein Sternchen zu kennzeichnen, wurde in Leipzig nie beachtet. Nur Nazi-Professoren erkannte man daran, daß es bei ihnen so etwas gab." (Philosophische Lehrjahre, S. 117)

Derlei Heldentaten, die durch eine freiwillige Teilnahme an einer NS-Dozentenfortbildung abgesichert wurden, erlauben rund vierzig Jahre später das freimütige Bekenntnis: ,,Wir hatten Hitler und die Seinen unterschätzt und folgten darin freilich der liberalen Presse. . . Es war die allgemeine Überzeugung in intellektuellen Kreisen, daß der zur Macht gekommene Hitler den vielen Unsinn, den er als ‚der Trommler' von sich gegeben hatte, nun abhauen würde, und wir rechneten den Antisemitismus dazu" (a.a.O., S. 51). War es diese Einschätzung Hitlers, die Gadamer dazu führte — was er in seiner Autobiographie nicht erwähnt — mit anderen Größen der deutschen akademischen Welt das ,,Bekenntnis der Professoren an den deutschen Universitäten und Hochschulen zu Adolf Hitler und dem nationalsozialistischen Staat" zu unterschreiben — im März 1933? Auf jeden Fall: Gadamer sah sich — so stellt er es später dar — schwierigen Problemen in einer bedrängenden Zeit gegenüber:

,,Wie ich mein in den dreißiger Jahren festgefahrenes Schiffchen wieder flottmachen konnte, war eine schwierige Frage. Ich wollte zwar meine akademische Existenz in Deutschland retten, aber auf der anderen Seite keine politischen Konzessionen machen (?, M.B.), die mich das Vertrauen meiner Freunde aus der inneren und äußeren Emigration kosten konnte. Daher kam für mich ein Eintritt in eine Parteiorganisation nicht in Betracht. Schließlich fand ich einen Weg, mit dem ich am Ende Erfolg hatte. Es gab damals eine Art politischer Schulungskurse für angehende Privatdozenten, die für jede Habilitation verlangt wurde." (a.a.O., S. 56)

Daß das Schiffchen des angehenden Philosophieprofessors zwischen der Skylla der Anpassung und Unterwerfung hier und der Charybdis von Anstand und Selbstgefährdung flott blieb, verdankt sich in seiner eigenen Sicht Hitlers Krieg gegen die Sowjetunion, gegen den zu protestieren für ihn gewiß ebensowenig Grund bestand wie gegen den Überfall auf Polen, Skandinavien und Westeuropa. An Gadamers Autobiographie bewahrheitet sich seine Theorie der Be- und Verfangenheit ins Vor-Urteil in einer ebenso trivialen wie größenwahnsinnigen Weise — für eine erfolgreiche Karriere schien diese Inkaufnahme des Krieges kein zu geringer Preis.

,,Daß es am Ende gut ging, war eine Folge der hohen Politik. In geschichtlichem Abstand ist es heute ganz klar, daß mit der Entscheidung für eine kriegerische Lösung der deutschen Ostpolitik der Nationalsozialismus den deutschen Universitäten eine Schonzeit einräumte. Ein Krieg konnte nicht gewonnen werden ohne die Wissenschaft, und so mußte man die Wissenschaft schonen, wenigstens so lange, bis der Krieg gewonnen war." (a.a.O., S. 57)

Wenn der Gegensatz zum ebenso aktivistischen wie moralischen Sartre deutlich wird, dann hier. Wie sehr unterscheidet sich doch Gadamers behaglicher Rückblick zu Sartres Reflexionen über den Krieg: ,,. . . wenn ich in einen Krieg einberufen werde, ist dieser Krieg mein Krieg, weil ich jederzeit mich ihm hätten entziehen können, durch Selbstmord oder Fahnenflucht. . . Da ich mich ihm nicht entzogen habe, habe ich ihn gewählt. . ." (Das Sein und das Nichts, S. 697). Das dürfte ebenso für die universitäre Heimatfront gelten.

Indessen: Der Leipziger Rektor Gadamerr bewies gegenüber der sowjetischen Militärverwaltung einen eigentümlichen Mut, der entweder beweist, daß die Stalinisten doch nicht wie die Nationalsozialisten waren oder daß das Stillhalten während der zwölf Jahre nicht ausschließlich ein Charakterfehler war. Als ein antimarxistischer Philosoph, Theodor Litt, der sich schon mutig gegen die Nationalsozialisten geäußert hatte, von den Russen suspendiert wurde, erhebt Gadamer seine Stimme: ,,Ich war entsetzt. Dasselbe noch einmal, was die Nazis schon getan hatten. Wiederkehr des Gleichen. Das mußte jedes Vertrauen in die neugewonnene Freiheit von Forschung und Lehre zerstören. Ich fuhr nach Berlin und trug den höchsten russischen Stellen . . . das vor." (a.a.O., S. 129)

Ad 3.

Die Inkaufnahme des Krieges gegen die Sowjetunion, die relativ verharmlosende Darstellung der Emigraton jüdischer Freunde und Kollegen, der imperialistische Dünkel über die Philosophie kleiner Länder und die Nichterwähnung des industriellen Massenmordes weisen bei Gadamer auf mandarinenhafte Motive von Apologetik und revisionistischer Geschichtsschreibung hin, ohne daß sie doch in derjenigen aggressiven Weise entfaltet werden, wie dies im Historikerstreit seitens der Konservativen geschah. Verharmlosung und Verdrängungen sind nicht das Gleiche wie das selbstbewußte Legitimieren von Unrecht und Barbarei!

Ist Gadamer zudem einer jener selbstbewußten Rückkehrer in die Normalität der deutschen Geschichte — auch ohne die unvornehmen noises der Nolte, Hillgruber und Lübbe? Mindestens an abgelegener Seite fordert Gadamer ein Eingedenken an das Grauen, das nicht auf Individuellem besteht und darum auch Gefahr läuft, im schlecht Allgemeinen zu verbleiben.

In einer Interpretation eines Gedichtes von Paul Celan über den Mord an Luxemburg und Liebknecht hät er 1972 fest:

,,Die Folge der Imperative: ‚Geh zur Spree, geh zur Havel, geh zu den Fleischerhaken' ist nicht nur eine Aufforderung darin, sich bewußt zu machen, wie Entgegengesetztes da beisammen ist: die Spree und der durch Schrecklichkeiten geisterhaft bevölkerte Havelsee, die Fleischerhaken der Grausamkeit und die bunte Freude auf Weihnachten, das Luxushotel an dem Ort einer Tragödie: das alles gibt es zugleich. Das alles gibt es, Grauen und Freude, Eden und Eden. Nichts stockt — wirklich nichts? . . . Man muß nichts Privates und Ephemeres wissen. Man muß sogar, wenn man es weiß, von ihm wegdenken und nur das denken, was das Gedicht weiß. Aber das Gedicht will seinerseits, daß man alles weiß, erfährt, lernt, was es weiß — und all das fortan nie vergißt." (Wer bin Ich und wer bist Du? Kommentar zu Celans ,,Atemkristall", S. 128)

Ad 4.

Es ist richtig: Gadamers systematischer Anspruch war und ist es, Philosophie zu betreiben und das heißt, Aussagen in allgemeinen Begriffen über die Grundmodi menschlicher Erfahrung in der Geschichte zu treffen. Dabei konzipiert er in der Tat Erkenntnistheorie — an der ihm ohnehin wenig gelegen ist — nicht als Gesellschaftskritik. Auch seine hermeneutische Sprachphilosophie ist nicht in erster Linie als Gesellschafts*kritik*angelegt. Hieraus aber schließen zu wollen, daß seine Philosophie den gesellschaftlichen Gehalt ihrer Begriffe nicht reflektiere, wird man nur dann können, wenn man Reflexion gesellschaftlicher Gehalte mit soziologischer Analyse im strikten Sinne gleichsetzt. Gadamers Problem ist weniger, einer gesellschaftlichen Reflexion von Begriffen, Texten, Künsten und Philosophien ablehnend gegenüber zu stehen, als vielmehr deren Prinzip noch einmal auf sich selbst anzuwenden. Wenn die hermeneutische Erfahrung an etwas krankt, dann nicht an einem Zuwenig, sondern an einem Zuviel historischer Reflexion:

,,Sie (die Interpretation, M. B.) will die nicht auf der hand liegenden wahren Sinnbestimmtheiten des menschlichen Handelns aufweisen, mag sie das in der Weise tun, daß sich das wirkliche

Sein eines jeden als das Sein seiner eigenen Geschichte enthüllt (P. Ricoeur), und so, daß die gesellschaftlichen und geschichtlichen Bedingungen unseres Denkens uns undurchschaut bestimmen. Psychoanalyse und Ideologiekritik, einander feindlich entgegengesetzte oder in skeptizistischer oder utopistischer Synthese verbunden (Adorno, Marcuse), müssen nochmal einer hermeneutischen Reflexion unterzogen werden. Denn was so durchschaut und verstanden wird, ist vom Standort des Interpreten nicht unabhängig." (Wahrheit und Methode, Ergänzungen, S. 435)

Lockerungsübungen

Wenn der Beifall für Gadamer auf dem Sartre-Kongress von etwas zeugte, dann von der Verunsicherung und Haltlosigkeit ehemaliger Linker, die nach einer Reihe ernüchternder und schmerzlicher Niederlagen und nach dem Zerfall eines in seinen normativen Gehalten unzureichend reflektierten Marxismus das Vertrauen in die Richtigkeit ihrer Sache und ihrer Traditionen verloren haben und in allerlei Kontakten und Lockerungsübungen mit dem Neokonservativismus auf Entlastung hoffen. Und so galt Beifall und die Begeisterung einer jungen Studentenorganisation, der die Geschichte der Revolte und ihrer Theorien nichts mehr bedeutet, demjenigen, der diese Erfahrung artikulierte und repräsentierte.

In gewisser Weise hat das Festhalten und Artikulieren von Erfahrungen im Scheitern etwas Konservatives — bannt es doch die Vergangenheit.

Ob es den versprengten Resten der neuen Linken gelingen wird, mit der unbestechlichen moralischen Energie eines J. P. Sartre allen Erfahrungen der letzten Jahre zum Trotz an ihren radikaldemokratischen und egalitären, kurz sozialistischen Vor-Urteilen festzuhalten und auf ihrer Basis auch im Zeitalter konservativer Beliebkeiten noch einmal die Initiative zu ergreifen, hängt gewiß nicht nur von ihnen selbst ab. Doch werden sie sich mit einem Schuß Voluntarismus davor hüten müssen, dem resignativen Zeitkern von Gadamers Denken aufzusitzen:

„Es kann schon sein, daß der Konservativismus (nicht jener Generation eines Burke, sondern einer Generation, die drei große Umbrüche hinter sich hat, ohne daß es je zu einer revolutionären Erschütterung der bestehenden Gesellschaftsordnung gekommen wäre), dafür günstig ist, eine Wahrheit einzusehen, die sich leicht verbirgt." (a.a.O., S. 243) ■

Verlag 2000, Postfach 102 062, 6050 Offenbach 1
Postvertriebsstück D 1600 E Gebühr bezahlt

1
[redacted]
D 2800 Bremen 01
12

Hans-Uwe Otto/Heinz Sünker (Hrsg.)

SOZIALE ARBEIT UND FASCHISMUS

Volkspflege und Pädagogik
im Nationalsozialismus

Kritische Texte

W. Ayaß, R. Baron, M. Brumlik, G. Czarnowski, S. Dammer, P. Dudek, H. J. Gamm, M. Guse/A. Kohrs/F. Vahsen, W. Habel, L. Harvey, H. Hubert, M. Klaus, A. Klönne, H. Knüppel-Dähne/E. Mitrovic, D. Kramer, H. Kupffer, S. Leibfried/E. Hansen/M. Heisig, H.-U. Otto/H. Sünker, D. Peukert, A. Rang, D. Reese-Nübel, H. Richter, P. Schoen, F. Vahsen

Umfang: 573 Seiten, DM 35,–

Karin Böllert · KT-Verlag · 48 Bielefeld · Postfach 14 06